

Abonnements-Bedingungen:
Monatlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgepaarte Kolonne
oder deren Raum 40 Pf., für
vollständige und gewerkschaftliche Vereins-
und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 5. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981

Patrioten.

Unter den ersten der Patrioten wurden landauf landab
die großen Unternehmer gefeiert, welche die Waffen
lieferten, die Kanonen, die Gewehre, die Panzerplatten, das Pulver.

Die jüngsten Verhandlungen der Budget-Kom-
mission des Reichstags haben auch für diejenigen, die
so lange gewaltig ihre Augen verschlossen, ein Stück Wahrheit

Man erkannte die großen Patrioten — agrarische Ritterguts-
besitzer und fast immer Herren von altem und hohem Adel —, die
durch Verkauf wertvoller Sandwästen an die Militär-

Die letzte Sitzung der Kommission am Mittwoch verabschiedete
diese Entschlüsse. Und die Entschlüsse traf den patriotischsten der
Patrioten, die Firma Krupp.

Gewiß, es ist nicht das erstemal, daß die Geschäftsgeheimnisse
des Patriotismus dieser ersten Waffenfirma der Welt deutsch wurden.

Bei der Beratung über „Artillerie- und Waffentwesen“ brachte
Abg. Müller-Pulda das Verhältnis der Militärverwaltung zu der
Firma Krupp und deren Konkurrenzfirmen zur Sprache.

So weit wird aus der Budgetkommission berichtet. Wenn
dabei auch über einen Teil der in der Kommission besprochenen
Vorgänge Stillschweigen beschlossen worden ist, so ist doch klar,

Die „einzige Fabrik“, von der im Bericht aus der Kommission
gesprochen wird, kann nur das Krupp'sche Werk sein, dessen
Leistung nun überführt ist, daß sie jährlich jahraus ungeheure

Man je ist der schmähliche Zug des kapitalistischen
Patriotismus so offenbar geworden!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. März.

Reichstag.

Die Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichs-Eisen-
bahn-Amtes hielt sich in engen Grenzen. Herr Stöcker behauptete,
daß die christlichen Gewerkschaften durchaus damit einverstanden

Diese ganze Debatte war nur ein Vorpostengefecht für den
größeren Kampf, der sich bei dem Etat der Reichs-Eisenbahn-
verwaltung entspannt.

Zwei Neben der Elsäßer Dr. Riff und Gauß, die für bessere
Fürsorge für das Eisenbahnpersonal der Reichslande eintraten und
Tarifreformen wünschten, gaben ihm Anlaß, im Stil einer Krieger-

Genosse Bernsteins trat dem Minister entgegen und forderte
für die Eisenbahner das unbeschränkte Koalitionsrecht. Er wies
darauf hin, daß es selbst für alle verständigen bürgerlichen Social-

Nach einer Scharfmaacherrede des Herrn Camp erwiderte
Bernstein dem Minister und protestierte gegen die unerhörte Ver-
barmung, die für die Eisenbahner gelten soll.

In die große Debatte über das Koalitionsrecht hinein fielen
eine Anzahl Wünsche auf Verbesserung des Eisenbahnbetriebes, die
keine neue Anregung boten. Der ganze Etat wurde verabschiedet.

Am Donnerstag stehen der Justiz-Etat und der Etat des Reichs-
Schahamids auf der Tagesordnung.

Der Bauarbeiterschutz vor dem preussischen Landtage.

Das Abgeordnetenhaus hielt es am Mittwoch für angezeigt, zur
Abwechslung auch einmal in Socialpolitik zu machen und beinahe
zwei volle Stunden der Frage des Bauarbeiterschutzes zu widmen.

Die Debatte war typisch für den im Abgeordnetenhaus
herrschenden Geist. Der bekannte Gewerkschafter Dr. Hirsch be-
gründete den Antrag mit der ihm angeborenen Sanftmut und Bes-
cheidenheit.

Das Centrum ließ durch den Abg. Schwarze erklären, daß
es den Antrag materiell für berechtigt halte, aber formell den Weg
der Reichsgesetzgebung oder der hundsbräutlichen Verordnungen

Ungefähr in gleichem Sinne sprach sich der Regierungsvertreter
Ministerialdirektor Schulz aus. Ueber die Frage des Befähigungs-
nachweises allerdings äußerte er sich nicht, aber auch er glaubt, daß
man auf dem Verwaltungswege den Mißständen begegnen könne.

Nachdem sich noch die Abgg. Frhr. v. Jeditz (fl.) und von
Ehren (nall.) namens ihrer Freunde den Antrag Schwarze
ausgesprochen hatten, zog Abg. Dr. Hirsch seinen Antrag zu Gunsten

Der Kampf gegen die Justizhausgesetze in Holland.

Die ganze Energie der holländischen Arbeiterschaft konzentriert
sich jetzt mehr und mehr auf die Mahregeln zur Abwehr der Justiz-
hausgesetze, mit denen die Reaktion die immer mehr Einfluß ge-
winnende Arbeiterbewegung lahm zu legen und wenn möglich zu

Unser Parteigenosse, das Kammermitglied Hugenholz,
machte am Sonntag am Schluß der Protestversammlung in Haarlem
eine Mitteilung, die für die Mittel, mit denen die Kammermehrheit
arbeitet, charakteristisch ist.

Die militärischen Maßnahmen, die man zur Wiederherstellung der
Arbeiterklasse für notwendig erachtet, werden noch verstärkt. Die
Milizen aber sucht man durch Specialisten-Vorstellungen und
Spiele in den Kasernen bei guter Laune zu erhalten und vom Besuch
der antimilitaristischen Versammlungen sowie von der Beschäftigung mit ernstlichen Dingen abzuhalten.

Nachfolgender Bericht unseres Amsterdamer Korrespondenten giebt
weiter über die neuesten Vorgänge Aufklärung:

Die Gruppe unserer sozialistischen Abgeordneten hatte gestern nachmittags im Gebäude der Kammer eine Zusammenkunft zur Besprechung ihrer Haltung gegenüber den Eisenbahn-Gesetzen.

Auch der katholische Stammerklub hatte gestern Abend eine Besprechung für denselben Zweck und wird heute Abend nochmals zusammenkommen.

Das Verteidigungs-Komitee hat für nächsten Sonntag Protest-Versammlungen anberaumt in 30 größeren und kleineren Orten.

Die liberale Presse behandelt in Leitartikeln noch täglich die drei Gesetzentwürfe und wendet sich gegen eine unveränderte Annahme der Strafbestimmungen, vor allem von Art. 284, nach dem „das Hausverbrechen“ strafbar sein soll. So sagt der „N. Mott. St.“ am Schlusse eines Leitartikels: „Ein Gesetz, wie das eingereichte, wird die Gerechtigkeit, welche nötig ist, für immer erschweren. Es liegen zu viel berechtigte Beschwerden und Mängel vor.“

Der christliche Verein der Eisenbahner zu Zwolle hat an die zweite Kammer ein Schreiben gerichtet, worin er ausführt, daß es nach seiner Meinung wünschenswert sei, daß die eingereichten Gesetzentwürfe ruhen bleiben, daß jedoch vor allen Dingen eine Enquete-Kommission durch die Regierung ernannt werde, die eine Untersuchung anstelle über die Zustände bei den verschiedenen Eisenbahn-Gesellschaften.

Gestern fanden in verschiedenen Plätzen wiederum Versammlungen statt gegen die Zwangs-Gesetze. Alle waren, ebenso wie die vorhergehenden, äußerst stark besucht. In Haag waren militärische und politische „Vorkehrungsmaßregeln“ getroffen, so daß keine Soldaten unter Versammlungen beladen konnten. In letzterer Stadt sprach auch in einem Saale der christliche Demokrat L. de Vries, welcher donnernden Applaus erntete mit der Erklärung, daß er in diesem Kampf ganz auf der Seite der Arbeiter stehe und seine Entrüstung ausdrückte über die Haltung des Dr. Kuyper. Er trrete hauptsächlich auf, um festzustellen, daß der demokratische Pfarrer und Leiter des christlichen Arbeitervereins „Patrimonium“, Talma, nicht der Vorsitzende der christlichen Arbeiter sei.

Uebrigens trachten die unter „christlicher“ Fahne überall erscheinenden Streikbrecher-Organisationen im Trüben zu fischen. Sie nennen sich „Verteidigungskomitees“ im Gegensatz zu unsem Abwehrkomitee. Ihre „Verteidigung“ ist gerichtet gegen die sogen. „socialdemokratischen“ Gewerkschaftsvereine.

In einer Versammlung von 1000 Personen in Delft, wo der oben erwähnte protestantische Pfarrer Talma sprach, wurden unsere sozialistischen Mitglieder gefangen. Dieser Schleppentrieger des „großen Knippers“ macht seinem Meister Ehre. Ob ihm und seinem Meister dieser Verrat an dem niederländischen Proletariat glücken wird, ist eine große Frage. Beinahe nie hört man die Mitglieder anzahl dieser Streikbrechervereine erwähnen. Kommt man jedoch dahinter, sieht man, wie käuflich diese Organisationen sind. Die katholischen Vereine von gleichem Kaliber erzielen gleich traurige Resultate. So wurde in Tilburg, in der ausschließlich katholischen Provinz Brabant, letzten Sonntag ein National-katholischer Eisenbahn-Verein gegründet, welchem 115 (!) von den 1200 an diesem Plage stationierten Eisenbahnern beitraten, trotzdem dieselben beinahe ausnahmslos katholisch sind.

In Utrecht wurden von der Eisenbahndirektion wiederum drei Konduktoren entlassen. Es scheint, als ob die Direktion, die beim Januar-Streikversproden hatte, keine Nachmaßregelungen vorzunehmen, nicht nur ihr Ergebnis bricht, sondern durch die vielfachen Entlassungen ihre Beamten reizt und einen Streik provozieren will. Der Verrger, daß sie ihr stolzes Haupt vor der Macht der Draanisation beugen mußte, läßt ihr keine Ruhe, ihr verlorenes „Prestige“ durch diese Zwangsmaßregeln und Tyrannei wiederzuerobern.

Frankfurt a. M., 4. März. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Amsterdam gemeldet: Die erste gestern Abend von den christlichen Arbeitervereinen in Amsterdam abgehaltene Versammlung nahm einen unerwarteten Ausgang. Als Sprecher trat das christliche Kammermitglied Jissa auf. Die Sozialisten gewannen jedoch die Oberhand, man nahm eine Resolution gegen die Streikgesetz-Entwürfe an und erklärte sich zum Ausstand bereit. Die Interpellationen Tröschtra und Wees, betreffend das Truppenaufgebot und den Streik werden voraussichtlich am Donnerstag in der Kammer zur Verhandlung gelangen.

Deutsches Reich.

Die Entsetzung des kaiserlichen Theologiebriefes. Der „Münchener Post“ wird über die Entsetzung des Briefes, den der Kaiser an Hoffmann sandte, folgendes berichtet:

Die Veröffentlichung Wilhelm II. über Deligiens Vorträge Bibel und Babel hat eine Vorgeschichte, die immerhin bemerkenswert ist. Als der orthodoxe Sturm gegen den Berliner Professor, speziell nach dem kaiserlichen Besuch der Vorträge, seinen Höhepunkt erreichte, beschloß der Kaiser, an den von vielen Seiten her Vorstellungen heranliefen, um nicht mißverstanden zu werden, eine Publikation im großen, sagen wir im fredericianischen Stil. Zu diesem Zweck sollen mehrere hervorragende Theologen aufgefordert sein, geeignete Entwürfe dem Monarchen einzuwenden (unter andern auch Harnack, der aber sich der Aufgabe entzog). Von diesen Entwürfen (es waren im ganzen zwei) wählte der Kaiser einen aus, der seinen Ueberzeugungen am meisten entsprach und sandte ihn in der Briefform an Hoffmann ab — jedoch nicht ohne einige kleine, aber nicht unwesentliche Veränderungen vorzunehmen, die höchst charakteristisch für den Briefschreiber sind.

Die wichtigste der Änderungen, so wird der „Münchener Post“ weiter erzählt, bestand darin, daß der Kaiser in die Zahl der Personen, in denen sich Gott offenbart haben soll, außer dem babylonischen Hammurabi die Namen: Karl der Große und Wilhelm der Große hinzufügte.

Die Krankenversicherung in der Kommission.

Die Kommission zur Vorbereitung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz beschloß in ihrer ersten Sitzung am Mittwoch, durch den Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.) über ihre Verhandlungen schriftlichen Bericht erstatten zu lassen. Von einer Generaldiskussion wurde Abstand genommen, dagegen eine Beratung in zwei Lesungen beschlossen. Eine eingehende Debatte entwickelte sich über den Antrag des Abgeordneten Wollersbühler (Soz.), die Krankenversicherung auf das Gesinde und die landlichen Arbeiter auszudehnen, sowie über den Antrag des Abg. Hoffmann-Dillenburg (natl.) die vorliegende Novelle auf 5 Jahre zu schaffen, um den Regierungen zur Vorbereitung der organisatorischen Verbindung der Krankenversicherung mit der Alters-, Invaliditäts- und der Unfallversicherung Zeit zu gewähren. Die Abg. Lenzmann (fr. Vp.), Köstler-Dessau (fr. Vg.) und v. Richterhoffen (!) bekämpften den Antrag Hoffmann mit der Begründung, daß die Schaffung von Gesetzen auf Abänderung sehr gefährlich für den Fall sei, daß einer der Gesetzgebungs-faktoren eine dem erreichten Fortschritt feindliche Majorität erlange.

Abg. Köstler-Dessau (fr. Vg.) regte eine Resolution an, die die organisatorische Verbindung der Alters-, Invaliditäts- und Unfallversicherung mit der Krankenversicherung fordert. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß die Novelle über den Rahmen der Vorlage hinaus nicht erweitert werden dürfe, wenn das Gesetz noch in dieser Session zur Verabschiedung gelangen sollte. Daraufhin wurde der Antrag des Abg. Wollersbühler (Soz.) mit allen Stimmen gegen die Socialdemokraten abgelehnt und der § 1 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen. Bemerkenswert ist, daß die Vertreter der Bundesstaaten Sachsen und Baden sich für die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung des Gesindes und der landlichen Arbeiter aussprachen, während von den Bundesstaatsvertretern anderer Staaten und auch aus der Mitte der Kommission heraus die landesgesetzliche Regelung, namentlich der Gesindeversicherung empfohlen wurde. Die Abg. Stadthagen und Herzfeld (Soz.) regten

mit Unterstützung des Abg. Lenzmann (fr. Vp.) die Aufstellung einer Statistik über die bisher eingeführte statistische Regelung der Krankenversicherung der landlichen Arbeiter an.

Die nächste Sitzung der Kommission findet am Freitag statt.

Ein unbefugtes Adelsprädikat? Unser Kieler Partei-Organ veröffentlicht wieder aus Schilda, noch aus Abdera, sondern aus dem wirklich existierenden Nigdorf, Kreis Plön, das folgende prächtige Dokument:

Nr. 11 der Straßzeile des Jahres 1903. Nigdorf, den 9. Februar 1903.

Sie haben sich als Geselle bezeichnet, ohne den Nachweis über die besondere Prüfung erbracht zu haben.

Die Uebertretung wird bestraft durch amtliche Feststellung. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des § 306 des Reichs-Strafgesetzbuchs eine bei der hiesigen Amtsstelle zu erzielende Geldstrafe von 3 (drei) Mark, an deren Stelle, wenn sie nicht bezutreiben ist, eine Haft von 1 (einem) Tage, hierdurch festgesetzt, auch haben Sie Ihre Legitimationspapiere berichtigten zu lassen.

(Folgt der Hinweis auf den dem Adelsprädikat offen stehenden Weg der gerichtlichen Entscheidung.) Amtl. Stempel. Der Amtsvorsteher: Schröder.

An den Maurergehilfen Herrn R. N. in D. Der angelegene Paragraph bedroht mit Geldstrafe bis zu 100 M. oder mit Haft:

Wer unbefugt eine Uniform, eine Amtskleidung, ein Amtszeichen, einen Orden oder ein Ehrenzeichen trägt, oder Titel, Würden oder Adelsprädikate annimmt, ungleichem wer sich eines ihm nicht zukommenden Namens einem zuständigen Beamten gegenüber bedient.

Offenbar hält der Amtsvorsteher den Ausdruck „Geselle“ für die unbefugte Annahme eines Adelsprädikats, und er heißt den Frevler, sich bei Vermeidung weiterer Strafen ausschließlich „Maurergehilfe“ zu nennen. Wenn der Mann nun nicht pariert und sich in einer Stunde der Verwirrung einfach „Maurer“ nennt, wieviel muß er dann bezahlen? —

Wahlvorbereitungen.

Eine antinationalistische Wahlvereinigung ist unter Führung des Graf Hoensbroech zu stande gekommen. Eine Reihe von antinationalen Intellektuellen (Professoren usw.) hat das Schriftstück unterzeichnet. So notwendig der Kampf gegen den Nationalismus ist, so wenig haben derlei „Gotteshilfen“ dieser oder jener Richtung zu bedeuten. Das materielle Interesse liegt den bürgerlichen Parteien näher als der Kampf für geistige Freiheit. Mag ein, zwei liberalen Professoren darob das Herz brechen, deswegen vereinigen sich die Liberalen doch mit dem Centrum gegen die Socialdemokratie.

Hat somit die parteilose Gründung nichts zu bedeuten, so hat sie doch genügt, um Eugen Richter böse zu machen. Er verträgt es nicht mehr, wenn auch nur ein Wort gegen sein geliebtes Centrum gesagt wird. Er hat in der „Freis. Ztg.“ den Abg. Parth grimmig abgefaßt, weil er gegen den Nationalismus gesprochen und so regt er sich jetzt auch über den harmlosen antinationalen Wahlbund auf. Eugen Richter leidet seit Jahrzehnten mit wachsender Heftigkeit an der Krankheit, daß er den Untergang des in seiner Person verkörperten freigeistigen Bürgertums auf die Fehler der — andern zurückführt. Wenn die Parteien alle so schlecht gewesen wären, wie heute Eugen Richter ist, so gäbe es keine Socialdemokratie, kein Centrum, keinen Bund der Landwirte, sondern nichts wie unentwegte freisinnige Volkspartei, nichts wie Eugen Richter! Schade, die Fehler sind nun nicht mehr gut zu machen.

Die übrigens verläutelt, beabsichtigt Eugen Richter, um in Hagen gewählt zu werden, sich demnächst in den Schoß der alleinseligmachenden Kirche aufnehmen zu lassen. Der päpstliche Segen ist unterwegs.

Das Wahlkartell in Baden. Wie der „Badische Landesbote“ berichtet, soll in den nächsten Tagen eine Besprechung zwischen den Nationalliberalen, Konservativen, Centrum und — Freisinnigen stattfinden, um gemeinsame Kandidaten gegen den Umsturz aufzustellen.

Ein Flugblatt der Nationalpolen in Oberschlesien arbeitet durchweg mit der agitatorischen Wirkung der neuen offiziellen Polenpartei. Ueber das Centrum denken jetzt die Polen sehr aufrichtig; sie sind zu folgender Erkenntnis gelangt: Die Wahrheit und das Centrum — das sind zwei Dinge, die sich heute nicht miteinander vertragen. Wenn jemand die Wahrheit suchen wollte, so darf er sie nicht bei den Centrumsleuten suchen. Nicht nur lebt ihre Presse von Lügen und Verleumdungen, wie sie es selbst zugeben, sondern ihre Partei verdummt und belügt das Volk zum Teil gegen die bessere Erkenntnis und gegen den besseren Willen, um das Volk seiner Politik zu erhalten.

Centrum und Polen

im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Das Centrum fürchtet sehr, daß die beabsichtigten polnischen Kandidaturen ihm Schaden bereiten werden. Die Centrumpresse, besonders die „Tremonia“ in Dortmund, beschwört die Polen, auf eigene Kandidaten zu verzichten, weil sie durch eigene Kandidaturen die Centrumskandidaten aus der Stichwahl verdrängen und so den Nationalliberalen den Sieg erleichtern.

In Wahrheit haben gerade das Centrum selbst und in stärkstem Maße der Aspirator der „Tremonia“, Herr Lenzing, aus fanatischem Socialistenhass im Jahre 1898 vier Wahlkreise an die nationalliberalen Galatiken ausgeliefert. In Dortmund stand der Socialdemokrat mit dem nationalliberalen Hilba in Stichwahl. Der Führer des Centrums schloß mit den Nationalliberalen einen Pakt, die Centrumpresse machte mobil für den Syndikatsanwalt Hilba und die gläubigen Kinder der katholischen Kirche ließen sich einfangen, Hilba wurde gewählt. Zwei Prozesse, die gegen den Führer des Centrums, jenen Herrn Lenzing, schwebten, wurden zum Dank niedergelegt! In den Kreisen Hamm-Zoest, Bochum-Gelsenkirchen, wie auch Duisburg-Wilhelm, standen sich in der Stichwahl Centrum und Nationalliberalismus gegenüber. Die Aufforderung des Dortmunder Führers der schwarzen Gesellschaft, durch Unterstützung des Nationalliberalen die Socialdemokratie zu schlagen, rief erstlichensweise unter unsern Parteigenossen größte Empörung hervor, die vielfach so stark war, daß das Gefühl die Oberhand bekam und manche Genossen, entgegen der offiziellen Parole, für den Nationalliberalen stimmten. So gewann der Galatikus vier Wahlkreise im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, gerade durch jener Leute Verschulden, die jetzt sich aufspielen als Gewissenshüter der Polen.

Ausland.

Der Bordeaux-Kongreß und Millerand.

Paris, 28. Februar. (Eig. Ber.) Der auf die Osterlage (12. bis 14. April) angelegte Bordeaux-Kongreß der „Französischen Socialistischen Partei“ (Jaurèsisten) wird sich wieder einmal mit der Millerand-Frage zu befassen haben, und zwar im ganz persönlichen Sinne des Wortes.

Auf der langen Tagesordnung des Kongresses, die übrigens mit Ausnahme von zwei Punkten aus 20 Anträgen der autonomen Departements-Föderationen besteht, figuriert der Antrag der Jaurès-Föderation, der also lautet: „Ausschluß des Genossen Millerand aus der P. S. F.“ Der Antrag wurde motiviert mit den zwei seiner Zeit geltend gemachten Bestimmungen Millerands: 1. für die Verfassung des vom Arbeitsbüros-Verband herausgegebenen antimilitaristischen Handbuchs und für das Verbot an die Soldaten, die Arbeitsbüros zu besuchen; 2. gegen die Abschaffung des Kultusbudgets; 3. mit der Abstimmung Millerands gegen einen socialistischen Antrag, der die Kommunevereine von der Gewerbe-Patent-

steuer entlasten wollte. Die letztere Abstimmung erklärt sich aus der Rücksicht Millerands auf den Kleinbürgerlichen Teil seiner Wähler.

Drei weitere Anträge beziehen sich ebenfalls auf Millerand. Die Föderationen Ain, Savoie, Charente-Inferieure fragen, ob ein Deputierter gegen die Abschaffung des Kultusbudgets stimmen darf. Die Föderationen Ain, Charente, Savoie und Seine-Inferieure fragen, ob ein Deputierter den Besuch der Arbeitsbüros verweigern darf. Die Seine-Föderation erinnert an den — von Millerand und andern verletzten — Beschluß des Tours-Kongresses, der die Kandidaten verpflichtet, im Wahlkampf das Parteiprogramm als Plakat anzuschlagen.

Auch einige weitere Anträge zeigen die Tendenz, dem Strebertum und der Disciplinlosigkeit entgegenzuwirken. Die Rhône-Föderation verlangt von den Kandidaten eine zweijährige (!) Zugehörigkeit zur Partei. Die Seine-Föderation beantragt den Punkt: Haltung der Erwählten und der Parteigenossen in den Wahlen. Antrag von Jaurès-et-Loire: Die Haltung der Partei in den Senatswahlen. Antrag von Seine und Seine-Inferieure: Organisation und Regelung der socialistischen Kammerfraktion.

Ein Antrag von Drôme und Ardèche betrifft die Haltung eines Parteigenossen in konfessionellen Fragen und dessen bezügliche Verpflichtungen sich selbst und seiner Familie gegenüber. Dieser Antrag hängt wohl zusammen mit dem sogenannten Fall Jaurès, d. h. der ersten Kommunion der Tochter von Jaurès.

Von den sonstigen Anträgen der Föderationen beziehen sich drei auf die Agrarfrage, Ausarbeitung eines Agrarprogramms und ländliche Propaganda. Ferner wird beantragt die systematische Organisation der allgemeinen Propaganda, die Ausarbeitung eines Kommunalprogramms und die Einberufung eines Kongresses socialistischer Gemeinderäte, das staatliche Alkoholmonopol, Festsetzung eines jährlichen Beitrages der Deputierten an die Parteikasse (die französischen Deputierten beziehen 9000 Fr. Diäten im Jahre) und schließlich einige Statutenänderungen.

Das Interföderale Komitee hat von sich aus bloß zwei Punkte auf die Tagesordnung gesetzt: Jahresberichte und Amsterdamer Kongreß bezw. Wahl des Parteidelegierten ins Internationale Socialistische Bureau.

Man sieht, es giebt noch in der P. S. F. Elemente, denen es vor dem folgerichtigen anti-socialistischen Geist der Millerand und Genossen graut. Ob sie aber in Bordeaux mehr ausrichten werden als in Tours?

Rebenbei. Die obigen Angaben sind der Nr. 2 des seit Januar erscheinenden monatlichen „Bulletin Officiel der P. S. F.“ entnommen, die u. a. auch die Abstimmungen der Deputierten veröffentlicht. Die „Petite République“ hat die Tagesordnung des Bordeaux-Kongresses aus naheliegenden Gründen nicht veröffentlicht.

Millerand getadelt und verworfen.

Paris, 3. März. (Eig. Ber.) Die Seine-Föderation der P. S. F. (Jaurèsisten) hat in ihrer letzten Plenarversammlung, die zwei Abende dauerte, zu den bekannten Abstimmungen Millerands Stellung genommen, nachdem sie den ehemaligen Handelsminister und dessen Wahlkomitee vor einiger Zeit, wenn auch nicht ohne starken Widerstand, in ihre Mitte aufgenommen hatte. In der Versammlung ging es, wie wir mitgeteilt wird, sehr stürmisch her. An der Spitze der Protestierenden, die noch immer glauben, innerhalb der P. S. F. der proletarischen Taktik zum Siege verfallen, trat Renaudel auf, der übrigens von jeder antimilitaristischen gefürcht ist. Neben ihm nahmen aber auch gegen Millerand Stellung frühere blinde Anhänger der Jaurès-Millerandschen Taktik.

Der ehemalige Minister erschien in Person, um seine militär- und Kultusbudgetfeindliche Abstimmung zu rechtfertigen. Die von ihm begünstigte Verfolgung des antimilitaristischen Handbuchs wäre berechtigt, weil darin die Soldaten zur Rebellion aufgefordert würden. Es ist die landläufige ordnungswidrigere Rente gegen die socialistischen Maßnahmen an die Soldaten, auf Streikende usw. nicht zu achten. Was das Votum für das Kultusbudget betrifft, so habe er die — Republik vor der Gefahr retten wollen, der sie durch die „unvorbereitete“ Trennung zwischen Kirche und Staat ausgesetzt werden dürfte. Demnach hätten diesmal die 200 Radikalen und Socialisten, die gegen das Kultusbudget gestimmt, die Republik gefährdet, die ihre Rettung nur den Liberalen, den Ministern und Millerand verdankt. Andererseits hätte demnach Millerand in seiner vor ministeriellen Zeit, da er gegen das Kultusbudget stimmte, die Trennung zwischen Kirche und Staat für „vorbereitet“ genug gehalten. Uebrigens hat Millerand selbst seine Abstimmung unmittelbar nach der That ganz anders, und zwar aufrichtig, erklärt: er wolle seiner ministeriellen Vergangenheit treu bleiben.

Das Ergebnis der Debatte war die Annahme eines Tadelsvotums gegen Millerand mit 71 gegen 56 Stimmen bei zwei Enthaltungen. In der betreffenden Resolution wird der Tadel als eine „erste Verwarnung“ bezeichnet, „unbeschadet der zu treffenden Entscheidungen, falls sich ein ähnlicher Verstoß gegen die Parteitaktik wiederholen sollte.“ Eine andre Resolution auf Ausschluß Millerands aus der Föderation hatte 52 gegen 71 Stimmen bei 8 Enthaltungen vereinigt, endlich eine dritte reuwaschende Resolution, welche die in Sachen noch nicht festgestellte Doftrin und Taktik vorschlugte, hatte 56 Anhänger gefunden, darunter neun Stimmen des Millerandschen Wahlkomitees.

Millerand ist aber mit der Kompromiß-Resolution nicht zufrieden. Er hat erklärt, gegen das Tadelsvotum bei dem kommenden Parteikongreß zu Bordeaux Verufung einlegen zu wollen. Andererseits wird auf demselben Kongreß, wie bereits berichtet, der von der Jaurès-Föderation gestellte Antrag auf Ausschluß Millerands aus der Partei zur Beratung kommen.

Amerika.

Der Panamakanal. Der amerikanische Kongreß tritt morgen zu einer außerordentlichen Tagung zusammen, um über den die Joll-verhältnisse zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba regelnden Gegenseitigkeits-Vertrag sowie die Uebernahme und Vollenbung des Panamakanals durch die Washingtoner Regierung zu beraten. Nachdem 1880 die französische Panamagesellschaft unter unglücklichem Skandal zusammengebrochen war, wurde von dem eingesehten gerichtlichen Verwalter bekanntlich eine internationale Kommission berufen, die nach Untersuchungen an Ort und Stelle zu dem Ergebnis gelangte, daß der Kanal mit dem Betrage von 580 Millionen Franc zusätzlich 900 Millionen Franc für Verwallung, Finanzierung u. fertigestellt werden könne. Darauf bildete sich 1894 eine neue Gesellschaft mit einem Grundkapital von 65 Millionen Franc (von denen 5 Millionen von dem interessierten Kolumbien übernommen wurden), welche neben dem sonstigen Inventar auch die Aktien der Panama-Eisenbahngesellschaft im Betrage von 83 Mil. Franc übernahm und von neuem mit den Arbeiten begann. Nach längeren Unterhandlungen, die dadurch noch mehr verzögert wurden, daß Kolumbien verschiedentlich Schwierigkeiten machte, hat sich jetzt diese neue Panama-Gesellschaft bereit erklärt, der nordamerikanischen Union ihren Besitz und ihre sämtlichen Rechte gegen Anzahlung von 160 Millionen Franc abzutreten.

Nach der Stimmung, die in den Vereinigten Staaten herrscht, erscheint es als zweifellos, daß der Kongreß sich schließlich für

die Uebernahme des Panama-Kanals entscheiden wird, ficht doch der Besitz dieses Kanals mit dem Vertrag über den Nicaragua-Kanal, den die amerikanische Regierung abgeschlossen hat, der Union nicht nur die zukünftige Herrschaft über Central-Amerika, den Golf von Mexiko und das Antillenmeer, sondern auch über den östlichen Teil des Stillen Ozeans. —

Parlamentarisches.

Budget-Kommission.

Die bemerkenswertesten Vorgänge in der Mittwochssitzung der Kommission sind im Leitartikel behandelt worden. Im übrigen wird folgendes berichtet: Es wurde zunächst die Debatte über den Vertrag der Stadt Ulm mit dem Reich in Sachen der Umlegung der dortigen Festungswerke, die gestern abgebrochen werden mußte, zu Ende geführt.

Abg. Gröber führte noch einmal die gestern schon besprochenen Willigkeitsgründe für die Annahme seiner Resolution vor. Der Geheimrat Regierungsrat Herz aus dem Reichs-Schatzamt warnte vor der Annahme der Resolution, deren Konsequenzen auf finanziellen Gebieten nicht zu übersehen seien. Der Vertreter der württembergischen Regierung dagegen, der Ministerial-Direktor v. Schneider erklärte, daß seine Regierung die Annahme der Resolution mit Freuden begrüßen werde. Der Korreferent Graf v. Roon stellte in seinem Schlußwort mit sittlicher Entrüstung fest, daß sein monarchisches Gefühl schwer beleidigt sei durch die Bemerkung des Abg. Singer in der gestrigen Sitzung, daß die überhöchste Ausdrücke in den Dankadressen des Oberbürgermeisters der Stadt Ulm als Servilismus einzuschätzen seien. Ebenso liege doch ein Unterschied darin, ob man ein Danktelegramm an den Kaiser richte oder vor Herrn Singer auf der Straße den Hut ziehe. Deshalb sei er empört darüber, daß gestern der Abg. Prinz von Arenberg beide Handlungen auf ein und dieselbe Stufe gestellt habe. Abg. Singer verteidigte sich in einer persönlichen Bemerkung dagegen, daß sich ihm gegenüber der Abg. Graf v. Roon als Censor aufwerfe. Er habe hier seine Pflicht als Abgeordneter nach seiner eignen Überzeugung zu erfüllen und thue das in der Weise, wie es ihm am besten ersehe. Dabei sei es ihm völlig gleichgültig, wenn sein Vorgehen nicht die Billigung des Abg. Grafen v. Roon finde. Um aber den Herrn Grafen vor Gewissensbissen zu bewahren, wolle er ihn feierlichst davor entbinden, daß er ihn auf der Straße grüße. (Abg. Graf v. Roon ruft dazu: „Ich habe Sie noch nie begrüßt.“) Abg. Singer: Na, also! Abg. v. Arenberg sprach ebenfalls sein Bedauern darüber aus, daß der Korreferent das Schlußwort zu persönlichen Angriffen benutzte habe.

Hierauf wird die Resolution Gröber angenommen, durch welche die Erwartung ausgesprochen wird, daß der Vertrag mit der Stadt Ulm event. in demjenigen Punkte abgeändert werden soll, die eine unbillige Belastung der Stadt bereinst zur Folge haben sollten.

Die übrigen Forderungen des Militär-Etats wurden unverändert angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag: Post-Etat und Etat des Reichs-amts des Innern. —

Die Phosphor- und Zündholz-Kommission.

trat am Mittwoch wieder zusammen und besprach die Ergebnisse der Besichtigung der Piranischen Fabrik in Wetzlarhausen bei Kassel, über die wir bereits berichtet haben. Bei der Generaldebatte über die durch Weißphosphor hervorgerufenen Gefahren erklärte der Vorsitzende der Kommission, Dr. Dertel, daß er bis vor wenigen Wochen wie Abg. Pöhlner der Meinung war, daß die Phosphorkelose im Rückgang und daher der Gesekentwurf unnötig sei. Seitdem habe er sich genauer informiert und halte jetzt ein gesetzgeberisches Einschreiten durch Verbot des Weißphosphors für unbedingt notwendig. Abg. Müller-Meintingen (fr. Sp.) teilt mit, er habe sich persönlich überzeugt, daß in Neustadt am Rennsteig durch die Weißphosphor-Fabrikation eine Degenerierung der Bevölkerung eingetreten sei und zahlreiche Arbeiter durch Kelose verstimmt würden. Gegenüber den Einwänden Dr. Pöhlners, der das wiederholte, was schon in den früheren Sitzungen der Kommission lang und breit erörtert war, zeigte Dr. Dertel, wie eine Verschärfung der Vorschriften für Weißphosphor-Verwendung nur zur Folge haben könne, daß die kleineren und mittleren Betriebe durch solche Anforderungen existenzunfähig würden, so daß nur die Großbetriebe davon Nutzen hätten. Gerade im Interesse der kleineren und mittleren Betriebe liege es, bei der Fabrikation eine ungiftige Masse zu benutzen, um lästige und kostspielige Vorschriften los zu werden. Gewiß lasse sich auch Weißphosphor verwenden, ohne daß die Gesundheit der Arbeiter gefährdet werde. Bereits 1896 sei in Frankreich eine Maschine eingeführt, die von der amerikanischen Diamant-Zündholz-Fabrikation in Vertrieb gebracht wurde und durch hermetischen Abdampf die giftigen Dämpfe des Weißphosphors von den Arbeitern fernhalte. Aber diese Maschine sei nicht nur teuer, sondern auch nur für den Großbetrieb geeignet; auch mache sie sehr viel Arbeiter frolos, da auf ihr fünf Arbeiter das leisten, was 40 Arbeiter bei der bisher üblichen Methode produzieren.

Da bezüglich der Entschädigungsfrage der freisinnige Abg. Müller-Meintingen einen Antrag einbringen will, wurde die Debatte darüber verschoben und die Beratung des Gesekentwurfs begonnen. Dem § 1 wurden die ersten drei Absätze mit allen gegen die Stimme Pöhlners angenommen, d. h. die Verwendung von Weißphosphor, der Verkauf und die Einfuhr von Weißphosphor-Zündholzern verboten. — Nächste Sitzung Dienstag.

Aus der Petitionskommission des Reichstages. In ihrer Sitzung vom Mittwoch beschloß die Kommission, eine Petition betreffend Abänderung des Gesetzes zur Bekämpfung des unfaulteren Wettbewerbes dem Reichskanzler als Material zu überweisen. — Eine Petition des Vereins der deutschen Kaufleute in Berlin, welche sich gegen die Verstaatlichung des Arbeitsnachweises und der Arbeitslosenunterstützung wendet, wird durch frühere Beschlüsse des Reichstages für erledigt erachtet. — Derselbe Beschluß wurde gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnführung der Prügelfabrik durch Abänderung des Strafgesetzbuches verlangt.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 1. März 1903.

In der heutigen Verhandlung erklärt Exner, daß die Bilanz, der Geschäftsbericht und der vertrauliche Bericht von allen Mitgliedern der Verwaltung vor der Drucklegung aufs genaueste geprüft wurden. Im Geschäftsbericht sei allerdings nicht alles gesagt, die Verwaltung habe es aber für die Hauptsache gehalten, daß das, was gesagt wurde, wahr sei und nicht geglaubt, sich der Verschleiierung schuldig zu machen; darauf hätte der juristische Direktor Dr. Gensch aufmerksamer machen müssen. Gensch habe zwar in der vorigen Verhandlung behauptet, er habe gesagt: „Wenn das keine Verschleiierung ist, so giebt es keine Verschleiierung“, aber keiner der damaligen Mitangeklagten habe diese Behauptung bestätigt.

Es werden sodann Professor Wüch und der Buchhalter Bunzler eingehend über die Buchungen vernommen. Wüch teilt mit, als er im Auftrage der Verwaltung der Leipziger Bank Ostern 1901 die Bücher der Treiber-Gesellschaft in Kassel revidiert habe, habe Schmidt die Vorlegung des Geheimbuchs verweigert und ihm den Vorschlag gemacht, aus der Leipziger Bank auszuscheiden und in die Dienste der Treiber-Gesellschaft zu treten. Er habe dies jedoch abgelehnt. Exner bemerkt, Schmidt habe ihm lange vorher mitgeteilt, er werde das Geheimbuch nur Mitgliedern der Verwaltung der Leipziger Bank, aber keinem Angestellten derselben vorlegen. Einige Zeit darauf habe Schmidt auch das Geheimbuch dem stellvertretenden Vorsitzenden der Leipziger Bank, Schroder, vorgelegt.

In der Nachmittagsverhandlung befand sich der Konkursverwalter der Treiber-Gesellschaft, Justizrat Fries-Kassel, das Vergannische Patent, zu dessen Ausbeutung Schmidt eine große Anzahl Tochtergesellschaften gründete, habe sich in keiner Weise betätigt. Um eine

gute Bilanz herzustellen, seien viel verdächtige Aufträge gestellt und andere Buchführungen vorgenommen worden. Der Konkurs der Treiber-Gesellschaft sei unweidlich gewesen; die angemeldeten Forderungen ohne Vorzugsrecht in der Höhe von 190 Millionen seien auf etwas über 100 Millionen herabgemindert worden. Die von der Leipziger Bank der Konkursverwaltung vorgeschickten 500 000 M. hätten die Auflösung und Veräußerung der lombardierten Effekten ermöglicht; dadurch seien 1/2 Millionen aufgebracht worden und die Zahlung von 2 bis 3 Proz. Konkursdividende möglich geworden. Aufstehende Forderungen habe die Gesellschaft 38 Millionen Mark, im ganzen seien davon eine Million eingegangen, die übrigen seien zumest wertlos. Nach weiterer Zeugenerhebung wurde die Verhandlung auf Donnerstag vertagt.

Arbeitsverhältnisse in England. Die Lage des englischen Arbeitsmarktes hat sich seit Beginn des Jahres eher verschlechtert, als verbessert. Nach der Statistik der Gewerkschaften waren im Januar 5,5 Proz. ihrer Mitglieder arbeitslos gegen 4,4 Proz. im Januar des vorigen Jahres. Die verhältnismäßig größte Zahl der Arbeitslosen hatten die Gewerkschaften der Eisen- und Schiffbau-Industrie. Für den Monat Februar fehlen noch die Angaben, doch stimmen alle Sachverständigen darin überein, daß sich seit Januar die Lage kaum verändert hat.

Um Mittel zu finden, der Arbeitslosigkeit im Lande zu wehren, trat am letzten Freitag in der Londoner Guildhall eine nationale Konferenz zusammen. Den Vorsitz führte der Parlaments-Abgeordnete Kollit. Die Zahl der antretenden Delegierten betrug 587, ohne die Mitglieder der Stadtverwaltung von London und des „nationalen Komitees der Arbeitslosen“. Sir Albert Kollit wies auf „Lösung des Problems“ nichts andres vorzuschlagen, als ein Zusammenwirken von Stadt und Land, d. h. ein Abwandern der großstädtischen Arbeiter nach dem Lande, um sich dort Landarbeit zu suchen. Der schöne Vorschlag fand jedoch nur geringe Zustimmung, ist doch der größte Teil der Londoner Industriearbeiter mit der Landarbeit völlig unbekannt und nicht für sie brauchbar. Auch die Befürwortung der Auswanderung nach Kanada fand bei der Versammlung keine Gnade, denn als der Vorsitzende davon sprach, wurde ihm zugerufen: „Die mittellosen Ausländer können dahingehen.“ Nach langen Verhandlungen wurde von der Versammlung eine Resolution angenommen, in der empfohlen wird, daß die Lokalbehörden sich mit der Centralregierung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit für die Arbeitslosen in Verbindung setzen möchten.

Die Darmstädter Bank (Bank für Handel und Industrie) berichtet folgende Mitteilung über ihren Jahresabluß:

Der Bruttogewinn beträgt pro 1902 die Summe von 15 805 716 Mark, hiervon ab die Handlungsunkosten und Steuern mit 2 675 954 M., bleibt 13 219 762 M.

In obiger Summe ist der Gewinn enthalten, welcher aus der Uebernahme der Bank für Süddeutschland im Umiauch gegen unsere Aktien erlossen ist. Dieser Gewinn beträgt 4 389 794 M., so daß das Resultat unseres regulären Geschäftes im Jahre 1902 8 829 968 M. betrug. Aufsichtsrat und Direktion schlagen die Verteilung einer Dividende von 6 Proz. (gegen 4 Proz. für 1901) vor, welche zusätzlich der Lantien den Betrag von 8 982 184 M. beansprucht, während der Nutzen aus der Bank für Süddeutschland verwendet wird: zur Auffüllung der gesetzlichen Reserve (481 388 M.) zur Rückstellung wegen Defraudation Kehler (750 000 M.), zur Abdeckung von Kontraktverlusten (849 562 M.) und zu einer besonders vorsichtigen Bewertung der Operationskontos durch Abbuchung von 2 400 000 Mark. Die Transaktion mit der Dresdener Diskontobank, welche im übrigen den gezeigten Erwartungen entspricht, kommt im Berichtsjahre nicht zur Abrechnung.

Das Gewinn- und Verlust-Konto wie die Bilanz lassen eine bedeutende Ausdehnung des Geschäftes der Bank, die bemächtig ist Aktienkapital von 105 auf 132 Millionen Mark erhöht hat, erkennen. Durchweg haben alle Geschäftskonten beträchtlich höhere Gewinne als im Jahre 1901 abgeworfen, zu denen sich außerdem noch der bedeutende Gewinn aus der Uebernahme der Bank für Süddeutschland im Betrage von 4,39 Millionen Mark gesellt. Was die Bilanz anbetrifft, so fällt unter den Passiven vor allem die starke Zunahme der Ertrags (von 36,9 auf 53,9 Millionen Mark) und der Kontocorrent-Kreditoren (von 76,7 auf 120,5 Mill. Mark) auf, der auf der Aktiva-Seite eine nicht minder starke Vermehrung der disponiblen Fonds (von 68,9 auf 108,3 Millionen Mark) und der Effekten (von 13,4 auf 41,1 Millionen Mark) gegenübersteht.

Jahresabluß der Diskontobank. Nach den Mitteilungen in der gestrigen Sitzung des Aufsichtsrats stellt sich der Bruttogewinn einschließlich des 223 842 M. betragenden Vortrags aus der vorjährigen Bilanz auf 19 156 736 M. gegen 16 932 349 M. im Vorjahre; der Reingewinn beläuft sich nach Abzug der Verwaltungskosten und so weiter im Betrage von 3 621 110 M., Steuern 1 256 311 M., Abschreibung auf zweifelhafte Forderungen 73 545 M. und Abschreibung auf den Neubau in der Behrenstraße 43/44 = 300 000 Mark auf 13 905 769 M. gegen 12 379 948 M. im Vorjahre.

Nach Anhörung der Bilanz-Revisionskommission erklärte sich der Aufsichtsrat mit dem Antrage der Geschäftsinhaber einverstanden, für 1902 eine Dividende von 8/2 Proz. auf das Kommanditkapital von 130 000 000 (gegen 8 Proz. Dividende im Vorjahre) nebst ein Viertel der Dividende von 8/2 Proz. gleich 2,125 Proz. auf die im Betrage von 20 000 000 M. neu ausgegebenen Kommanditanteile in Vorschlag zu bringen.

Das Gewinn- und Verlustkonto ergibt als Zinsen-Ertrag der Passiva und anderen Passiven 2 602 681,12 M. gegen 3 244 770,73 in 1901, als Ertrag aus Kurswechsel-Verkehr nach Abzug der Zinsen 446 622,71 M. gegen 328 360,37 M. in 1901; als Netto-Ertrag aus eignen Wertpapieren, Reportgeschäft usw. 2 288 754,66 M. gegen 710 755 M. in 1901; als Provision 4 579 625,96 M. gegen 4 115 016 M. in 1901; als Ertrag aus dem Zinsenkonto 4 227 174,36 M. gegen 3 545 875,10 M. in 1901; als Ertrag aus der Norddeutschen Bank 3 400 000 M. gegen 3 200 000 M. im Vorjahre und aus andern dauernd Verkauften bei Bankinstituten nebst Kommanditbeteiligungen 972 127,55 M. gegen 933 047 M. in 1901; ferner als verschiedene Einnahmen aus den Grundstücken usw. 1 415 907,27 M. gegen 1 038 066,11 M. in 1901.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Tarifverhandlungen im Steinhausergewerbe sind gescheitert. Am Dienstag erhaltete der Gesellenauschuß in einer gut besuchten öffentlichen Steinarbeiter-Versammlung Bericht über die kurze Aussprache mit dem Zunungsvorstand, die am Freitag stattgefunden hat. Die Meister zeigten nicht das geringste Entgegenkommen und beharrten ganz entschieden auf ihren ca. 20 Proz. betragenden Herabsetzungen der Arbeitspreise. So wäre der Tarif abgedrückt und sie würden auch danach bezahlen. Die Gesellenvertreter weigerten sich ebenso entschieden, auf diese Zumutung einzugehen, und damit endete die Verhandlung. Auch in Bezug auf den Schriftstauer-Tarif beharren die Meister auf den angekündigten Reduktionen. Für den Buchstaben soll nur noch 23 Pf., mit Aufzählungen 25 Pf. gezahlt werden, während der Preis in den großen Geschäften jetzt schon 27 Pf. beträgt. — In der Versammlung sprachen sich sämtliche Medner gegen Annahme der Zunungsvorlage aus. Das rückfällige Verhalten der Zunung, sowie der Umstand, daß der Zunungsvorstand sich erst am Freitag, also kurz vor dem 1. März, wo der alte Tarif sein Ende erreichte, zu einer letzten Aussprache herbeiließ, wurden als Zeichen dafür aufgefaßt, daß die Meister einen Streik provozieren wollten. Die Zunungsvorlage wurde einstimmig abgelehnt und ebenso einstimmig folgende Resolution angenommen:

Die Steinarbeiter Berlins protestieren gegen die Zunung, die neue Tarifvorlage anzunehmen und für einen Hungerlohn zu arbeiten. Da die Arbeitsgelegenheit gegenwärtig eine schlechte ist, sehen sie von einer Arbeitsniederlegung ab, um sie zu geeigneter Zeit zur Durchführung zu bringen.

Da nach einer Erklärung des Obermeisters bei Ablehnung des Tarifs auch der bisher geltende Stundenlohn nicht mehr innegehalten werden soll, so wird die nun hereingebrochene tariflose Zeit auch denjenigen fühlbar werden, die die sogenannten guten Stellen inne haben. Es wurde noch mitgeteilt, daß auch in Punglau i. Schl. die Tarifverhandlungen gescheitert sind, weil die Meister auf Herabsetzungen bestehen, die den Gesellen unannehmbar erscheinen.

In Bezug auf den Schriftstauer-Tarif nahm die Versammlung folgende Resolution an:

„In Anbetracht der hohen Lebensmittelpreise und der theuren Wohnkosten, welche die Existenz der Schriftstauer wie die aller Arbeiter aufs schwerste bedrücken, ferner in Anbetracht der großen Arbeitslosigkeit, der die Schriftstauer nach Ablauf der Saison ausgelegt sind, protestieren sie ganz energisch gegen jegliche Reducierung der seit langen Jahren bestehenden Tarifsätze. Sie können einer Herabsetzung um so weniger zustimmen, weil dadurch die Schmutzkonkurrenz noch weiter begünstigt wird, die zu beseitigen die Arbeitgeber und nach Kräften unterstützen sollten, wie das anerkannterweise die anständigen Firmen bisher gethan haben und weiter thun werden, indem sie unsre tariflichen Abmachungen nach wie vor innehalten.“

Die Maler und Anstreicher hatten sich am Dienstag mit dem von der Zunung vorgelegten Tarifentwurf für Accordarbeiten zu befassen. Die zu diesem Zweck einberufene Versammlung war ungewöhnlich stark besucht, der große Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz gefüllt. Das große Interesse, welches die Maler und Anstreicher an dieser Angelegenheit haben, erklärt sich daraus, daß die Vorlegung eines Accordtarifs seitens der Zunung dem Standpunkt, welchen die organisierten Arbeiter des Berufs von jeder der Accordarbeit gegenüber eingenommen haben, direkt widerspricht. Der Umstand, daß die Zunung einen Accordtarif vorgelegt hat, wird deshalb als eine Provokation der Maler und Anstreicher Berlins aufgefaßt, und das umso mehr, als noch bei den letzten Beratungen des Zeitlohntarifs gar keine Rede davon war, daß die Arbeiter jemals einem Accordtarif zustimmen und damit die Hand zur Sanktionierung der Accordarbeit bieten würden. Dieser Standpunkt trat auch der Altgenosse Jakob, der in der Versammlung das einleitende Referat hielt. Er betonte besonders, daß die Zunung, nachdem die Gehilfenschaft den gegenwärtig geltenden Lohnstarif angenommen und auch die Mitglieder der Ueberwachungs-Kommission gewählt hatte, erklärte, ehe nicht die Gehilfenschaft einen Accordtarif ausgearbeitet und angenommen haben, würde sie (die Zunung) eine Ueberwachungs-Kommission nicht wählen. Die Lohnkommission der Arbeitnehmer war sich darüber einig, daß ein Accordtarif für das Malergewerbe wegen der großen Schwierigkeiten ein Unling sei, sie habe deshalb die Ausarbeitung eines Accordtarifs abgelehnt. — In der Versammlung redeten mehrere Malermeister der Einführung des Accordtarifs das Wort, es wurde von dieser Seite auch betont, daß von der Annahme des Accordtarifs das Weiterbestehen des Lohnstarifs abhängt. Die Bemühungen der Meister waren jedoch vergebens. Nachdem einst unter großem Beifall der Versammlung entschieden gegen die Annahme des Accordtarifs gesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt und folgende Resolution angenommen:

Die Versammlung spricht sich entschieden gegen die Einführung eines Accordtarifs in unserem Gewerbe aus. Sie lehnt daher jede weitere Beratung des von der Zunung uns überbrachten Accordtarif-Entwurfs ab. — Die Versammelten sind der Meinung, daß die Accordarbeit in erster Linie dazu angethan ist, die schon ohnehin furchtbar grassierende Berufs-Krankheit in hohen Maße zu fördern und so unsre Berufsangehörigen schon frühzeitig dem Siechtum zu überliefern. Weiter aber würde die Accordarbeit unstrittig die schon jetzt erschreckend große Arbeitslosigkeit noch bedeutend vergrößern. Die Anwesenden bedauern daher, daß die Arbeitgeber nicht schon bei der Beratung des abgeschlossenen Lohnstarifs der vollständigen Beseitigung der Accordarbeit zugestimmt haben. Endlich verpflichten sich alle Anwesenden, dahin zu wirken, daß die Arbeiter nur in Lohn ausgeführt werden. Sie erwarten aber auch, daß die Zunung nunmehr ihre Hälfte der Mitglieder zur Ueberwachungs-Kommission wählt und bei der Durchführung des Lohnstarifs behilflich ist.

Arbeitsniederlegung. Bei der Firma G. e. b. r. Müller, Stahlgeräthe 131, sind sämtliche Metallformer, Pfeifer und Gießer-Arbeiter in den Ausstand getreten. Ursache hierzu gaben die fortgesetzten Maßregelungen von Vertrauensleuten und Kommissionsmitgliedern.

Achtung! Sattler aller Branchen. Der Ausstand der Accordarbeiter in der Militär-Eisenfabrik von H. Becker u. Co., Michaelisstr. 29a, ist zur Zufriedenheit der Arbeiter erledigt. Die Ortsverwaltung Berlin des deutschen Sattlerverbandes.

Die Lohnbewegung der Graveure (Stempelschneider) in den Berliner Schriftgießereien ist auf Grund eines Tarifs auf Gunsten der Arbeitnehmer beendet. Aufgabe der betreffenden Kollegen ist es, an den Tarifbedingungen festzuhalten und sie weiter auszubauen.

Verband der Graveure, Gießeure, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zug von Spinnern nach Leipzig ist ferngehalten, weil in der Schiffsiden Wollgarnfabrik vorm. Mittel u. Krüger Differenzen ausgebrochen sind.

In der Uhrgehäusefabrik von Rohland u. Poland in Grimnitzau haben 30 Personen wegen fortgesetzter Lohnkürzungen die Arbeit niedergelegt. Der Betrieb ruht vollständig.

Der Streik der Kleinfeger in Köln ist durch Vergleich vor dem Einigungsamt beigelegt. Es ist ein Accordtarif vereinbart und ein Stundenlohn von 63 Pf. sowie eine 1/2-stündige Arbeitszeit festgesetzt worden.

Ausgesperrt sind in der Feilenfabrik von A. Offermann in Remscheid 80 von 100 daselbst beschäftigten Arbeitern, weil sie Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes sind. Die Sympathie der Bürgerchaft ist auf der Seite der Ausgesperrten.

Die Handels- und Transportarbeiter in Esbelfeld haben unter andern die folgenden Forderungen aufgestellt: Für Aufseher eine 11stündige, für Ablader, Lager-, Expeditions- und Speicherarbeiter eine 10stündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn von 24 M. pro Woche, wo derselbe bereits erreicht oder überboten ist, 10 Proz. Aufschlag, für Möbeltransportarbeiter täglich 4 M. Spesen, für Kaufleute und Fuhrleute bei Fuhrten nach außerhalb täglich 2 M. Spesen, Bezahlung der gesetzlichen Feiertage, Anerkennung der Organisation. Die Lohnkommission wird wegen der Forderungen mit den Unternehmern in Verhandlung treten.

Ausland.

Die Typographen von Rom sind in einen Streik eingetreten; sie verlangen die Herabsetzung der Arbeitszeit, die jetzt 9 und 10 Stunden beträgt, auf 8 Stunden und gleichzeitig eine Erhöhung der Tarife. Der Tarif für gewöhnlichen Satz beträgt z. B. 50 Ctm. pro 1000 Buchstaben, für Tabellenatz 55 Ctm. die Stunde. Im Wochenlohn kommen die Seher auf 24—35 Fr. In den Zeitungen werden etwas höhere Löhne bezahlt; dort kommen einzelne Seher bis auf 10 Fr. pro Tag bei einer Arbeitszeit von 9 Stunden. Die Unternehmer verweigerten zunächst jede Lohnerhöhung mit dem Hinweis darauf, daß in Rom die höchsten Arbeitslöhne bezahlt würden, und wollten nur in eine Festsetzung der Maximalarbeitszeit auf 9 Stunden willigen. Darauf erfolgte der Ausstand; mittags um 1 Uhr verließen die Seher sämtlicher Druckereien ihre Arbeitsplätze. In den Zeitungsdruckereien wurden die Forderungen der Seher bewilligt, so daß die Zeitungen weiter erscheinen.

An dem Streik sind 2000 Personen beteiligt; 689 arbeiten bis jetzt zu den neuen Bedingungen. Bewilligt haben alle Zeitungs- und 5—6 andre Druckereien. Die Unternehmerorganisation hat beschlossen, falls die Streikenden nicht sofort zur Arbeit zurückkehren, ihre Officinen zu schließen.

Gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung in Schweden. Von der sozialdemokratischen Arbeiterkommune Stockholm war eine große Diskussion über das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei veranstaltet worden, die in der vorigen Woche zu Abschluß gelangte. Im Laufe der Verhandlungen waren mehrere Resolutionen eingebracht worden, so z. B. eine von der Arbeiterkommune, die darauf hinausging, die gegenwärtige enge Verbindung zwischen Gewerkschaften und Partei aufrecht zu erhalten, ferner eine vom Vertrauensmann des Metallarbeiter-Verbandes, diese Verbindung zu lösen und die Gewerkschaften neutral zu machen, und schließlich der Vorschlag, einen außerordentlichen Parteikongress zur Entscheidung der Frage einzuberufen. Die Versammlung entschied jedoch, daß kein bestimmter Beschluß gefaßt werden solle und daß die Diskussion die Antwort auf die vorliegende Frage ausmachen solle.

„Socialdemokraten“ wendet sich gegen die Ansicht bürgerlicher Blätter, daß dieses Resultat ein Zeichen tiefgehender Zersplitterung in der schwedischen Arbeiterbewegung sei, und sagt u. a. über die nun beendete Diskussion: „Freunde und Gegner der bestehenden Organisationsform haben mit gleicher Stärke betont, daß die sozialdemokratische Fühne dem vorwärtschreitenden Zuge der Arbeiterklasse hoch voran getragen werden soll. Sind unsre politischen Gegner mit diesem reellen Inhalt der Debatte zufrieden, so können wir es auch sein.“

Die Zimmerer der Regierungswerften in England haben in einer Petition an die Admiralität verlangt, daß ihr Lohn auf die Höhe des in den Privatwerften üblichen gebracht werde. Während die Zimmerer in den Privatwerften im Durchschnitt 89,00 M. pro Woche verdienen, bringen es die in den Regierungswerften nur auf 80 M. im Durchschnitt.

Sociales.

Mit der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz beschäftigte sich eine außerordentliche Versammlung der freien Vereinigung sächsischer Orts-Krankenkassen, die am Montag in Chemnitz tagte. Es wurden Grundzüge zu einer Petition an den Bundesrat und Reichstag beschlossen, deren Ausarbeitung der Ortsklasse Dresden übertragen wurde. Sodann wurde eine Resolution angenommen, die gegen die in jüngster Zeit mehrfach ausgesprochenen Verdächtigungen der sozialdemokratischen Kassenbeamten energisch protestiert und sie zurückweist. Diese Resolution soll, da sie sich auch gegen die beiden amtlichen Blätter der sächsischen Regierung richtet, dieser überreicht werden. Der Versammlung wohnten Vertreter der Regierung und der Stadt bei.

Zunungen dürfen nach einer Entscheidung des preussischen Handelsministers den Arbeitgeber-Verbänden nicht beitreten. Ihn ist es demnach, so können sie geschlossen werden. Es handelte sich im konkreten Falle um den Allgemeinen Deutschen Arbeitgeber-Verband für das Schneidergewerbe. In der Entscheidung heißt es:

„Dieser Verband ist seiner Bestimmung nach, wenn es auch in den Statuten nicht klar hervortritt, ein Kampfbund gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer. Seine Bestimmung sieht somit im Widerspruch zu § 81a Ziffer 2 der Gewerbe-Ordnung, wonach die Aufgabe der Zunungen die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen ist. Hierzu kommt noch, daß den Zunungen auch Mitglieder angehören, die nicht Arbeitgeber sind und daß es eine Unbilligkeit sein würde, die von ihnen mit aufgebrachtene Zunungsmittel einem Verbande zuzuwenden, dessen Aufgabe lediglich die Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitgeber bildet.“

Zur Bekämpfung der Wurmkrantheit wird dem „Tag“ gemeldet: Der allgemeine Knappschaftsberein verstande an sämtliche Grubenverwaltungen des Ruhrbezirktes Material über die Ausdehnung der Wurmkrantheit mit gleichzeitiger Aufforderung, nur solche Leute noch als Arbeiter aufzunehmen, die absolut sicher nachweisen können, daß sie bisher nicht wurmkrank gewesen sind. Das gesamte Centrum des Ruhrbezirktes von Gelsenkirchen bis Dortmund, sowie vom Emptersfluß bis an die von Dortmund nach Essen führende Eisenbahnlinie ist von der Seuche erfaßt, die ständig weitere Fortschritte macht. Letztere wird durch die Verleselung der Gruben sehr gefördert. In dessen lehnt die Bergpolizeibehörde die geforderte vorläufige Einschränkung der Verleselung ab unter Hinweis darauf, daß diese Einschränkung die wesentlichste technische Errungenschaft der Neuzeit sei, um einzelne sowie Massenunfälle zu verhüten.

Die Bergpolizeibehörde thut ganz recht daran, daß sie die Einschränkung der Verleselung nicht gestattet. Wenn es auch richtig sein mag, daß sie zur Verbreitung des Wurmes beiträgt, so doch nur unter der Mitwirkung anderer ungünstiger Zustände, die beseitigt werden können und beseitigt werden müssen.

Die Volksschule auf dem Lande. Nach den neuesten Veröffentlichungen des preussischen Statistischen Bureaus waren im Jahre 1901 in sämtlichen preussischen Landkreisen noch 96% Proz. aller Kinder in einlässigen und Halbtagschulen untergebracht. Dabei giebt es Bezirke, in denen die überwiegende Mehrzahl der Kinder in solchen völlig unzulänglichen Schulen unterrichtet wurden. So in den Bezirken Steinfurt 68,3 Proz., Stralsund 65,5 Proz., Bromberg 62,5 Proz., Köslin 59,8 Proz. usw. In den Bezirken, in denen mehr Kinder als im Durchschnitt der Monarchie in solchen Schulen unterrichtet werden, gehören noch Posen, Klutzbund, Frankfurt, Weichsel, Danzig, Kassel, Gumbinnen, Hildesheim, Osnabrück, Stade, Königsberg, Koblenz, Marienwerder, Potsdam und Breslau.

Landesversicherungs-Kassat und Krankenkasse.

Die Invalidenversicherungs-Anstalten (Landesversicherungs-Anstalten) können nach § 18 Abs. 1 des Invalidenversicherungs-Gesetzes solche Kranke versichern, bei denen eine auf Grund des Gesetzes zu entscheidende Invalidität zu befürchten ist, in einer Heilanstalt untergebracht. Der Unterbringungsanspruch, den der Kranke an seine Krankenkasse hat, geht dann auf die Landesversicherungs-Anstalt über. Die Landesversicherungs-Anstalt Sachsen-Anhalt hatte auf Grund jenes Paragraphen den Insurgenten Arbeiter E. in einer Anstalt untergebracht, nachdem sich die Krankenkasse, der E. angehört, damit einverstanden erklärt hatte. Als die Versicherungsanstalt aber von der Kasse das Krankengeld für 10 Wochen verlangte, nachdem E. so lange in der Heilanstalt gewesen war, verweigerte die Kasse die Zahlung. Und zwar machte sie geltend, E. hätte während der Zeit gar keinen Anspruch auf Krankengeld gehabt, ein solcher könne also auch nicht auf die Versicherungsanstalt übergehen; der Kasseeintrag habe wenige Tage vor der Aufnahme E.s in die Heilanstalt den Patienten für erwerbsfähig erklärt. — Die Versicherungsanstalt klagte darauf im Verwaltungsstreitverfahren beim Bezirksauswahlgewerbe, daß die Kasse schon deshalb zur Zahlung eines Kostenbeitrags in Höhe des Krankengeldes für 10 Wochen verurteilt, weil die Kasse durch ihr ausdrückliches Einverständnis mit der Unterbringung E.s in der Heilanstalt sich zur Zahlung verpflichtet hätte. — Das Ober-Verwaltungsgericht hob das Urteil des Bezirksauswahlgewerbes auf, weil es rechtskräftig sei, wenn das Gericht schon wegen einer eingegangenen Verpflichtung die Kasse verurteilt. Bei einer Klage im Verwaltungsstreitverfahren komme es nicht auf eine Vereitlerklärung an, sondern es sei entscheidend, ob die Kasse an sich durch das Gesetz zur Zahlung des Krankengeldes verpflichtet gewesen sei. Das müsse hier aber bei freier Beurteilung angenommen werden, denn aus den Akten der Anstaltsärzte sei zu entnehmen, daß E. während der Zeit der Heilbehandlung in der Anstalt erwerbsfähig gewesen sei. Somit müsse die Kasse nach der Aufhebung der Vorentscheidung gleichwohl wieder verurteilt werden.

Rentenrechtliche und Rentenentzug.

Der Schlosser Born bezog von der Siegel-Verufsgenossenschaft in Folge Querschnitt beim Betriebe eine Invalidrente. Diese wurde ihm entzogen, weil er die medikamentöse Anstalt eines Dr. Kregelmann, in die ihn die Verufsgenossenschaft geschickt hatte, selbständig verließ und einer Aufforderung, wieder hinzugehen, nicht folgte. B. beklagte sich über schlechte Behandlung und darüber, daß

die Frau des Arztes Zutritt zu den Anstaltsräumen hätte und sich manchmal darin aufhielt, wenn die Patienten entlassen seien. Die Verufsgenossenschaft begründete die Rentenentziehung damit, daß B. nach einem Gutachten des Anstaltsarztes wahrscheinlich seine volle Erwerbsfähigkeit erlangt hätte, wenn er dort noch einige Zeit verblieben wäre.

B. legte Berufung beim Schiedsgericht ein und betonte, er wäre ganz gern in eine andre Anstalt gegangen, nur nicht wieder zu Dr. Kregelmann. Das Schiedsgericht ließ durch seinen Vertrauensarzt den noch beim Kläger vorhandenen Grad der Erwerbsunfähigkeit feststellen und beurteilte dann die Verufsgenossenschaft, dem Verletzten 20 Proz. der Vollrente weiter zu gewähren. Das Schiedsgericht hielt die Entziehung der Rente schon deshalb für nicht angebracht, weil in dem Bescheide, durch den Kläger zum Wiedereintritt in die medikamentöse Anstalt aufgefordert wurde, die Folgen einer Unterlassung nicht genügend kenntlich gemacht seien. Es genüge nicht der Hinweis, daß die Rente entzogen werden könnte; es müßte die Dauer und der Grad der eventuellen Schwächung angegeben werden. Darum wäre auch der spätere Bescheid wirkungslos.

Die Verufsgenossenschaft legte Rekurs ein. Der Vertreter des Verletzten erwiderte darauf, daß auf keinen Fall eine Renten-Entziehung auf die Dauer möglich sei. Nach dem § 23 des neuen Unfallversicherungs-Gesetzes könnte die Rente nur auf eine bestimmte Zeit entzogen werden. Uebrigens wäre nach dem Gutachten des vom Schiedsgericht gehörten Arztes bei längerem Aufenthalt im medikamentösen Institut nur noch eine geringe Besserung eingetreten.

Das Reichs-Versicherungsamt hob das Schiedsgerichts-Urteil auf und erkannte dahin, daß dem Kläger die Rente auf drei Monate zu entziehen, dann aber in Höhe von 20 Proz. weiter zu gewähren sei. Die vorübergehende Entziehung wurde damit begründet, daß die Beweiserhebung bezüglich der schlechten Behandlung zu Ungunsten B.s ausgefallen sei. Den Ausführungen des Schiedsgerichts wäre nicht beizutreten. Eine Entziehung der Rente für drei Monate sei aber eine genügende Buße.

Zur Lage der Musiker.

Folgende Bitte erläßt (soeben der Musik-Schriftsteller Dr. Paul Marsop in der bekannten Zeitschrift „Die Musik“: Ich beabsichtige, in der „Musik“ eine Studie: „Die sozialen Verhältnisse der deutschen Orchestermitglieder“ im Laufe dieses Jahres zu veröffentlichen und mit Gleichgesinnten hierdurch eine Agitation für eine unferre Zeit und ihren Anforderungen entsprechende, dringende Hebung der materiellen Lage der Orchestermitglieder in die Wege zu leiten. — Alle werthen Herren Kollegen, ausübenden Musiker, Vorsänger und Mitglieder von Hof- und städtischen Orchestern, die geneigt wären, durch freundliche Uebermittlung geeigneten Materials — Gagen-Etat, Pensionen, Kranken-, Wundentassen und ähnliches betreffend — mich zu unterstützen, ersuche ich, ihre gef. Mitteilungen mir unter meiner ständigen Adresse: „München, Gesellschaft Museum, Promenadeplatz“ zugehen zu lassen. Auch einschlägige gedruckte oder lithographierte Aufstellungen, Satzungen usw. wären mir willkommen. Damit den berechtigten Einsendern von Seiten ihrer Vorgesetzten usw. keinerlei Unannehmlichkeiten erwachsen, werde ich ihre Namen nur nennen, sofern sie einen solchen Wunsch ausdrücklich kundgeben. Dr. Paul Marsop.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Maschinisten, namentlich der der Luftstadt, fand am 3. März in Feuerwehrs Festsaal statt. Auf der Tagesordnung stand: „Die neugegründete Vereinigung der kaufmännischen Bekleidungs-Geschäfte im Kampfe gegen den unlauteren Wettbewerb und wie bezahlet sie ihre Arbeiter?“ Der Referent Ritter führte unter anderem aus, daß die Herren-Bekleidungsfirmen (offene Geschäfte), die dem neugegründeten Schutzbund der kaufmännischen Geschäfte der Bekleidungsindustrie angehören, vor allem vor ihrer eignen Thüre kämpfen. Sie behaupten, daß sie die schlechte Konkurrenz und das Antizipierum beseitigen wollen; in Wirklichkeit machen sie den ausländischen Maßgeschäften, die auf Tarife halten, die schmerzhaft, auf jämmerlichen Löhnen basierende Konkurrenz. Zugleich aber verüben sie, sich die besser gestellte Arbeiterschaft als Quasidach durch marktärztliche Kesseltöne zu sichern, in der die Verhältnisse so dargelegt werden, als seien bei ihnen alle Forderungen ihrer Schneider erfüllt und jede Sicherheit für reelle Bedienung gegeben. Die Minimalhöhe der Tarife würden meist nicht gezahlt und die Schneider sowie auch deren Frauen, wenn sie liefern kommen, schlecht behandelt; besonders von den Zuschneidern und sonstigen Angestellten des Geschäftsinhabers. Auf manche Firmen hätten ja die Schneider einen gewissen Einfluß, weil jene es nicht mit der allgemeinen Arbeiterschaft, ihrem hauptsächlichsten Kundenkreise, verderben wollen. Jene Firmen gäben aber nur Scheinbar nach. Da sei es besonders die Firma Baer Sohn in der Frankfurter-, Chauffee- und Bräunstrasse. Obwohl sie unter dem Mantel der Friedfertigkeit alles Mögliche verspreche, sei es doch in jahrelangen Mähen nicht gelungen, ihr Verpflichtungen in Gestalt von Tarifen und anständiger Behandlung aufzuerlegen. Ueber die Verhältnisse ihres Geschäfts in der Chauffee-Strasse sei jetzt folgendes festgestellt: Ein besonderer Uebelstand sei auch hier das lange Warten der Arbeiter, bevor sie neue Arbeit erhalten. Auf Bestwerden werde Abhilfe zugewandt, es bleibe aber immer beim alten. Die Angestellten führten eine derartige Wirtschaft, daß man zu der Annahme komme, der Chef habe nichts zu sagen. Die Frauen der Schneider würden von den Angestellten in schamlosester Weise mit Worten traktiert, die ein anständiger Arbeiter nicht gebrauche. Ein Schneider, der zwölf Jahre für die Firma arbeitete, sollte aus nichtigen Gründen keine Arbeit mehr erhalten. Auf Intervention hin sei ihm vom Chef Arbeit für den Fall zugesichert worden, daß ihm der $\int u f u n d e r$ wiesse gebe. — Die Firma Jabel in der Adniederstrasse gebe an, daß bei ihr die Arbeiter unter $\int u n g$ benachteiligt Zuschneider angestellt würden. Thatsächlich machten Heimarbeiter die Sachen. Eine ewige Schere gebe es hier wegen der Bezahlung der Extra-Arbeiten. Nachdem Redner noch die färcienden Klagen von Heintinger (Oranienplatz) gerügt hatte, bezeichnete er als die den Arbeiterinteressen feindlichste die Firma Walbert Stier, die stets Streikarbeiten übernehme, wenn die Kollegen in irgend einer Stadt um die Verbesserung ihrer Löhne kämpften. Sie zahle am aller-schlechtesten. Redner schloß unter lebhaftem Beifall mit einer Aufforderung an die Versammelten, sich dem Schneiderverband anzuschließen, damit die Uebelstände beseitigt werden könnten. — Es entspann sich eine lebhafte Debatte. Fröhlich teilte mit, daß ein Zuschneider von Baer Sohn in der Chauffee-Strasse zu einer Schneider-frau gesagt habe, sie sei ja eine so schöne Frau, daß sie in die Friedrichstrasse gehen könne, wenn ihr Mann nicht genug verdiene. (Wußt!) — Ein Vertreter der Firma Verbeleg drach eine Lange für seine Firma, an der nichts zu tabeln sei. Der Schutzbund wolle das Bekleidungs-gewerbe heben. — Mehrere Redner fanden doch manderlei an den Verhältnissen bei Verbeleg zu tabeln. — $\int a t e r o$ wies auf das Geheimnis der sogenannten Maßkonfektion hin. Leute, die sich einen „Anzug anmessen“ ließen, erhielten konfektionsmäßig hergestellte Sachen.

Einstimmig sprach die Versammlung in einer Resolution ihre Meinung dahin aus, daß die Herren vom Schutzbund zunächst einmal feste Lohnsätze einzuführen hätten, um auf den Weg einer besseren Konkurrenz zu gelangen. Ferner protestierte die Versammlung gegen das Verhalten der Geschäftsinhaber gegenüber den Schneidern und ihren Frauen, wie es besonders von der Firma Baer Sohn festgestellt sei.

Die Kohleleger und Helfer hielten am Dienstag bei Keller eine Versammlung ab. Wienthal legte die Ursachen und den Verlauf des Streiks bei der Firma Schuppmann klar und ging dabei auch auf das Verhalten der Polizei gegen Streikposten ein. — Redner ist der Ansicht, daß zum 1. April eine Reihe von Differenzen mit den Arbeitgebern ausbrechen können, weil von diesem Datum ab die der-tragmäßige Lohnerhöhung in Kraft tritt, und zwar steigt der Minimallohn für Kohleleger von 50 auf 55 Pf. und für Helfer von 37 1/2 Pf. auf 40 Pf. Bei den organisierten Unternehmern dürfte

die Durchführung dieser Tarifbestimmungen verhältnismäßig leicht vor sich gehen, weil andererseits die gut funktionierende Schlichtungs-Kommission oder auch das Einigungsamt einwirkt und deren Entscheidungen unbedingt zu Gunsten der Arbeiter ausfallen müßten. Anders liege es jedoch bei den nicht organisierten Unternehmern. Falls diese zum 1. April Schwierigkeiten machen und den für beide Organisationen günstigen Tarif nicht anerkennen, so empfiehlt die Ortsverwaltung die sofortige Anrufung des Einigungsamtes und bei etwaigen negativen Resultaten der Verhandlungen eine sofortige, energisch durchgeführte Sperrte der in Frage kommenden Betriebe. Diese Ausführungen wurden von der Versammlung nach kurzer Diskussion gutgeheißen. Zum Schluß wurde dann noch zu festem Zusammenhalt der Kollegen ermahnt, damit sich nicht wieder Vorfälle ereignen wie bei der Firma Hilbert u. Hannemann, Brunnenstrasse, die, um willfährige Arbeiter zu züchten, jedem derselben 50 Pf. vom Lohn pro Woche abgezogen hat, welche bei der Sperraktion hinterlegt werden sollen. Diese willkürlichen Abzüge werden demnach nach das Gewerbeamt beschlagnahmt.

Die Musikanten-Arbeiter (Hochverein) beschäftigten sich in ihrer getrigen Delegiertenversammlung mit der Frage: „Welche Aufgaben erwachsen der Organisation im Jahre 1903?“ Der Referent Biepenhagen sagte unter anderem: Bei den vorjährigen Differenzen mit den Arbeitgebern hat es sich fast stets um die Abwehr von Lohnabzügen gehandelt, doch sind infolge des schlechten Zusammenhalts der Kollegen eine Anzahl Werkstattstreiks verloren gegangen. Die Arbeitgeber verfahren bei den Abzügen meistens sehr geschickt. Sie entlassen die Arbeiter einer Branche und stellen neue ein, die dann einen niedrigeren Lohn erhalten wie die vorigen. Es sei deshalb unbedingt notwendig, die Preise für die verschiedenen Arbeiten in den einzelnen Fabriken festzustellen, damit neuzutretende Arbeiter nicht getäuscht werden können. In diesem Zweck empfehle er die Herausgabe von Fragebogen, die von den Werkstatt-Vertrauensleuten auszufüllen sind. Die so zu schaffende Statistik soll sich beziehen auf die Höhe der Löhne, auf die Zahl der beschäftigten Arbeiter, die Dauer der Arbeitszeit, auf das Lehrlingswesen und den Umfang der Maschinenarbeit. Diesen Angaben stimmten die Delegierten einhellig zu, weil dadurch ein wertvolles Material für kommende Lohnkämpfe gewonnen wird. Was den seit drei Wochen dauernden Streik bei der Firma W. L. a. j. e. n. d. o. r. f. anbelangt, so sollen demnach neue Verhandlungen angebahnt werden. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß infolge geschäftlicher Umstände der Betrieb überhaupt eingeht.

Eine öffentliche Versammlung von Büglern und Mäntel-näherinnen, die am Montag bei Grammann in der Naumannstrasse stattfand, befahte sich mit dem Bügler-Lehrmeister $\int e i t e l$, der in der Wehrstr. 52, am Passage-Hotel, ein sehr einträgliches Geschäft mit der Ausbildung junger Leute in der Kunst des Büglens betreibt. Er sucht — wie in der Versammlung ausgeführt wurde — seine Opfer durch Annoncen im „Lokal-Anzeiger“, in der „Morgenpost“ und der „Volks-Zeitung“, und verspricht den Leuten, sie in acht Tagen oder noch kürzerer Zeit zu Büglern sowohl auf Herren- als auch auf Damenkleider auszubilden. Das Lehrgeld beträgt 10 M., und da Zeitel den Büglerberuf wöchentlich um 10—12 „tägliche Kräfte“ bereichert, so beläuft sich seine Einnahme hieraus auf 100 bis 120 M. pro Woche. Für seine 10 M. erhält der Ausgelernte ein Zeugnis, worin bestätigt wird, daß er das Bügeln zur Zufriedenheit des Meisters erlernt hat, dazu aber auch noch eine schriftliche Instruktion, die den neugeborenen Büglern in den Stand setzt, jederzeit die Regeln der Kunst seinem Gedächtnis von neuem einzugräben. Die Verlesung dieser Instruktion rief in der Versammlung große Heiterkeit hervor, weil man daraus allgemein die Ueberzeugung gewann, daß Herr Zeitel, der als Schneidermeister der Zwangsun-tunung angehört, selbst nichts von dem Bügeln versteht, wie es in der Konfektion, die doch für den Berufsbüglern nur in Betracht kommen kann, üblich ist. Der Referent Rhmann bezeichnete die Lehrmethode Zeitels als Betrug. In der Diskussion wurden noch andre derartige Bügler-Lehrmeister genannt, keiner aber scheint die Sache in dem Maße zu betreiben wie Zeitel. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt, daß der Schneidermeister Zeitel, Wehrstr. 52, nicht im Stande ist, weder für die Herren- noch für die Damenkonfektion Bügler auszubilden und warnt deshalb jedermann, bei Zeitel das Bügeln zu erlernen.“

Die Holz- und Bretterträger sowie Brettschneider hielten am 28. v. M. eine öffentliche Versammlung ab, in welcher Hinrichsen einen Vortrag über: „Unser Lohnbewegung im Frühjahr“ hielt. Redner forderte die Kollegen auf, kräftig zu agitieren und sich dem Verein anzuschließen, um dann zur gegebenen Zeit geschlossen vorzugehen zu können. Auch erhielt selbiger die hygienischen Verhältnisse auf manchen Plätzen mit kräftigen Worten. Folgende Resolution wurde angenommen: „Alle Anwesenden erkennen die Notwendigkeit einer Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen an und verpflichten sich daher, eine dementsprechende Agitation zu Gunsten des Lohnarbeits ins Leben zu rufen.“

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Bischof Korum rektifiziert.

Konst., 4. März. (W. S.) Wie verlautet, erhielt der Bischof Korum von Trier vom Vatikan die Befehle, in Zukunft seine Pflichten als Kirchenfürst in Einklang mit den Erfordernissen des Staates zu bringen.

Vom holländischen Justizhausgesetz.

Haag, 4. März. (W. S. V.) Die Prüfung der drei mit dem letzten Anstand der Eisenbahnangehörigen zusammenhängenden Regierungsvorlagen in den Bureaus der Zweiten Kammer hat ergeben, daß die liberale Minderheit gleich der Mehrheit die bisher von der Regierung getroffenen Maßnahmen billigt, daß sie aber, in der Meinung, die vorgeschlagene Enquete werde zur Wiederherstellung und Sicherung der Ordnung genügen, sich einem Ausstandsverbot übergeben werde. Die Mehrheit des Hauses dürfte dagegen, wie verlautet, geneigt sein, falls sich kein andres Mittel bietet, alle Vorlagen der Regierung unverändert anzunehmen. Der geplante Erleichterung einer Eisenbahngesetzgebung, namentlich mit Rücksicht auf den internationalen Verkehr, allgemein zugestimmt.

Narollo.

Tanger, 4. März. (Melbung der Agence Habas.) Der Kriegsminister Kenebi hat den Duar des Senhadshastammes zerstört und die Einwohner getötet. Ferner hat er die Stadt Ain Medima niedergebrannt, aus der nur 40 Menschen entkommen sind. Der Stadthauptmann der Chiafia hat sich dem Sultan unterworfen.

Berlinische der gestrandeten Hamburger Bark.

Hamburg, 4. März. (W. S. V.) Auf der an der Rüste von Cornwall gestrandeten Hamburger Bark „Luna“ befanden sich folgende Personen: Kapitän Karl August Ferdinand Schmidt-Berlin, Steuermann Friedrich Drecoll-Hamburg, Steuermann Ernst Wahl-Nienhagen, Segelmacher Eduard Erßen-Dronnann, Matrose Gustav Trauendorf-Hamburg, Leuchtmatrose Hansen-Helsingborg, Leuchtmatrose Georg Sumbel-Skim, Koch Karl Mielsch-Blödebe, Zimmermann Ewald Soerenen-Dräger, Schmied Emil Soerenen-Selde, Matrose Fritz Matthias-Hamburg, Matrose Gustav Thraendorf-Zegel, Matrose Johannes Laadamann-Jusum, Schiffsjunge Alfred Witte-Essen, Schiffsjunge Max Veese-Wandöbel, Matrose Thomas Kiel-Wandöbel und Matrose Delfes Jepsen-Schellinghörn.

Unwetter.

Brest, 4. März. (W. S. V.) Die Insel Sein ist infolge der herrschenden Unwetter seit 14 Tagen ohne Verbindung mit dem Festlande. Heute sind vier Schiffe von hier abgegangen, um zu versuchen, für die notleidenden Bewohner der Insel Lebensmittel zu landen, drei von diesen Schiffen sind heute nachmittag hier wieder mit Havarie eingetroffen.

Reichstag.

278. Sitzung. Mittwoch, den 4. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Schulz.

Die zweite Beratung des Etats des Reichs-Eisenbahnamts wird fortgesetzt.

Abg. Stöcker (L.) wünscht bessere Fürsorge für die Witwen und Waisen der Eisenbahnarbeiter und Beamten. Herr Budde hat ausdrücklich erklärt, daß er sich nicht gegen das Koalitionsrecht seiner Arbeiter ausspreche, sondern nur dagegen, daß sie socialdemokratische Agitatoren werden. Das ist ganz richtig, und damit werden auch die christlichen Arbeiter, die ja sehr für das Koalitionsrecht sind, einverstanden sein. Wie wenig die Arbeiter bei der Eisenbahn zur Socialdemokratie neigen, beweist ihr Wunsch, nach 10 Jahren Beamte zu werden. Sehr zu begreifen war es, daß Herr Budde an Kaisers Geburtstag auch Arbeiter einladet, an einem Feste, das er gab, teilzunehmen. Ich hoffe, daß er hierin recht viele Nachfolger findet. (Bravo! rechts.)

Abg. Stolle (Soz.):

Auch in Sachsen wird das Koalitionsrecht der Eisenbahn-Arbeiter sehr beschränkt. Ja, in Dresden werden die Arbeiter geradezu angefordert, jeden ihrer Kollegen zu denunzieren, von dem sie wissen, daß er einem socialdemokratischen Verein angehört. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Brenner, Namens Weise, der durch einen solchen Denunzianten-Schaffner angezeigt war, wurde sofort entlassen. Sind das denn Zustände würdig eines Kulturstaates? — Mit Herrn v. Kardorff bin ich nur in sofern einverstanden, als auch ich eine Herabsetzung der Gütertarife im Interesse der Industrie und der Landwirtschaft für sehr wünschenswert halte. — Graf Limburg-Sturum meinte in Bezug auf den „Voigtländischen Anzeiger“ und sein Urteil über den sächsischen Eisenbahnkrieg: „was in einer konservativen Zeitung steht, ist auch kein Evangelium.“ Das werden wir uns an notam nehmen. Graf Limburg-Sturum sagte weiter, eine Tarifermäßigung brauche Zeit. Er huldigt dem Grundlag: nur immer langsam voran, damit das Reichs-Eisenbahnamt nachfolgen kann. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Wunsch nach Reform der Personentarife ist nun bereits so alt, daß wirklich wirklich etwas geschehen müßte. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Sächsischer Bevollmächtigter Graf Hohenthal bestreitet, daß der Brenner Weise wegen Verleumdung einer socialdemokratischen Zeitung entlassen sei. Der Brenner ist gekündigt, weil er durch einwandfreie Zeugnisse überführt wurde. Vertrauensmann des socialdemokratischen Hamburger Eisenbahner-Verbandes zu sein, was er auch zugab. Damit hat er gegen einen Erlaß der sächsischen Eisenbahn-Direktion verstößt, den ich bereits am 10. März 1900 hier verlesen habe.

Abg. v. Kardorff (Sp.): Der Erlaß des Herrn Budde richtet sich nur gegen den Hamburger Verband und das mit Recht, denn socialdemokratische Verbände wollen stets die Herrschaft über den Betrieb erlangen. Sie sind ja auch Republikaner, weil sie die Herrschaft über den Staat haben wollen, und es wird unmöglich sein, einen überzeugten Socialdemokraten je für die Monarchie zu gewinnen. — Dem Herr Müller-Meinungen mir vorwarf, ich wollte zwar niedrige Gütertarife, aber erhöhte Personentarife, so meine ich allerdings, daß die Städte mehr belastet werden müssen als das Land, weil das Land das Drei- bis Vierfache an Kommunalsteuern zahlt, wie die Städte.

Abg. Schmidt-Frankfurt (Soz.): Von dem Pächter der Bahnhofsrestauration in Frankfurt a. M. werden die Gehilfen gezwungen, einen Kebers zu unterschreiben, wonach sie auf die ihnen durch die Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Gastwirtschaftlichen gewährte Ruhezeit zum Teil verzichten müssen. Sie haben jetzt direkt weniger Ruhezeit wie früher. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es ist klar, daß die Reichsaufsicht auch darüber zu wachen hat, daß Bundesrats-Verordnungen richtig gehandhabt werden. Und angesichts der Thatsache, daß neulich Graf Posadowski entschieden erklärt hat, diese Bestimmungen dürften durch Kebers nicht eingeschränkt werden, erwarte ich, daß der Herr Präsident des Reichs-Eisenbahnamtes sich dieser Angelegenheit annimmt.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) bittet den Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamtes, sich auch der Angehörigen der Buchhandlungen auf den Bahnhöfen anzunehmen, die häufig im schärfsten Juge bei starker Kälte ganz ohne Schutz gelassen werden.

Abg. Stolle (Soz.): Wenn Weise nicht ein ehrlicher, tüchtiger Mann wäre, so würden ihn seine Kollegen doch nicht zum Vertrauensmann des Hamburger Verbandes gewählt haben. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Nun ist bemängelt worden, daß Weise die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ gelesen hat. Ja, was für eine Zeitung soll denn ein Arbeiter lesen? (Zuruf bei den Socialdemokraten: „Keine Zeitung!“) Weiterkeit.) Das Verbot der Zugehörigkeit zum Hamburger Verband wird damit begründet, daß dieser Verband socialdemokratisch sei. Die Socialdemokraten seien Republikaner und dürften infolgedessen im Staatsdienst nicht beschäftigt werden. Geseht, das wäre richtig, so frage ich Sie: was hat denn das mit dem Dienst zu thun? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der Schweiz giebt es Tausende von republikanischen Arbeitern und trotzdem ist dort noch nicht ein Streik ausgebrochen. (Weiterkeit.) Vielleicht sind Sie (nach rechts) in der Schweiz sogar oft schon von Republikanern gefahren worden. (Weiterkeit und sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Diskussion. Der Titel wird bewilligt, ebenso der Rest des Etats.

Es folgt der Etat der Verwaltung der Eisenbahnen.

Abg. Niff (Hosp. d. fr. Vg.):

Ich möchte Herrn Budde Gelegenheit geben, hier zu erklären, ob er die Grundzüge, die er für die preussischen Eisenbahnen im Abgeordnetenhaus entwickelt hat, auch für die Reichs-Eisenbahnen gelten lassen will. Man sollte daran denken, das Reichs-Eisenbahnamt zu jener Bedeutung zu erheben, die ihm von Anfang an zugeordnet war, zu der Bedeutung einer wirklichen Aufsichtsbehörde über alle deutschen Eisenbahnen. Das könnte vielleicht erreicht werden durch eine Loslösung der elsaß-lothringischen Eisenbahnen von der Verwaltung des preussischen Eisenbahnministeriums und Zumeisung dieser Bahnen an das Reichs-Eisenbahnamt. Auf diese Weise würde im Reichs-Eisenbahnamt eine völlig unabhängige, aber dem preussischen Eisenbahnministerium stehende Behörde geschaffen. Aber freilich, das ist Zukunftsmusik.

Die Stuttgarter Eisenbahnkonferenz des Jahres 1901 hat leider wenig praktische Ergebnisse gezeitigt. Besonders sind die Kilometerhefte den reichslandständischen Eisenbahnen leider immer noch vorenthalten worden, zum Schaden des Publikums und der Eisenbahn-Einnahmen. Das benachbarte Baden hat bekanntlich Kilometerhefte, und wenn der Minister sich einmal an einem Sommer-Sonntag incognito auf dem Ströbinger Bahnhof die Ausflügler ansehen wollte, würde er sehen, daß sie alle Kilometerhefte nach badischen Ausflugsorten, besonders nach dem Schwarzwald, in der Hand haben, zum Schaden der elsaß-lothringischen Eisenbahn-Verwaltung. (Weiterkeit.)

Weiterhin richte ich an den neuen Chef der Verwaltung der Reichs-Eisenbahnen die dringende Bitte, die Gehalts- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten dieser Bahnen einer genauen Revision zu unterziehen. Die zahlreich an uns gelangten Petitionen reichslandständischer Eisenbahn-Arbeiter enthalten viele berechtigte Beschwerden. Die Militärärzte unter den reichslandständischen Eisenbahn-Angestellten sind ungünstig gestellt gegenüber den Civilianärzten. Redner erörtert fernerhin Beschwerden der Telegraphisten im elsaß-lothringischen Eisenbahn-Dienst.

Abg. Haack (L.): Der neue preussische Eisenbahnminister ist im preussischen Abgeordnetenhaus mit Lobeshymnen begrüßt worden. Man hofft von ihm allgemein, daß er kein Bureaukrat sein werde. Hoffentlich beweist er das auch in elsaß-lothringischen. Bisher ist man dort immer nur mit der Politik der kleinen Mittel vorgegangen. Für die Betriebssicherheit muß mehr als bisher geschehen. Die Hauptsache aber ist die Schaffung eines berufs- und arbeits-freudigen Dienstpersonals. Da aber ist noch viel zu wünschen übrig. Besonders die Lohn- und Avancementsverhältnisse der Lokomotivführer und Heizer sind ungenügend. Man muß doch bedenken, daß die Lokomotivführer immer mit einem Fuß im Grabe, mit dem andern im Gerichtssaal stehen. Die Rücksicht darauf, daß auch in Preußen bald dieselben Forderungen gemacht werden würden, darf den Minister nicht abhalten, in elsaß-lothringischen die dringendsten Verbesserungen in der Lage der Eisenbahnarbeiter vorzunehmen.

Preussischer Eisenbahnminister Budde:

Ich danke den beiden Vorrednern dafür, daß sie eine Anzahl von Wünschen hier vorgebracht haben. Ich werde diese Wünsche wohlwollend prüfen. Ich habe aber im Abgeordnetenhaus, wie aus den Reden der Herren hervorgeht, nicht gesagt, daß ich eine Personen-Tarifreform überhaupt nicht wolle, sondern nur, daß ich erst zu kurze Zeit im Amte sei, als daß ich schon jetzt einen Plan einer Personentarif-Reform vorlegen könnte, wie ich sie mir denke. Ich würde nicht eine rein preussische Tarifreform für das richtige halten, sondern die Reform müßte sich auf das ganze Deutsche Reich erstrecken und es müßten einheitliche Bestimmungen für ganz Deutschland geschaffen werden. Ich müßte also mit den andern Staaten in Verbindung treten. Sie werden es mir aber nicht verdenken können, daß ich in den acht Monaten meiner Amtsführung habe das vorbringen können, was mein Amtsvorgänger in elf Jahren nicht fertig gebracht hat. Ich bin zu einer Personenverkehrs-Reform bereit, die im wesentlichen die Gestalt einer Vereinfachung haben wird, wenn sie kein Tarifexperiment bedeutet, durch das die Staatsfinanzen erschüttert werden könnten.

Ich halte auch den bestehenden Gepäcktarif nicht für verständlich; aber ich habe ihn doch so übernommen, wie er ist, und es ist sehr schwierig Reformen zu machen, ohne daß man einen vollständig klaren Plan hätte. Wie würde ich Ihnen in meiner Qualifikation als Staatsmann gegenüberstehen, wenn ich Ihnen sagen wollte, ich sei ein Reformier, der in acht Monaten derartige Reformen durchzuführen könnte? (Weiterkeit links.) Sie würden das ganze Vertrauen zu mir verlieren. (Sehr richtig! rechts.) Ein verständiger Mann kann nur aufbauen auf dem, was sein Vorgänger ihm hinterlassen hat; andernfalls würde er nicht ernst genommen werden. Ich kann mich also auf Experimente, mit denen ich nach Popularität haschen wollte, nicht einlassen.

Man hat es als ein „kleines Mittel“ bezeichnet, daß ich für die Reisenden III. Klasse mehr als bisher die Möglichkeit bieten will, Speisewagen benutzen zu können. Wenn ich eitel wäre, müßte ich danach eigentlich auf dieses Mittel verzichten. (Lachen links.) Ich weiß aber, wieviel Personen aus den gebildeten Ständen genötigt sind, III. Klasse zu fahren, wieviel Damen mit ihren Kindern, wieviel hochgestellte Beamte bei Verlegungen usw., die sich nicht die teueren II. Klasse leisten können. Soll ich da nun den bestehenden Klassen, die sich ein Mittel I. oder II. Klasse leisten können, allein die Möglichkeit zur Verpflegung geben? (Rufe rechts: Nein!) Erlernen Sie also an, daß ich helfen will, soweit ich helfen kann.

Ein zweites Moment, das gestreift worden ist, betrifft das Verhältnis des Chefs der Eisenbahn-Verwaltung zu seinen Arbeitern. Ich erachte es für meine schönste Pflicht, für meine schönste Fürsorge, daß ich für das Wohl meiner Beamten und Arbeiter eintrete Tag und Nacht (Rufe links: Ja, na!), soweit meine Kräfte reichen. Das ist mir auch im Abgeordnetenhaus von allen Seiten bestätigt worden. (Weiterkeit links.) Es sieht deutlich im Stenogramm. (Bravo! rechts.) Die Dienstfreudigkeit ist die schönste Eigenschaft für den Betrieb. Meine ganze Erziehung als Soldat und die ganze Stellung, die ich meinen Beamten gegenüber mit sich erlangen habe, bürgt Ihnen dafür, daß das keine leeren Redensarten sind, sondern Pflichtgefühl, und daß ich das, was ich gesagt habe, auch ausführen werde. Aber natürlich in den Grenzen, die durch die vorhandenen Mittel gegeben sind. Ich werde nicht müde werden, immer wieder zu sorgen und zu helfen, trotzdem ich wohl weiß, daß diese schönste Pflicht auch zugleich die undankbarste Aufgabe ist. Denn alle zufriedenhellen kann ich nicht. Die Klagen aber sollen mich immer wieder zu neuen Verbesserungen anregen.

Alles das, was in Bezug auf das Koalitionsrecht und ähnliches in der Presse über mich ausgeschüttet ist, ist vollkommen unberechtigt. Davon kann keine Rede sein, sobald die Beamten und Arbeiter im Dienste treu zusammenhalten. Wir haben eine herrliche Klassenorganisation in der Eisenbahn. Sie besteht darin, daß der Streckenarbeiter und der höchste Arbeiter — das bin ich — an einem Strang ziehen und einmütig arbeiten und wenn man uns da nichts in den Weg legt! (Lachen bei den Socialdemokraten.) dann seien Sie überzeugt, daß diese Klassenorganisation aushält für alles. (Bravo! rechts.) Ich rechne mich nicht anders als einen Arbeiter, der zufälligerweise an dieser höchsten Stelle steht, meine Arbeit ist eben so viel wert, wie die Arbeit des Streckenarbeiters und jedes Arbeiters, der seinen Dienst mit Freudigkeit thut. Ich spreche es von dieser Stelle aus, damit es alle Eisenbahnarbeiter hören, daß ich keines ihrer Rechte antaste, keine politischen Rechte antaste, mit ihnen gemeinsam arbeiten will, Tag und Nacht zum Wohle des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo! rechts, Weiterkeit links.)

Abg. Bernstein (Soz.):

Ich hatte mich nicht zum Worte gemeldet, um über Tarifreform und über die Fragen der Beamtenversorgung zu sprechen, obwohl selbstverständlich meine Partei allen Forderungen zustimmt, die auf diesen Gebieten hier erhoben sind. Ich wollte lediglich über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter reden. Wenn ich auch allen den Versicherungen glauben will, die der Herr Eisenbahn-Minister hier soeben vorgelesen hat in einer Rede, die auch auf mich allerdings mehr den Eindruck einer Festspreche gemacht hat als den einer Reichstagsrede (Munche rechts; Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), so muß doch auf der andern Seite der Angestellte und Arbeiter selbst in volstem Maße zum Ausdruck kommen. Herr Stöcker meinte, die Koalitionsfreiheit der Eisenbahnarbeiter bestände ja, der Erlaß des Ministers Budde richte sich nur gegen socialdemokratische Verbindungen, und auch Herr Graf Hohenthal gab direkt zu, daß ein Eisenbahnarbeiter entlassen sei, weil er Mitglied des sogenannten socialdemokratischen Hamburger Verbandes sei. Ist das aber eine Koalitionsfreiheit, wenn man den Arbeitern vorschreiben will, welchem Verbands sie angehören dürfen? Dann ist diese Koalitionsfreiheit einfach eine Heuchelei. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Als ich vor einem Jahre in Breslau eine Versammlung abhielt, trat nach Schluß der Versammlung ein Arbeiter auf mich zu und fragte mich sehr verächtlich, ob er mich nicht unter vier Augen sprechen könne. Ich führte ihn in ein Zimmer, und als er dann die Thür verschlossen hatte, sagte er: „Ich bitte Sie, Herr Bernstein, nehmen Sie sich doch, wenn Sie in den Reichstag gewählt werden, unier an: ich bin Eisenbahnarbeiter.“ Eine solche Angst hatte der Mann, in eine socialdemokratische Versammlung zu kommen. Mein Kollege v. Ein erzählte mir vor einigen Tagen, daß er in einer Versammlung in Glatzstadt gesprochen habe. Während derselben waren die Fenster auf, und als sich v. Ein über den starken Zug beschwerte, wurde ihm erklärt: „Wir müssen die Fenster auflassen, damit die Eisenbahnarbeiter, die nicht in die Versammlung dürfen, drinnen auch etwas hören.“ Wo bleibt da Ihr gutes Herz für die Leute, Herr Minister, wenn Sie solche Zustände dulden? Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, er muß

auch das Recht haben, so zu denken und sich so zu betätigen, wie es seiner Ueberzeugung entspricht. Das Koalitionsrecht der Arbeiter besteht nur dann in vollem Maße, wenn man die Koalition nicht nur duldet, sondern auch anerkennt, und wenn die Behörden mit den Vertretern der Koalition verhandeln. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gesehe das, dann würde eine ganze Reihe von Beschränkungen in Bezug auf den Dienst grundlos. Ueberall da, wo die Eisenbahnarbeiter das Koalitionsrecht haben, hat es sich gezeigt, daß eine Gefahr für den Dienst nicht besteht. Gerade die socialdemokratischen Arbeiter erfüllen in Dienste vollkommen ihre Pflicht. Sie, Herr Minister, glauben das nicht, weil Sie sich nicht mit dem Gedanken an volles Koalitionsrecht befreundet können, weil Sie allerdings, wie Sie sagten, vollständig in preussischer Tradition aufgewachsen sind, weil Sie Militär sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) In der Schweiz verhandeln die Behörden mit den Organisationen der Eisenbahnarbeiter und in England sind es gerade die Eisenbahn-Verwaltungen, die das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter anerkennen, die am besten mit ihren Angehörigen fahren und am wenigsten über Streiks zu klagen haben. Das Koalitionsrecht der Arbeiter muß nicht nur darin bestehen, daß es den Arbeitern gestattet, der Organisation beizutreten, die ihrer Ueberzeugung am besten entspricht, sondern daß auch diejenigen Personen an der Spitze dieser Organisationen stehen, die die Interessen der Arbeiter am besten vertreten können, Leute, die nicht mehr den Eisenbahnverwaltungen unterthänig sind, sondern in voller Freiheit für die Organisation wirken können. So lange Sie (zum Minister) sich aber von der Auffassung nicht freimachen können, daß die Arbeiter geschnitten werden müssen in Bezug auf ihre Organisation, daß sie in die eine eintreten dürfen, in die andre nicht, so lange haben die Arbeiter kein Koalitionsrecht, so lange werden Sie wohl Heuchler groß ziehen, aber nicht freie, berufs-freudige Arbeiter! Sie, Herr Minister, haben im Abgeordnetenhaus geäußert, daß Sie die Arbeiter entlassen würden, die der Hamburger Organisation beitreten, und wir haben ja dafür auch ein Beispiel vorgeführt bekommen vom Bundesrats-Vertreter Grafen Hohenthal. Ich beweise nicht, daß der betreffende Arbeiter sich nicht die geringste Vernachlässigung im Dienst hat zu Schulden kommen lassen, er ist ganz einfach Vertrauensmann der Hamburger Organisation gewesen. Solange solche Verhältnisse bestehen, solange ist das Wert von der Koalitionsfreiheit der Arbeiter einfach eine Lüge, die man sich schämen sollte, öffentlich auszusprechen! (Zustimmung bei den Socialdemokraten. — Vereinzelt Zurufe rechts. — Vicepräsident Graf Stolberg erhebt sich, ergreift die Glocke, zögert aber längere Zeit, den Redner zu unterbrechen.) Das ist meine Ueberzeugung, das ist Thatsache! (Erneute Unruhe rechts.)

Vicepräsident Graf Stolberg (unterbrechend): Herr Abgeordneter, wenn Sie von dem Herren Vertreter der verbündeten Regierungen behaupten, daß das, was er gesagt habe, eine Lüge sei, so ist das unzulässig; und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung! (Bravo! rechts.)

Abg. Bernstein (fortfahrend):

Ich habe nicht dem Minister vorgeworfen, daß er lüge, ich habe nur gesagt: „Wenn man unter diesen Umständen von einer Koalitionsfreiheit spricht, so ist das eine Lüge.“ Das muß ich aufrechterhalten, das ist meine feste Ueberzeugung und Sie mögen machen, was Sie wollen, Sie erziehen durch solche Auffassungen nur Heuchelei und keine freien Arbeiter und Sie werden dann sehen, was Sie gegebenenfalls erleben. Eines aber werden Sie nicht verhindern können: Sie mögen den Eisenbahnarbeitern verbieten sich zu organisieren, Sie mögen einzelne Leute streng bestrafen, Sie mögen durch Ihre Dienstvorschriften eine eiserne Mauer um die Eisenbahnarbeiter ziehen: Sie können sie nicht abschließen von den socialistischen Ideen. Das ist nicht einmal möglich gewesen in Rußland, wo doch die Schranken des Dienstes noch viel strenger sind als bei uns. In Rußland besteht kein Koalitionsrecht der Arbeiter. Denken Sie aber, Herr Minister, zurück an die Scenen, die sich im vorigen Jahre in Kioff am Don unter den Eisenbahn-Arbeitern abgepielt haben. Dort streikten etwa 15—20 000 Arbeiter, und sie waren in ihrem Zusammengehen so mächtig, daß die Behörden trotz aller ihrer Befugnisse zeitweise nicht wagten, die Versammlungen aufzulösen, bis man schließlich Militär kommen ließ, das in die Streikenden hineinschoß, eine große Anzahl tötete und viele Schwerver- und Leichtverwundete zurückließ. Wenn Sie selbst in Rußland das Gefühl der Solidarität nicht haben erfinden können, wieviel weniger in Deutschland. So wird großer Haß unter den Arbeitern im Kampf ums Recht erregt, das Gefühl, daß sie Staatsbürger zweiter Klasse sind und daß man ihnen ihr Organisationsrecht unrechtmäßig verweigert. Wenn gestern der Präsident des Reichs-Eisenbahnamts von Rücksichten auf die Landesverteidigung sprach, so sind Sie im Falle eines Krieges viel mehr Gefahren ausgefetzt, wenn eine unzureichende Arbeiterschaft existiert, als wenn Sie Arbeiter haben, die das Gefühl voller Gleichberechtigung in sich tragen. Auf zufriedene Arbeiter können Sie sich verlassen, wie nur auf irgend jemand. In der preussischen Verfassung und in den Verfassungen der übrigen Einzelstaaten ist das Koalitionsrecht und das Vereins- und Versammlungsrecht festgelegt. Es ist gegen den Geist dieser Verfassungen, wenn den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahn das Recht, Organisationen zu bilden irgend wie verwehrt wird. Dagegen müssen wir auf das allerentschiedenste protestieren. Wir können Erklärungen vom guten Herzen des Ministers für die Arbeiterklasse so lange nicht als richtig anerkennen, als er nicht sagt: „Inwieweit, ich werde mein Bestes thun für die materielle Hebung der Arbeiterklasse, ich werde aber auch dafür sorgen, daß die Arbeiter sich als freie Bürger fühlen, die sich organisieren können, wie es ihnen beliebt und nicht nach dem Belieben irgend eines andern!“ (Lebhaftes Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister Budde:

Ich will versuchen, die Diskussion, die mit Politik gar nichts zu thun hat, wieder in ruhige, sachliche Bahnen zurückzuführen. Der Herr Vorredner hat eine ganze Anzahl von Irrthümern ausgesprochen. Meine Erziehung gestattet mir nicht, dieselben Ausdrücke wie er zu gebrauchen, über das, worüber man verschiedener Ansicht sein kann. (Bravo! rechts.) Ich protestiere dagegen, daß ich mich niemals gegen das Petitionsrecht der Eisenbahner ausgesprochen hätte. Ihr Petitionsrecht bleibt ganz unangefastet. Wenn Herr Bernstein gelegentlich Beschwerden von Eisenbahnern hier vordringen will, so werde ich sie gern aus seiner Hand entgegennehmen. Ich protestiere weiter gegen die Behauptung, wir wollten den Eisenbahner die Organisationen verbieten, die sie bilden; es existieren 1 1/2 Duzend Vereine der verschiedensten Art unter den Eisenbahnern, darunter der Triereer Verband der Werkstättenarbeiter, der lediglich die Aufgabe hat, das Wohl der Werkstättenarbeiter zu verbessern und über 50 000 Mitglieder umfaßt. Ich hatte neulich die Freude, den Vorsitzenden dieses Verbandes und einen Werkstättenarbeiter aus Weh und einen aus Dortmund bei mir zu sehen; sie trugen eine ganze Anzahl Wünsche vor, die ich gern entgegengenommen habe, die ich prüfen werde, von denen ich den einen oder andern auch erfüllen kann — natürlich nicht alle. Ich protestiere dagegen, daß mir nachgelagt wird, ich wollte die Eisenbahner in Sklavendienst pressen und bei ihnen den Despotismus einführen, wie er in der Armee herrscht — dagegen protestiere ich — oder daß ich die Eisenbahner zu Staatsbürgern zweiter Klasse machen oder daß ich ihnen das Koalitionsrecht nehmen wollte. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Das thun Sie ja!) Mit Parteipolitik habe ich gar nichts zu thun. Wie jugendlich ist in dieser Beziehung ihr, erheben Sie daraus, daß ich noch nie in meinem Leben gewählt habe, weder zum Reichstag noch zum Abgeordnetenhaus. (Andauerndes Gelächter links.) Wie ist denn die Kritik über meine Person entstanden? In der Budgetkommission

Ist an mich die Frage gerichtet worden, ob denn bei uns Zustände, wie in den Niederlanden, zu befürchten seien, wie ich ihnen eventuell begegnen wollte, ob ich auch genügend gewappnet sei. Ich habe darauf die kurze, blinde Antwort gegeben, daß solche Zustände bei uns hoffentlich niemals eintreten würden. Es ist darauf die Wille an mich gerichtet worden, dieselbe Erklärung zur Verabfolgung des Landes im Klammern abzugeben. Ich habe sie abgegeben, und da ist plötzlich im Plenum mir vorgelesen worden, daß ich das Koalitionsrecht der Eisenbahner verleihe. So ist die ganze Sache entstanden, ich bin lediglich der angegriffene Teil. Mit Parteipolitik hat die Sache gar nichts zu tun. Ich siehe lediglich auf dem Standpunkte, daß das Eisenbahnerpersonal den Vertrag, den es mit uns abschließt, trenn zu halten hat. Ich bin für einen geordneten und gesicherten Eisenbahnbetrieb verantwortlich und das sicherste Mittel hierzu ist ein gutes und treues Eisenbahnerpersonal. Ich habe schon ausgeprochen, wie ich immer bemüht sein werde, die rechte Dienstfreundschaft zu erhalten. Jeder Eisenbahner tritt in ein Vertragsverhältnis ein, dessen Bestimmungen von dem berufenen Organe ausgefertigt sind. In erster Linie kommt die Bundesrats-Verordnung über den Betrieb der Eisenbahnen in Frage. Dieser Vertrag muß gehalten werden von jedem Einzelnen. Löst er ihn, bricht er die Treue, so ist es selbstverständlich, daß die Eisenbahnverwaltung gegen ihn das Recht der Kündigung hat. (Bravo! rechts.) Im ganzen deutschen Gesellschaften wird diese Treue gefordert. Der Treubruch des Einzelnen ist lediglich eine persönliche Sache zwischen ihm und der Verwaltung. Tritt aber Massen-Treubruch ein, verbunden mit Kontraktbruch, dann steht die Maschine still, dann kann ich den Betrieb nicht weiter führen, dann kann ich meine Verträge mit den Reisenden nicht halten. Dann leidet die Gesamtheit, dann entstehen nicht nur die Unbequemlichkeiten für den Einzelnen, sondern auch eine große wirtschaftliche Katastrophe. (Sehr richtig! rechts.) Es ist meine Pflicht, solchen Gefahren entgegen zu wirken. Wird von einer Vereinigung angekündigt, ihre Aufgabe sei, die Eisenbahner zu organisieren, um unter Umständen eine solche Gefahr für das Vaterland herbeizuführen, dann ist es meine Pflicht als guter Hausvater, einer solchen Vereinigung entgegen zu treten und sie zu verhindern. (Lebhaftes Bravo! rechts.) In allen diesen Ausführungen ist nicht ein Wort von Parteipolitik vorhanden. (Stürmisches Gelächter bei den Socialdemokraten.) Ja, das ist doch richtig. Wenn irgend eine Partei oder auch eine parteilose Masse eine Agitation unter den Eisenbahnerarbeitern veranstaltet in der Absicht, eine Einstellung des Eisenbahnbetriebes herbeizuführen, dann würde ich, ganz gleichgültig, welche Partei es eben ist, gegen jede gleichmäßig vorgehen. (Gelächter bei den Socialdemokraten.) Man hat mich gefragt, weshalb ich den Verband deutscher Eisenbahnarbeiter mit dem Siege in Hamburg für besonders gefährlich erachte, weshalb? Ich sage: Du brichst die Treue! Ich bin verpflichtet, nachzuweisen, daß ich mit dieser Ansicht nicht aus den Fingern gezogen habe, sondern daß es die des Eisenbahner-Verbandes selber ist. Redner citiert aus dem „Weser“ einige Stellen, um nachzuweisen, daß die Absicht dieses Verbandsorgans ist, Verhöhnung und Ausgrenzung unter die Eisenbahner zu tragen. Die Leute wollen aber davon nichts wissen. Fast Hunderttausende sind in treuen Vereinen gruppiert, die die Treue gegen König und Vaterland pflegen. Auch die fünfzigtausend des Trierer Verbandes rühmen sich desgleichen, alle wollen nichts mit dem „Weser“ zu tun haben. Im „Weser“ wird den Eisenbahnerarbeitern geraten, sie sollten sich in kompakten Massen zu einer ziel- und klassenbewußten Organisation zusammenschließen (hört! hört! rechts), damit sie sich die Chancen der Verwaltung, so werden unsere Maßnahmen genannt, nicht gefaßt zu lassen brauchen. In dem „Weser“ wird weiter gesagt: „Im jeden Kreis muß der Kampf gegen die uns hindernden Erscheinungen aufgenommen und durchgeführt werden. Es ist von der „ökonomischen Macht“ die Rede, die jetzt in anderen Händen konzentriert ist und den Eisenbahner in Sklavensetzen hält. Es wird die Anerkennung aller Eisenbahnerbediensteten als gleichberechtigte Kontrahenten und die Schaffung von Eisenbahn-Schiedsgerichten gefordert (Heiterkeit rechts) mit gleicher Zusammenfassung von Angestellten und Vorgesetzten, die nicht allein über alle aus dem Dienstverhältnis entstehenden Streitfälle, sondern auch über alle Disziplinarstrafen entscheiden sollen. (hört! hört! Ungläublich! rechts.) Die Eisenbahner werden im „Weser“ aufgefordert, keine Reimenen, keine alten Weiber zu sein; jeder Kampf erfordert Opfer, aber für die Opfer werde gesorgt werden. Den heftigsten Eisenbahnarbeiter wurde beim Abschluß der Eisenbahngemeinschaft nahe gelegt, sich dem Verband der Eisenbahner anzuschließen: „Könnt Ihr das nicht mit dem Willen, dann thut es gegen den Willen Eurer Verwaltung, dann muß Euch die Regierung geben, was sie Euch heute, wo Ihr unorganisiert seid, verweigert.“ (hört! hört! rechts.) Wenn wir uns gegen solche Pläne wehren, dann hat das mit Parteipolitik nichts zu tun, dann ist es Rotwehre. (Bravo! rechts.) Wenn Herr Bernstein und seine politischen Freunde diese Bestrebungen so sich abweisen und die Ziele verneinen, die auf dem letzten Kongreß der deutschen Gewerkschaften in dieser Beziehung aufgestellt worden sind, dann habe ich als Eisenbahnminister mit der Socialdemokratie gar nichts zu tun, denn ich bin kein politischer Minister. Aber ich bin mir zweifelhaft, ob das geschehen wird, vor allem nach den Worten Ihres Centralorgans, des „Vorwärts“. Da wird gesagt, daß das Recht des Streiks mit dem Koalitionsrecht unloslich verbunden, daß ein Koalitionsrecht ohne Streikrecht ein Unbegriff auf den Begriff sei. Da heißt es: Entweder man gewährt den Eisenbahner das uneingeschränkte Koalitionsrecht, oder man degradirt es zu unwürdigen, rechtlosen Sklaven. (Lebhaftes Zustimmung b. d. Soc.) Der „Vorwärts“ spricht von einem System Budde. Dagegen protestiere ich. Das heißt mir zu viel Ehre antun. Ich habe das System nicht erfunden, sondern das System der Selbst-erhaltung ist vorhanden, so lange zwei Augen auf sind. (Bravo! rechts.) Alle diese Erlassungen habe ich übernommen von meinem Vorgänger. Ich bin sogar in der glücklichen Lage, daß ich noch nicht mal irgend- wie einzuführen gebraucht habe, weil die Treue und die Gesinnung unter den Eisenbahner eine so vorzügliche ist. Das freut mich am allermeisten. (Bravo! rechts.) Und nun noch eins, was im „Vorwärts“ stand. Da können Sie sehen, was der blinde Parteihaf fertig bringt. Es hieß dort: Das Ideal des Ministers Budde soll in Holland verwirklicht werden, wahr- scheinlich entspringt sogar der holländische Gesandtschaft direkt der Anregung der preussischen Regierung (Große Heiterkeit rechts), der es natürlich ein Dorn im Auge ist, in einem Nachbarstaate Zustände Platz greifen zu lassen, die nach kapitalistischer Ansicht die reine Anarchie sind. Ich würde hoch erfreut sein, wenn der Herr Abgeordnete Bernstein und seine politischen Freunde erklärten, daß die Socialdemokratie alles das, was ich hier vorgelesen habe, nicht anerkennt, dann existierte die Socialdemokratie in meinem Eisenbahnbetriebe absolut nicht. Ehe aber diese Erklärung erfolgt, muß ich annehmen, daß die Herren dieselben Zwecke verfolgen, und da kann ich unter keinen Umständen zugeben, daß Ausreide unter die Eisenbahner gebracht wird, denn wenn er nicht hineingetragen wird, dann ist er nicht drin. (Große Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Ich will zugestehen, daß der eine oder andere Arbeiter oder auch eine ganze Anzahl unzufrieden sind. Es müßte wunderbar zugehen, wenn unter meinen 350 000 Angehörigen in Preußen und 16 000 in Elsaß-Lothringen nicht Unzufriedene wären. Herr Bernstein könnte selbst das Ganze leiten, dann würde es auch Unzufriedene geben. (Heiterkeit rechts.) Alles Menschen- werk ist Stückerl, bei der Ausführung jeder Verordnung werden Härten und Unregelmäßigkeiten vorkommen. Ich werde aber der Erste sein, der jede Klage über Unregelmäßigkeiten gern in Erwägung zieht und hilft, wo er kann. Wie wenig schematisch meine Verwaltung ist, beweist, daß ich als Chef des Reichsamts den Ham- burger Verband gar nicht verboten habe, weil er in Elsaß-Lothringen noch gar keine Fühlung hat. So sind gewissermaßen zwei Seelen in meiner Brust. (Heiterkeit links.) Sollten aber auch dort die Principien, wie ich sie soeben betonen habe, zur Aus- führung gelangen, dann würde ich selbstverständlich auch dort den Hamburger Verband verbieten. Was vorsichtig wir vorgehen, beweist, daß mein Amtsvorgänger das Koalitionsrecht den Ver- ständlichen nicht abgesprochen hat, trotzdem Zweifel darüber sein können, ob diese Verhältnisse nicht integrierender Be-

standteil des Betriebes sind, und wo sie das sind, fallen sie selbstverständlich auch nicht unter die Gewerbe-Ordnung. Es handelt sich hier lediglich darum: Wer soll den Betrieb leiten? Soll unter Umständen eine feindliche Organisation das Recht haben, den Betrieb zum Stillstand zu bringen? Bis jetzt habe ich vom Frieden gesprochen, aber denken Sie auch an den Kriegsfall. Wer so lange die Kriegsvorbereitungen der Eisenbahn im großen Generalstab bearbeitet hat wie ich, weiß, welche Bedeutung der Aufsicht der Krone für das Gelingen eines ganzen Krieges hat. (Sehr richtig! rechts.) Als 1870 die Mobil- machungs-Ordnung erscholl, da bedurfte es nur eines Druckes auf den Knopf und sämtliche Eisenbahnzüge setzten sich in Bewegung, und der Strategie Moltke brachte es fertig, in elf Tagen über 300 000 Mann an die Grenze zu bringen. Die Aufgaben, die uns in dem nächsten Kriege bevorstehen, sind viel höhere, und wenn dann eine Organisation da ist, die unter Umständen die Möglichkeit hat, diesen Betrieb zum Stillstand zu bringen, dann ist das eine Gefahr für das Vaterland. Daß diese Gefahr besteht, weiß das Protokoll des letzten Gewerkschafts- kongresses, das mir erst gestern abend zugegangen ist, nach. Dort ist der Beschluß gefaßt worden, daß die Sekretäre der einzelnen Länder zusammenzutreten sollen, um internationale Beziehungen zwischen den Eisenbahner anzuknüpfen. Also der Hamburger Verband ist in der Lage, mit den internationalen Verbänden abzumachen, welche nationalen Betriebsmaschinen stillsetzen sollen. Wie könnte ich an dieser Stelle stehen, wenn ich nicht mit aller Energie sagte: „Ich muß verhindern, daß feindliche Elemente mir in meinen Betrieb hineinkommen.“ Gottlob ist die Stimmung unter den Eisen- bahner noch derartig, daß eine Gefahr nicht zu er- warten ist. Ich glaube nicht, daß wir Zustände bekommen werden, wie sie leider in Holland vorhanden sind. Die Tüchtigkeit und Treue meiner Beamten ist derartig, daß sie für alle solchen Bestrebungen, die an sie herantreten, nicht zugänglich sind. Damit sie aber wissen, wie ihr höchster Chef darüber denkt, was es meine Pflicht, mich darüber auszusprechen. Das ist ein Akt, der mich nachher mit den Eisenbahner zusammen verbindet. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. Köllinger (Eis.):

Der Minister ist in der glücklichen Lage, selbst für seine Beamten mit allen Kräften sorgen zu können. Goffentlich macht er auch den Beschwerden der elsass-lothringischen Bahnbeamten endlich ein Ende. Die reichsständischen Bahnen sind ja vielfach zu strategischen Zwecken angelegt. Aber wir leben doch in einer Zeit tiefsten Friedens, niemand denkt an einen europäischen Krieg. Deshalb sollte die Eisenbahndirektion die Bahnlinien mehr den Ansprüchen des Publikums, besonders der Landbevölkerung und der Arbeiter, unterordnen.

Abg. Werner (Antij.):

Die Ausführungen des Abg. Bernstein machten einen gruseligen Eindruck. Es lang, als ob wir in Deutschland im vollkommenen Barbarismus lebten und die Eisenbahnarbeiter Sklaven wären. Man muß dem Minister dankbar sein, daß er die Ausführungen des Abg. Bernstein in durchaus loyalistischer Weise beantwortet hat. Der Minister denkt gar nicht daran, das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter irgendwie einzuschränken oder gar ganz zu verweigern. Aber wenn Herr Ver- stein etwa Eisenbahnminister im Zukunftsjahre wäre (Heiterkeit), würde er dann dulden, daß die Arbeiter sich in Organi- sationen koalieren, von denen gegen seine geheiligte Person die gefährlichsten Angriffe gerichtet würden? (Lachen bei den Social- demokraten.) Daß der Minister ein gutes Herz für seine Arbeiter hat, hat er uns ja wiederholt ausdrücklich erklärt. Es hat mich be- sonders gefreut, daß, wie ich in den Zeitungen las, auch der Vater des Herrn Bernstein Lokomotivführer gewesen ist (Abg. Bernstein nickt), daß Abg. Bernstein also immerhin ein Recht hatte, sich hier der Interessen der Eisenbahnbeamten anzunehmen. (Heiterkeit.)

Abg. Camp (R.):

Ich freue mich, daß der Minister willens ist, die Disziplin unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Es wird es dabei auch an dem erforderlichen Wohlwollen für die Arbeiter sicher nicht fehlen lassen. Wer ist denn der Mann, der zu Ihnen gekommen ist, Herr Ver- stein? — Sie haben also nicht einmal den Mut und die Absicht, es hier zu sagen! (Lachen und Unruhe bei den Socialdemokraten.) Der Minister würde gewiß gern geneigt sein, Ihnen einen Freibeier auszustellen und zu erklären, daß er aus jener Mitteilung keine Kon- sequenzen ziehen würde. (Zurufe b. d. Soc.) Es ist ja sehr bedauerlich, daß Herr Bernstein in Breslau gewählt wurde. (Heiterkeit bei den Social- demokraten.) Ich kenne die persönlichen Verhältnisse des Herrn Bernstein und seiner Familie nicht. (Zuruf bei den Socialdemo- kraten: Leider!) Leider! — Kann ich auch sagen, aber aus dem Umstande, daß ein Lokomotivführer so viel hat er- werben können, um einen Mann studieren zu lassen, geht doch auf das Schlagendste hervor, daß es den Leuten nicht so schlecht gehen kann. (Lebhafter Widerspruch und Zuruf bei den Socialdemokraten. Abg. Fischer-Verein ruft: Au, au, au!) Gewiß giebt es unter den Eisenbahnarbeitern hier und da berechnete Be- schwerden, aber wo giebt es solche Tyrannei und solches Sklaventum wie bei Ihnen, bei den Socialdemokraten? Sie haben den Maurer-Verband errichtet! Diese Organi- sation hindert es, daß diejenigen, die arbeiten wollen, beschäftigt werden. Das ist eine Tyrannei, wie sie im Deutschen Reich nicht wieder vorkommt! (Sehr richtig! rechts.) Sie wollen den Arbeit- gebern vorkrechen, welche Arbeiter sie beschäftigen dürfen und welche nicht! Darauf können Sie nichts erwidern! (Gelächter bei den Soc.) Abg. Bernstein hat selbst darauf hingedeutet, daß der Minister ev. genötigt sein sollte, mit dem Hamburger Verbande zu unterhandeln, ob im Falle eines Krieges die Organisation gütigst geneigt ist, zu gestatten, daß die Züge von den Arbeitern geführt werden sollen. Das ist eine naive Auffassung! Nicht wahr, das kommt Ihnen (zu den Socialdemokraten) selbst komisch vor? Damit haben Sie voll- ständig recht. (Große Heiterkeit! rechts.) Jeder Arbeitgeber hat das Recht, sich seine Arbeiter auszuwählen, und um- gekehrt. Herr Bernstein beschwert sich über die Entlassung eines Vertrauensmannes des Hamburger Verbandes. Wären Sie (zu den Socialdemokraten) etwa ein Vertrauensmann des Bundes der Landwirte in Ihren Reihen dulden? Der stöße ja sofort heraus! Sie sind ja die allertolerantesten! Sie wären ja auch beinahe herausgeschlagen. Herr Bernstein! (Große Heiterkeit und Sehr gut! rechts. Lebhafter Widerspruch bei den Socialdemokraten.)

Abg. Prinz Schönau (Carolsb.) wünscht Verbesserungen der D-Wagen. Ihm seien noch keine neuen verbesserten D-Wagen zu Gesicht gekommen.

Minister Budde: Die Fenster der D-Wagen sind bereits breiter gemacht worden, außerdem können sie jetzt alle herabgelassen werden.

Abg. Bernstein (Soc.):

Der Herr Minister hat sich gegen den Vorwurf verwahrt, daß er das Koalitionsrecht seiner Arbeiter beschränke, er führte den Trierer Verband an. Wenn aber ein Recht besteht, dann muß auch die Freiheit bestehen, dieses Recht auszuüben, wie es dem einzelnen oder der Gruppe gefällt. Wenn aber der Minister das Recht hat, einzelne Vereine anzuerkennen und andere zu verbieten, dann besteht kein Koalitionsrecht. (Sehr wahr! bei den Social- demokraten.) Das ist eine ganz unerträgliche Bevormundung. Der Minister sagte, er müsse sich gegen Massentreiben schützen, und der Hamburger Verband habe die Absicht, unter Umständen einen Ausbruch herbeizuführen. Wenn man das Gefühl in den Arbeitern erweckt, daß ihre Wünsche gehört und erfüllt werden, dann denken die Arbeiter gar nicht an Ausbrüche. Der Minister gab seine gute Absicht kund, alle Wünsche der Arbeiter entgegen- zunehmen. Damit beweist er doch eine gewisse Unkenntnis der Thatsachen. Es ist hier beschlossen worden, daß eine Petition elsass-lothringischer Eisenbahnarbeiter nicht im Original der Behörde auszuliefern sei, weil bekannt geworden war, daß die Mitteilung der Unterchriften solcher Petitionen an die Behörden dazu benutzt war, die betreffenden Petenten zu mahregeln. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir werden uns ja freuen, wenn das nicht mehr geschieht. Wir können keinen besseren Wunsch haben, als daß wir von Ihnen expropriert werden, indem Sie alles das thun, wofür wir einzutreten für unsere Pflicht halten. (Sehr richtig! bei den Soc.)

Daß die Eisenbahnarbeiter nicht unter die Gewerbe-Ordnung fallen, ist ja richtig. Im übrigen aber ist ihnen wie allen Staatsbürgern in Preußen das Recht der freien Meinungsäußerung und der vollen Vereins- und Versammlungsfreiheit gewährleistet und darin ist das freie Koalitionsrecht mit inbegriffen. — Dem Aus- stand betrachten die organisierten Arbeiter sozusagen als letztes Mittel, nicht aber als etwas, das um seiner selbst willen erstrebt werden soll. In den Sägen, die der Herr Minister aus dem Organ des Hamburger Verbandes vorlas, war nichts ent- halten, was nicht vernünftigerweise auch von bürgerlicher Seite ver- langt wird, Schiedsgerichte usw. Wenn auch einmal das Wort Kampf vorkommt, so kann doch der Kampf auf sehr verschiedene Weise geführt werden. Wenn Sie den Arbeitern keine Gelegenheit zur Unzufrieden- heit geben, werden Sie auch keine Ausstände zu fürchten haben. Und die Eisenbahnarbeiter werden gerade von der Waffe des Aus- standes gewiß zu allerletzt Gebrauch machen, weil sie auch genau wissen, welche Folgen ein solcher Ausstand nicht nur für die Be- scheidenden, sondern auch für die große Masse des arbeitenden Volkes haben würde. Ebenso liegt es mit der Kriegsgefahr. Entweder sind die Eisenbahner zufrieden und fügen sich als vollberechtigte Bürger, dann ist absolut nicht zu fürchten, daß sie in einer solchen Situation den Dienst verweigern würden: Wenn sie sich aber nicht zufrieden fühlen, mit welchen Mitteln will dann der Herr Minister sie zwingen, ihre Dienste zu verrichten? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wir haben schon wiederholt betont, daß wir die Disziplin innerhalb des Dienstes durchaus als berechtigt anerkennen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Auf die persönlichen Angriffe des Herrn Camp kann ich nur erwidern, daß seine Informationen nicht richtig waren. Gerade weil das Geld zum Studium nicht vorhanden war, mußte ich darauf verzichten. Herr Camp sprach wieder von einem Zwange bei den Gewerkschaften und auch bei der Partei. Wäre er sich doch zunächst an die Kartelle wenden, da wird oft der stärkste Zwang auf die Mitglieder ausgeübt und da werden die sogenannten Außenleiter nicht besser behandelt, wie bei den Arbeitern die Streikbrecher. Unsere Partei ist eine Organisation mit einem bestimmten Ziele. Wer ihre Grundzüge anerkennt, tritt ihr bei, wer nicht, bleibt draußen, es entgeht ihm kein Recht, er verliert keine Freiheit. Der Eisenbahnarbeiter aber giebt seine Arbeitskraft dem Staate und dagegen, daß er mit dieser Arbeitskraft zugleich seine Persönlichkeit und seine Ueberzeugung verkauft, müssen wir auf das entschiedenste protestieren. (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Stolte (Soc.):

Herr Budde malte die Gefahr eines Eisenbahnarbeiter-Aus- standes beim Ausbruch eines Krieges in düsteren Farben. Er hätte ebenso gut von einem Kohlenarbeiter-Streik sprechen können, denn dann giebt es kein Feuerungsmaterial und die ganze Industrie steht still. Wenn man so argumentiert, kann überhaupt von keinem Koalitionsrecht die Rede sein. Sollen die Ar- beiter nur auf Wohlwollen angewiesen sein? Das wollen sie nicht, sie wollen Rechte! (Sehr wahr! bei den Social- demokraten.) Sie verlangen das Recht, sich in Vereinen zusammen zu thun, Mitglieder zu werben und eine Macht zu werden. Der Herr Minister hat besonders mit Empfasse betont, daß er mit dem letzten Streckenarbeiter an einem Strange ziehe. Ich zweifle nicht, daß er es wirklich ehrlich meint. Ich richte aber die direkte Frage an ihn: wie stellt er sich zu den Vorgängen, wo Arbeiter gemahregelt worden, weil sie Mitglieder der Verwaltung des Konsumvereins Harburg waren! Das Recht, sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen, darf den Arbeitern doch auf keinen Fall beschränkt werden. (Sehr richtig! b. d. Socialdem.) Es muß endlich ein anderer Weg eingeschlagen und auch den politisch anders denkenden Arbeitern das Koalitionsrecht gewährt werden. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die allgemeine Diskussion. Der Titel „Chef des Reichsamts“ wird bewilligt, ebenso eine Reihe weiterer Titel.

Es folgt der Titel „Beschaffung von Betriebsmaterialen“.

Abg. v. Savigny (C.): Vor einigen Tagen hat auf einem Berliner Vorortbahnhof eine Explosion eines Gasometers stattgefunden, bei der eine Anzahl Arbeiter verletzt wurden. Dieses Unglück hat hoffentlich die Eisenbahndirektion an die Einführung des elektrischen Lichts für die Eisenbahnwagen gemahnt. Bei dem Altenbeker Unglück hat sich gezeigt, daß die unter die Wagen geratene, noch lebenden Reisenden erst durch die Explosion der unter am Wagen befindlichen Gasometer getötet sind. Redner bespricht weiter die verschiedenen Beleuchtungs- systeme für die Eisenbahnwagen und fordert Einführung der selbst- thätigen Modifizierung.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Das Extra-Ordinarium wird ohne erhebliche Debatte erledigt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Zusitz: Etat, Etat des Reichsfinanzamts.)

Schluss 6¹/₂ Uhr.

Partei-Nachrichten.

Strafkants. In den Monaten Januar und Februar wurden gegen Genossen an Strafen erkannt insgesamt: 1 Jahr 6 Monate, 5 Wochen 4 Tage Gefängnis und 2200 M. Geldstrafe.

Der Provinzialparteitag für die Provinz Hannover, der am Sonntag in der Stadt Hannover tagte, beschäftigte sich mit den Reichstags- und Landtagswahlen. Zu den Reichstagswahlen wurde beschlossen, für den ganzen Agitationsbezirk einheitliche Flugblätter herauszugeben. Zu den Landtagswahlen wurden folgende drei An- träge angenommen:

1. „Die Agitationskommission wird beauftragt, rechtzeitig vor den preussischen Landtagswahlen eine Agitationsstour in der Provinz zu arrangieren, welche den Zweck hat, die Wähler über das bestehende preussische Landtagswahlrecht aufzuklären.“

2. „Das Provinzial-Agitationskomitee hat die Verhältnisse in den einzelnen Landtags-Wahlkreisen zu prüfen und zu beschließen, ob eine Beteiligung stattfinden soll.“

3. „Die Vertretung auf der demnächst tagenden preussischen Konferenz, die über die Landtagswahlen beraten soll, wird dem Agitationskomitee überlassen.“

Die Partei im ehemaligen nördlichen Belagerungsgebiete (Hamburg—Altona—Wandsbek—Harburg und Umgegend) hat nach einer Zu- sammenstellung des „Hamburger Echo“ jetzt 22 825 in Vereinen organisierte Mitglieder und brachte einschließl. der „Nordischen Wasserkanal“ im Jahre 1902 im ganzen 187 859 M. auf.

Fortschritte der Organisation in Posen. In Obersiglo, Kreis Samter (Prov. Posen) wurde Sonntag, den 1. d. M., nach einem Referat des Genossen Werner aus Posen über die Aufgaben der Arbeiterklasse im bevorstehenden Wahlkampf ein Wahlverein für den Wahlkreis Samter-Obornik mit dem Sitz in Obersiglo gegründet, dem sofort 25 Mitglieder beitraten.

Die Genossen hatten sicherheitsshalber zwei Versammlungen an- gemeldet, die eine auf drei, die andere auf vier Uhr nachmittags. Sie erhielten jedoch nur eine Bescheinigung über die erstere, die Aus- stellung einer weiteren verweigerte das Stadtoberhaupt von Ober- siglo mit der Begründung, daß „eine Versammlung vollständig genüge.“

Das Inserieren in einem socialdemokratischen Blatte wurde dem Gemeinderate der Stadt Eiserberg in Sachsen verboten. Die Stadt braucht einen neuen Bürgermeister und der Stadtgemeinderat beschloß, die Stelle auszufüllen. Zugleich wurde beschlossen, das Inserat auch im „Sächsischen Volksblatt“, unserem Zwickauer Bruderblatte, zu veröffentlichen. Darüber beschwerten sich einige Ein- wohner, die wahrcheinlich fürchteten, einen socialdemokratischen Bürgermeister zu bekommen, bei der Aufsichtsbehörde. Diese verbot dann auch das Inserat im „Volksblatt“ sowohl wegen der „hohen Kosten“ und weil das „Volksblatt“ eine socialdemokratische Zeitung sei.

Das ist nebenbei auch ein Beitrag zur Selbstverwaltung der Gemeinden.

Einen prächtigen Sieg haben unsere Parteigenossen in Sagsfeld bei Karlsruhe bei den Gemeindevahlen errungen. Es wurden in der 3. Klasse 9, in der 2. Klasse 8 und in der 1. Klasse 3 Parteigenossen, zusammen also 20 gewählt. Danach hat der Bürgerausschuss jetzt eine sozialdemokratische Mehrheit.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Gehäusucht wurde am Mittwoch in der Redaktion des Hamburger „Echo“. Die Suche galt dem Manuskript eines in dem Blatt veröffentlichten Gedichts, das eine Majestätsbeleidigung enthalten soll.

— Wegen Schuttmannbeleidigung beurteilte die Breslauer Strafkammer Genossen Bruns als verantwortlichen Redakteur der „Volkswehr“ zu 100 M. Geldstrafe. Das Gericht erkannte an, daß fast alle gegen die Schuttmann erhobenen Anklagen durch die Zeugnisaussagen als wahr erwiesen seien, daß dem Artikel eine heftige Tendenz nicht zu Grunde liege, daß er in besserer Absicht geschrieben sei und auch seine guten Wirkungen gezeitigt habe. Da der Angeklagte aber in Bezug auf einen Punkt — die Schuttmann-Beleidigung — zwischen Agenten und Dirnen in einer gewissen Wirtschaft niemals Einhalt geboten haben — den Beweis der Wahrheit nicht erbringen konnte, wurde auf 100 M. Strafe erkannt. Der Staatsanwalt hatte einen Monat Gefängnis beantragt.

Aus der Frauenbewegung.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse hielt am 2. März seine Generalversammlung ab. Die Vorsitzende erstattete den Bericht. Es fanden seit der im Juli abgehaltenen Generalversammlung 12 Versammlungen und 6 Vorstandssitzungen statt.

Der Besuch der Versammlungen war äußerst günstig, das Interesse für den Verein steigt beständig. Die neu eingerichteten Diskussionsabende haben bewiesen, daß die Arbeiterinnen ein ernstes Streben nach wissenschaftlicher Vertiefung haben. Den gefelligen Teil bildeten ein Ausflug, eine Urantavorstellung und das Stichtungsfest.

Die Kassiererin, welcher nach ihrem Bericht Decharge erteilt wurde, gab als Einnahme des Vereins für das letzte Halbjahr 471,88 M., als Ausgabe 340,80 M. und Bestand 130,68 M. an. Die Mitgliederzahl beträgt 350.

Eine große Anzahl der Mitglieder beteiligte sich an der Diskussion, welche sich mit der Form der Einladungen, der Bibliothek, gefelligen Veranstaltungen, Fortführung der Diskussionsabende beschäftigte.

Es erfolgte dann die Neuwahl des Vorstandes, der nun wieder aus 7 Personen besteht.

Die nächste Versammlung findet Montag, den 16. März, in den Armnhallen, Kommandantenstr. 20, statt. Herr Emanuel Wurm spricht über: „Kinderarbeit — Kinderschutz“.

Mörschhof. Sonntag, den 1. März, nachmittags 4 Uhr, fand im Lokale von Redner eine gut besuchte Frauenversammlung statt. Genossin Gradnauer sprach über das Thema: „Soll die Frau Sklav sein und bleiben?“ Die Ausführungen der Rednerin fanden bei den Versammelten großen Beifall. In der Diskussion wurde an die antwortenden Frauen die Aufforderung gerichtet, sich recht regen bei der Agitation zur kommenden Reichstagswahl zu betätigen.

Bris. In einer von der weiblichen Vertrauensperson einberufenen Versammlung sprach am 2. März Genossin Barthel über das Interesse der Frau an der sozialen Gesetzgebung. Die interessanten Ausführungen des Redners wurden besonders von den zahl-

reich erschienenen Frauen mit großem Beifall aufgenommen. Unter „Verschiedenes“ wurde von Frau Tiel-Tempelhof darauf hingewiesen, wie nützlich sich die Frauen bei dem bevorstehenden Wahlkampf machen können. Es sei aber auch nötig, daß die Frauen und Mädchen sich dem in Rixdorf bestehenden Frauenverein anschließen. Nachdem noch von Händel belannt gegeben war, daß die nächste Versammlung des Wahlvereins Freitag, den 13. März, stattfindet, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Die Frauenrechte im schwedischen Reichstage. Veranlaßt durch die in der Ersten und der Zweiten Kammer angenommenen Resolutionen über die Mündigkeit der Frau, über sich selbst und ihr Eigentum zu verfügen und zu bestimmen, machte der Gesetzgebungsausschuss den Kammeren den Vorschlag, die Regierung um Vorlegung eines Gesetzes zu ersuchen, durch das ohne wesentliche Änderung der bisherigen Grundsätze die rechtliche Stellung der Frau klarer und folgerichtiger bestimmt wird. Dagegen hatten sich die beiden Ausschussmitglieder Lindhagen und Wönde referiert und schlugen vor, eine Gesetzesänderung zu verlangen, wodurch, unter Beibehaltung des allgemeinen Verwaltungsrechts des Mannes, die Vormundschaft des Mannes über die Frau im übrigen aufgehoben werden soll, so daß die verheirateten Frauen danach für ebenso mündig erklärt werden sollen wie die unverheirateten. Dieser Vorschlag wurde nun am 25. Februar in der Zweiten Kammer nach kurzer Verhandlung ohne Abstimmung angenommen. Für den Vorschlag des Gesetzgebungsausschusses trat nicht ein einziger Redner ein. In der Ersten Kammer wurde dagegen gerade dieser Vorschlag angenommen, und zwar mit 51 gegen 45 Stimmen, die prinzipiell jede Änderung der Gesetzgebung ablehnten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 5. März.
Anfang 7 1/2 Uhr:

Opernhaus, Margarete.
Schauspielhaus. Die Gerechtheit. Neues Opern-Theater. Geflohen. Deutsches. Einmal Menschen. Berliner. Viel Lärm um Nichts. Lesung. Der blinde Passagier. Neues. Schöne Seelen. Die Lokal- huz. Revidenz. Lutti (Louie). Weiken. Die lustigen Weiber von Windsor.
Central. Gräfin Bepi. Thalia. Der Cameliennel. Belle-Alliance. Am Telephon. Cupido u. Co.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.) Das zweite Gesicht.
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Wohlthätige Frauen.
Carl Weiß. Das Jungfernhül. Dantes. Jugend. Luffen. Der Fall Clémenceau. Kleines. Nachtschl. Trianon. Die Notbrücke. Metropol. Neuestes! Allerneuestes! Casino. Berliner Herzen. Apollo. Spezialitäten. Naktis Hochzeit.
Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen. Stettiner Sänger. Steidl. Steidl-Sänger. Passage-Theater. Spezialitäten. Passage-Panoptikum. Spezialitäten. Palast. Berliner Lust. Spezialitäten. Urania. Taubenstrasse 48/49. Das Land Tirol. Jubalidenstrasse 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater

Heute abend 7 1/2 Uhr:
Gastsp. d. Wiener Operetten-Gesellschaft.
Gräfin Bepi.
Operette in 3 Akten von Joh. Strauß. Morgen u. folgende Abende 7 1/2 Uhr: **Gräfin Bepi.** — Sonntagnachm. 3 Uhr: Das Mädchen von der Heilsarmee.

Thalia-Theater.

Dresdenerstrasse 72/73.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Der Cameliennel.
Morgen und folgende Tage: **Der Cameliennel.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: **Der Pariser Tangenschütz.** — Darauf: Ich heirate meine Tochter.

Luisen-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der Fall Clémenceau.
Freitag: Benefiz für H. Krützgenoff. Zum erstenmal: **Beccloa.**
Sonabend: Die Maschinenbauer von Berlin.
Sonntag 3 Uhr zu kleinen Preisen: Wilhelm Tell.
8 Uhr: Der Fall Clémenceau.

Residenz-Theater

Direktion: Sigmund Lautenburg.
Abends 7 1/2 Uhr:
Lutti (Louie).
Schwank in 4 Akten von Pierre Beyer. Deutsch von Max Schönau.
Morgen und folgende Tage: **Lutti.**
Sonntagnachmittag 3 Uhr: Seine Kammerzofe.

Deutsche Konzerthallen

Spandauer Brücke 3
Special-Ausschank der Berliner Bockbrauerei.
Grosser Bock-Trübel.
Um 10 Uhr abends
Einzug Cambrinus mit Gefolge.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Das zweite Gesicht.**
Lustspiel in 3 Akten v. D. Blumenthal.
Freitagabend 8 Uhr: **Das zweite Gesicht.**
Sonabendabend 8 Uhr: **Das zweite Gesicht.**
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Wohlthätige Frauen.**
Lustspiel in 4 Akten von Ad. Pörringer.
Freitagabend 8 Uhr: **Wohlthätige Frauen.**
Sonabendabend 8 Uhr: **Der Meister von Palmyra.**

Freie Volksbühne.

Achtung, 1. und 2. Abteilung!
Die für Sonntag, den 8. März angesetzte Vorstellung im Metropol-Theater fällt aus, da der Darsteller der Hauptrolle in Shaws Helden plötzlich am Auftreten verhindert ist. Die Ersatzvorstellung der ersten und zweiten Abteilung ist am 2. Osterfeiertag, den 13. April (Montag): **Helden von Shaw.** Alle übrigen Vorstellungstage behalten ihre Gültigkeit.

Lessing-Theater 8./9. Abteilung:

Sonntag, den 8. März cr., nachmittags 2 1/2 Uhr:
Lessing-Theater 8./9. Abteilung:
Dämmerung.
Schauspiel in 5 Akten von Ernst Rosmer.
Sonabend, den 14. März, abends 8 Uhr, Brauerei Friedrichshain:
März-Feier
Beethoven-Konzert
Berliner Tonkünstler-Orchester. Dir.: Franz v. Blen.
Violonist: Konzertmeister Alexander Wittenberg.
Recitation: Fräul. Luise Dumont vom Deutschen Theater.
Festmarken a 50 Pf. in allen Zahlstellen.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Abends 8 Uhr:
Das Land Tirol.
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.

Passage-Theater.

Anfang Sonnt. 3. Wochent. 5. Ende 11 Uhr.
Sensation, sportliches Ereignis!
Boxkampf
des amerikanischen Meisterschaftsboxers Young Fitzsimmons und des austral. Preisboxers Jack Lewis. (Abends 10 Uhr.)
Bernhard Marx, Humorist.
Marie Werder, Soubrette.
Ganz Berlin verzichtet sich noch immer den Kopf über **AGA** die schwebende Jungfrau.
14 erstklassige neue Nummern.

Castans Panoptikum

Friedrichstr. 165.
Neu! „Der künstliche Mensch?“
Sensationelle Neuheit!
Intern. Reise-Theater. Bilderrevue. „Venedig“ m. Vortr. Berliner Bilderbogen!
Der Untergang Berlins durch den Mont Palé.
Die schöne Tätowierte Miss Karri. Grammophon. Konzert. Kasperl-Theater von 11—1 u. 4—10 Uhr.

Sanssouci.

Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag:
Hoffmanns Norddeutsche Sänger.
Nach jeder Solree:
Tanz-Kränzchen.
Vott ist dot.
Ein bengalischer Tiger.
Säle zu Festlichkeiten.

Belle-Alliance-Theater.

Abends 7 1/2 Uhr:
Am Telephon.
Hieran:
Cupido & Co.

Casino-Theater

Lothringergstr. 37.
9 1/2 Uhr:
Berliner Herzen.
Anfang Sonnt. 7 1/2 Uhr: **Erle Liebe etc.**
Dazu Auftreten samtl. Spezialitäten.

Metropol-Theater.

Mit glänzender Ausstattung:
Neuestes! Allerneuestes!
Revue in 5 Bildern von J. Freund. Musik von Victor Holländer.
Emil Thomas a. G., Josef Josephi.
Henry Bender.
Frid. Frid, Fl. Siding, Hans Reichsbarg. 300 Mitwirkende.
Grandioses Ballett.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.
Sonabend, den 7. März:
Letzter Metropol-Theater-Ball.

Steidl-Theater

Reinens-Drainburger Thor. Straße 132.
Lebte Bothe, die urforn. Curleste:
Unser Kakelnest.
Täglich: Nachmittags 4 Uhr:
Cirkus- u. Auentheater
von Mons. Loyal, dressierte Pony, Affen, Hunde, Papageien, Kakadus u. a.
Kinder halbe Preise.

ORIGINAL SINGER NÄHMASCHINEN
Pariser Weltausstellung 1900.
Von der Internationalen Jury wurden den **Singer-Nähmaschinen** der **GRAND PRIX**
der höchste Preis der Ausstellung zuerkannt.
Die Nähmaschinen der Singer Co. für den Familiengebrauch, Kunstnäherie sowie industrielle Zwecke jeder Art verdienen ihren Weltrenn der mustergetreuen Konstruktion, vorzüglichen Qualität und großen Leistungsfähigkeit, welche von jeder alle deren Fabrikate auszeichnen. Unentgeltlicher Unterricht in d. modernen Kunstnäherie.
Singer Co. Nähmaschinen Act.-Ges.
Berlin W., Leipzigerstr. 92. 5472*

Apollo-Theater.

Heute und **Naktis Hochzeit.**
Sonabend 8 Uhr: Josephine Vettori a. G. Um 9 1/2 Uhr: **Neue Spezialitäten.**
Novellas. Gargani. Rob. Steidl. Um 10 1/2 Uhr:
America-Creol-Cake-Walkers.
Freitag:
Frau Luna und neue Spezialitäten.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.
Nachtasyl.
Köpenickerstrasse 68.
Anfang abends 8 Uhr.
Jugend.
(Parkett 1,60 M.)

Carl Weiss-Theater.

Unter Mitwirkung d. Dir. Carl Weiß.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten von Ernst Guinot.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonabendnachm. 4 Uhr: **Kindervorstellung: Prinz Diamant.**

Trianon-Theater.

Georgenstrasse, zwischen Friedrich- u. Unterbreitstrasse.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Gröfac und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 3 Uhr: **Die Liebeschaukel.**

Bernhard Rose-Theater-Ensemble

Stadt-Theater, Alt-Moabit 47/49.
Donnerstag, den 5. März 1903:
Der Salontiroler.
Lustspiel in 4 Akten mit Gesang von Gustav u. Moser.
Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**

Palast-Theater

Burgstrasse 22. Früher: Feen-Palast.
Neu einstudiert!
6 1/2 Uhr:
Die Gräfin von der Nadel.
Lebensbild in 5 Akten v. Jacobson.
Das Elite-März-Programm.
Mary Elys, Soubrette.
Hermann Norden, Humorist.
Thu Stoustone, excent. Pantomim.
Anf. 8 1/2 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

Königstadt-Casino.

Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Täglich erstl. Spezialitäten-Vorstellung. Neb. Mittwoch, Sonnabend und Sonntag Tanzkränzen.
Anf. Wochent. 8, Sonntags 6 Uhr.

Cirkus Schumann

Donnerstag, den 5. März 1903:
abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Gala-Sport-Vorstellung.
Equestrisches Riesenprogramm.
Internationaler Reiterkongress
und die berühmten **Monstredressuren** des
Direktor **Albert Schumann.**
Die
lustigen Heidelberger
Neu! Im 2. Akt Neu!
Ein wirklicher Wolkenbruchregen.
Gratweils Bierhallen
Theater u. Varieté
Kammarschanzen-Strasse 77/79.
Direktion: Carl Haverland.
Taglich: Gr. Vorstellung.
Das grosse amüsante März-Programm.
Nur allererste Kunstkräfte.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.
Jed. Sonabend, Sonntag u. Mittwoch nach der Vorstellung:
TANZ.

W. Noacks Theater.

Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 16.
Eva.
Schauspiel in 5 Aufz. von Rich. Vos.
Freitag: Große Extra-Theater-Vorst.
Der Jongleur.

Etablissement Bughenhagen am Moritzplatz.

Jeden Tag:
Der schöne Max aus Franz-Budholz.
Heute: **Waldierfest.**
Im Kaiser-Saal:
Norddeutsche Sänger und Tanz.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Neues, grossartiges Programm.
Jed. Sonntag, den 7. März, abends 8 Uhr:
Reichshallen.
Anfang: Sonntags 7, Wochentags 8 Uhr.
Neues, grossartiges Programm.
Jed. Sonntag, den 7. März, abends 8 Uhr:
Anf. 8 1/2 Uhr, Sonnt. 7 Uhr. Entree 50 Pf.

WINTER GARTEN
Vollständig Neues Programm:
Humberty, Jongleur.
Harry Atkinson, Imitator.
She, die 4 Elemente.
Littke Carlson, Tanz-Humorist.
Arras-Duo, gymnast. Produktionen.
Miss Sisy Nirvana, Lebende Bilder.
Cireling the Circle.
Annie Dirks, Opocetten-Sängerin.
Gabriela Juniori, Pariser Soubrette.
Neues Ballett-Divertissement, „Das Fest des Lucullus“ in 6 Bildern, darunter Cake Walk.
Der „Biograph“.

Gewerbegericht zu Berlin.

3. Nr. 116 Gew.-Ger. 03.
In Sachen
des Ausstandes der Monteurs und Helfer der Fabrik für Central-Heizungen G. H. Schuppmann, hier, Kaiserstr. 31, wird im Gemässheit des § 76 des Reichsgesetzes für das Gewerbegericht der Stadt Berlin vom 6. Juni 1903 öffentlich bekannt gemacht, daß in der Sitzung des als Einigungsamt von den Arbeitnehmern und der Arbeitgeberin angewiesenen Gewerbegerichts vom 29. Februar 1903, an welcher teilgenommen haben
1. Gewerbesichter von Schulz, als Vorhändler,
2. Kaufmann Raab,
3. Ingenieur Bernhardt, als Vertrauensmänner der Arbeitgeberin;
4. Former Adelsen,
5. Hofleiger Pielus, als Vertrauensmänner der Arbeitnehmer, folgender Vergleich geschlossen worden ist:
1. Die Firma G. H. Schuppmann, Fabrik für Central-Heizung, erkennt den am 12. November 1902 vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts Berlin zwischen der Jänning der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungs-Jahmänner zu Berlin, der Vereinigung der Gas- und Wasser-Industriellen zu Berlin, des Verbandes der Central-Heizungs-Industriellen, Ortsgruppe Berlin und der Jänning der Gas-, Wasserleitungs- und Heizungs-Jahmänner zu Charlottenburg einerseits und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, Ortsgruppe Berlin, andererseits geschlossenen Vergleich auch für sich von heute ab als bindend an.
2. Die Vereinbarung vom 12. November 1902 zwischen den eben genannten Parteien, Riffer 6:
„für jede Arbeitstunde, die drei Kilometer vom Gehsitz entfernt liegt, ist Fahrgehalt, für Vororte ist Fahrzeit und Fahrgehalt zu vergüten.“
soll auf Antrag der Gewerkschaft der Arbeitnehmer durch die Schlichtungskommission bzw. durch das Einigungsamt ausgelegt werden. Die Auslegung soll auch für die heute Vertrag schließenden Parteien gültig sein.
3. Die Parteien sind nach mündlicher Verhandlung sich dahin einig, daß die Entlassung der drei Monteurs eine Maßregelung nicht bedeutet. Die Firma wird die bisherigen Arbeiter wieder einstellen und zwar, bevor von ihr fremde Arbeiter angenommen werden.
4. Nachregelungen der streikenden Arbeiter dürfen nicht vorgenommen werden.
5. Sollten in Zukunft Differenzen zwischen der Firma und den Monteurs und Helfern entstehen, welche geeignet sind, zu Ausperrungen bezw. Arbeitsniederlegungen zu führen, so soll acht Tage vor Ausbruch der Differenzen an und vor Ausperrung bezw. Arbeitsniederlegung das Einigungsamt zur Schlichtung der Streitigkeiten angewandt werden.
6. Der vorstehende Vergleich soll zur selben Zeit ablaufen, wie der mehrmals erwähnte Tarif vom 12. November 1902.
7. Die Streitigkeit wird am 27. Februar cr. morgens wieder aufgenommen werden.
8. g. u.
gez.: Carl Bieckhoff, Paul Hüfen, Adolf Otto, Joh. Hüfen, G. Wiegmann, Karl Senf, von Schulz, E. Bernhardt, Raab, Oscar Pielus, E. Adelsen, H. Adelsen.

Mehlhandlung von Johannes Friese
Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz)
Kaiser-Auszug (reines Pester)
Weizenmehl 00 (halb Auszug)
do. 0 (Haynau 00)

Billiger wie in Warenhäusern
Apfelsinen, süß, das Dutzend 35 Pf.
Blutapfelsinen, das Dutzend 60 Pf.
Paul Werner, Obst- und Süßfrucht-Handlung.

für Stotterer!
Tages-, Abend- u. Sonntags-Kursus.
Wichtig für Dreher!

Buss' Salon und Garten
Grosse Frankfurterstr. 85.
Empfehle Vereinen meine
Salons mit grossem Naturgarten

Dr. Simmel,
Spezialarzt für
Haut- und Haarleiden.

Land 2 Mark
pro Hektar Abzahlung.
E. Reil, Nordhof, Bahnhofs-
Anlagen, Eichenb., Lindenb.,

Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.

Groß-Destillation
Wirstel-Stube
Martin Berndt,
Prinzen- u. Ritterstrassen-Gde.

Stuccateure.
Morgen, Freitag, abends 8 1/2 Uhr.
Angeordnetl. Mitgliederversammlung der Filiale Berlin.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin.
Vortrag des Herrn Fritz Stahl über:
„Nürnberg und seine Kunst“.

Heinrich Heine-Abend.
Sonntag, den 22. März, abends 7 Uhr.

GRÖSSTE HEIZKRAFT
GERINGSTER ASCHEN-GEHALT
Kein SCHLACKEN-RÜCKSTAND!
General-Vertreter: C. F. Heinz, NW. 21, Dreysenstr. 9.

Möbel- u. Polsterwaren-Fabrik
A. Schulz, Reichenberger-Strasse 5
empfehl. Einrichtungen in Kuchraum und Mahagoni von 210 bis 5000 Mark

Möbelfabrik.
Die besten und billigsten Wohnungs-Einrichtungen
Julius Apelt, Tischlermeister, Skalitzerstrasse 6,

Allgemeine Familien-Sterbekasse
zu Berlin.
Sonntag, 15. März, vorm. 9 Uhr.
Ausserordentliche General-Versammlung

Kranken- und Sterbekasse
aller gewerblichen Arbeiter für
Schöneberg und Berlin

Berliner
Genossenschafts-Bäckerei.
Eingetragene Genossenschaft m. beschr.
Haftung.

42-62 Mark
Kausch oder Valeret nach Maß,
elegante Ausführung, ladeloher Eis,

42-62 Mark
Kausch oder Valeret nach Maß,
elegante Ausführung, ladeloher Eis,

Socialdemokrat. Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
(Toten).
Todes-Anzeige.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, das unsre
liebe Tochter, Schwester und
Brant

Otto Puhlemann,
Kunstformer aus Berlin, bis August
vor. Jahres in Genuß wohlthätig
gewesen, wird in Familienangelegen-
heiten gesucht.

Gross-Fischerei-Export-Artikel.
Neueste, wahre, billige Preise.
Feinste Salsfetteringe 1/2, 1/3, 1/4, 1/5, 1/6, 1/8, 1/10, 1/12, 1/15, 1/20, 1/25, 1/30, 1/40, 1/50, 1/60, 1/75, 1/100, 1/125, 1/150, 1/200, 1/250, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/750, 1/1000, 1/1250, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7500, 1/10000, 1/12500, 1/15000, 1/20000, 1/25000, 1/30000, 1/40000, 1/50000, 1/60000, 1/75000, 1/100000, 1/125000, 1/150000, 1/200000, 1/250000, 1/300000, 1/400000, 1/500000, 1/600000, 1/750000, 1/1000000, 1/1250000, 1/1500000, 1/2000000, 1/2500000, 1/3000000, 1/4000000, 1/5000000, 1/6000000, 1/7500000, 1/10000000, 1/12500000, 1/15000000, 1/20000000, 1/25000000, 1/30000000, 1/40000000, 1/50000000, 1/60000000, 1/75000000, 1/100000000, 1/125000000, 1/150000000, 1/200000000, 1/250000000, 1/300000000, 1/400000000, 1/500000000, 1/600000000, 1/750000000, 1/1000000000, 1/1250000000, 1/1500000000, 1/2000000000, 1/2500000000, 1/3000000000, 1/4000000000, 1/5000000000, 1/6000000000, 1/7500000000, 1/10000000000, 1/12500000000, 1/15000000000, 1/20000000000, 1/25000000000, 1/30000000000, 1/40000000000, 1/50000000000, 1/60000000000, 1/75000000000, 1/100000000000, 1/125000000000, 1/150000000000, 1/200000000000, 1/250000000000, 1/300000000000, 1/400000000000, 1/500000000000, 1/600000000000, 1/750000000000, 1/1000000000000, 1/1250000000000, 1/1500000000000, 1/2000000000000, 1/2500000000000, 1/3000000000000, 1/4000000000000, 1/5000000000000, 1/6000000000000, 1/7500000000000, 1/10000000000000, 1/12500000000000, 1/15000000000000, 1/20000000000000, 1/25000000000000, 1/30000000000000, 1/40000000000000, 1/50000000000000, 1/60000000000000, 1/75000000000000, 1/100000000000000, 1/125000000000000, 1/150000000000000, 1/200000000000000, 1/250000000000000, 1/300000000000000, 1/400000000000000, 1/500000000000000, 1/600000000000000, 1/750000000000000, 1/1000000000000000, 1/1250000000000000, 1/1500000000000000, 1/2000000000000000, 1/2500000000000000, 1/3000000000000000, 1/4000000000000000, 1/5000000000000000, 1/6000000000000000, 1/7500000000000000, 1/10000000000000000, 1/12500000000000000, 1/15000000000000000, 1/20000000000000000, 1/25000000000000000, 1/30000000000000000, 1/40000000000000000, 1/50000000000000000, 1/60000000000000000, 1/75000000000000000, 1/100000000000000000, 1/125000000000000000, 1/150000000000000000, 1/200000000000000000, 1/250000000000000000, 1/300000000000000000, 1/400000000000000000, 1/500000000000000000, 1/600000000000000000, 1/750000000000000000, 1/1000000000000000000, 1/1250000000000000000, 1/1500000000000000000, 1/2000000000000000000, 1/2500000000000000000, 1/3000000000000000000, 1/4000000000000000000, 1/5000000000000000000, 1/6000000000000000000, 1/7500000000000000000, 1/10000000000000000000, 1/12500000000000000000, 1/15000000000000000000, 1/20000000000000000000, 1/25000000000000000000, 1/30000000000000000000, 1/40000000000000000000, 1/50000000000000000000, 1/60000000000000000000, 1/75000000000000000000, 1/100000000000000000000, 1/125000000000000000000, 1/150000000000000000000, 1/200000000000000000000, 1/250000000000000000000, 1/300000000000000000000, 1/400000000000000000000, 1/500000000000000000000, 1/600000000000000000000, 1/750000000000000000000, 1/1000000000000000000000, 1/1250000000000000000000, 1/1500000000000000000000, 1/2000000000000000000000, 1/2500000000000000000000, 1/3000000000000000000000, 1/4000000000000000000000, 1/5000000000000000000000, 1/6000000000000000000000, 1/7500000000000000000000, 1/10000000000000000000000, 1/12500000000000000000000, 1/15000000000000000000000, 1/20000000000000000000000, 1/25000000000000000000000, 1/30000000000000000000000, 1/40000000000000000000000, 1/50000000000000000000000, 1/60000000000000000000000, 1/75000000000000000000000, 1/100000000000000000000000, 1/125000000000000000000000, 1/150000000000000000000000, 1/200000000000000000000000, 1/250000000000000000000000, 1/300000000000000000000000, 1/400000000000000000000000, 1/500000000000000000000000, 1/600000000000000000000000, 1/750000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000000000, 1/10000000000000000000000000000000000000, 1/12500000000000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000000000, 1/20000000000000000000000000000000000000, 1/25000000000000000000000000000000000000, 1/30000000000000000000000000000000000000, 1/40000000000000000000000000000000000000, 1/50000000000000000000000000000000000000, 1/60000000000000000000000000000000000000, 1/75000000000000000000000000000000000000, 1/100000000000000000000000000000000000000, 1/125000000000000000000000000000000000000, 1/150000000000000000000000000000000000000, 1/200000000000000000000000000000000000000, 1/250000000000000000000000000000000000000, 1/300000000000000000000000000000000000000, 1/400000000000000000000000000000000000000, 1/500000000000000000000000000000000000000, 1/600000000000000000000000000000000000000, 1/750000000000000000000000000000000000000, 1/1000000000000000000000000000000000000000, 1/1250000000000000000000000000000000000000, 1/1500000000000000000000000000000000000000, 1/2000000000000000000000000000000000000000, 1/2500000000000000000000000000000000000000, 1/3000000000000000000000000000000000000000, 1/4000000000000000000000000000000000000000, 1/5000000000000000000000000000000000000000, 1/6000000000000000000000000000000000000000, 1/7500000000000000000000000000000000000000, 1/100, 1/12500000000000000000000000000000000000000, 1/15000000000000000000000000000000000000000, 1/200, 1/25000000000000000000000000000000000000000, 1/300, 1/400, 1/500, 1/600, 1/75000000000000000000000000000000000000000, 1/1000, 1/125000000000000000000000000000000000000000, 1/1500, 1/2000, 1/2500, 1/3000, 1/4000, 1/5000, 1/6000, 1/7500, 1/100, 1/125000000000

Abgeordnetenhaus.

88. Sitzung vom Mittwoch, den 4. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Herr v. Hammerstein.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats der Baubewertung begründet

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) folgenden von ihm eingebrachten Antrag: Die Regierung zu ersuchen, einen Gesetzentwurf zur Regelung des Bauarbeitergesetzes, namentlich zum Zwecke wirksamer Unfall- und Krankheitsversicherung, baldmöglichst vorzulegen. Die Bauarbeiter sind die Stiefkinder des Arbeitergesetzes. Es sind dort schlimme Rottkinder vorhanden, denen ernstlich abgeholfen werden muß. Die Unfallziffern im Baugewerbe sind ungewöhnlich hoch; mit den jetzigen Unfallverhütungs-Vorschriften ist nicht auszukommen. Petitionen aus den Kreisen der Bauarbeiter über diese Verhältnisse haben das Haus wiederholt beschäftigt, aber leider ohne Erfolg. Auch der Krankheitsgefahr sind die Bauarbeiter in besonders hohem Grade ausgesetzt. Es besteht bei dieser Arbeiterkategorie ein völliger Mangel selbst an den dringendsten Arbeiterschutzbestimmungen. Die Vertrauensmänner, die größtenteils im Ehrenamt die Kontrolle über die Beobachtung der bestehenden Schutzvorschriften ausüben, funktionieren nicht regelmäßig genug, um ihrer Aufgabe voll genügen zu können. Dem Bestreben des Reichs-Versicherungsamts, die Zahl der Bauaufsichtsbeamten zu vernichten, sehen, wie Graf Pobjadowich im Reichstag erklärt hat, die Berufsvereinigungen hitzigen Widerstand entgegen. Gewiß geschehen eine Anzahl von Unfällen auch durch die Schuld der Arbeiter, aber die Statistik beweist, daß diese Zahl sehr gering ist. Sehr viel aber wird in menschlich-barbarischer Weise gesündigt seitens der Berufsvereinigungen. Die Baupolizei kümmert sich oft gar nicht um die Beobachtung der Schutzvorschriften. Darüber liegen mir zahlreiche Beschwerden vor z. B. aus Berlin, Potsdam, Magdeburg usw. Die baupolizeilichen Vorschriften sind zwar vielfach löblicher Natur, aber sie haben nur lokale Geltung, andererseits sind sie oft auch nicht weitgehend genug. Es ist daher mit Freuden zu begrüßen, daß die Zentralbehörde Muster für zweckmäßige baupolizeiliche Vorschriften an die Kommunen versandt hat. Leider ist es aber in das Belieben der lokalen Verwaltung gelegt, ob sie diese Vorschriften in Geltung setzen will oder nicht. Es ist absolut kein Grund einzuführen, warum die Bauarbeiter nicht ebenso inspektions- und kontrollbedürftig sein sollten wie die Fabrikarbeiter. Ihre gesunden Glieder sind ebenso viel wert wie die aller anderen Arbeiter. Es muß eine besondere Bauinspektion in der Art der Fabrikinspektion geschaffen werden. Weil die nötige Kontrolle fehlt, ist die Zahl der Unfälle eine so enorm große. Die Arbeiter selbst müssen zur Mitverantwortung herangezogen werden. (Sehr richtig! links.) Die Arbeiter sind heute — vielleicht größtenteils zu Unrecht — von Mißtrauen gegen die Aufsichtsbeamten erfüllt; es muß ihnen Gelegenheit gegeben werden, selbst sich zu überzeugen, daß alles in Ordnung ist. Jeder Unfall, der sich hätte vermeiden lassen, ist ein schwerer Vorwurf für die Arbeitgeber. Die Heranziehung der Arbeiter selbst wird auch diese an der Verantwortlichkeit für das Leben und die Gesundheit der Bauarbeiter teilnehmen lassen. Ich bin überzeugt davon, daß die Regierung selbst von schwerer Sorge für das Schicksal der Bauarbeiter erfüllt ist. Deshalb muß sie sobald wie möglich ein Bauarbeitergesetz erlassen. Die Bauarbeiter sind nicht in der Reichs-Gesetzgebung bedacht, sie sind der Landes-Gesetzgebung überlassen. Es ist Pflicht der Humanität, für das Leben und die Gesundheit dieser Arbeiterkategorie einzutreten! (Weißt links.)

Abg. Schwarze (fr. Sp.) beantragt, den Antrag Dr. Hirsch in folgender Fassung anzunehmen: Die Regierung zu ersuchen, im Wege der Gesetzgebung oder der Verordnung (§ 120a der Gewerbe-Ordnung) einen wirksamen Schutz der Bauarbeiter zu sichern. Zunächst muß der Befähigungsnachweis für das Baugewerbe eingeführt werden, damit nur solche Unternehmer, die wirklich etwas vom Bauen und von der Gefährdung der Arbeiter verstehen, Bauten ausführen können. Diese Frage ist völlig spruchreif, und hier gilt mehr als irgendwo sonst die Mahnung: „Etwas mehr Dampf!“ Weiterhin schließe ich mich der Forderung des Dr. Hirsch nach Schaffung einer Bau-Aufsicht mit Zuziehung der Arbeiter an. Die baupolizeiliche Kontrolle ist oft nicht genügend.

Ministerialdirektor Schulz: Die Regierung erkennt die Notwendigkeit einer wirksameren Ausgestaltung des Bauarbeitergesetzes an. Sie hat auch die Hände keineswegs in den Schößen gelegt; sie hat für eine intensivere Handhabung der Baupolizei gesorgt und die Bau-Aufsicht verschärft. Bei der Abnahme größerer, schwerer Bauten müssen geeignete technische Organe beteiligt sein. Auch direkte Vorschriften zur Verhütung von Unfällen und Krankheiten sind erlassen. 1898/99 sind im Ministerium allgemeine Grundzüge aufgestellt worden, und daraufhin ist eine große Anzahl von Polizeiverordnungen ergangen, worin die Errichtung von Unternehmerräumen, das Verbot der Arbeit bei offenem Coalscheuer und dergleichen vorgehoben sind. Weiterhin ist eine gerechtere Revision der Unfallverhütungs-Vorschriften angeordnet, und der Minister hat den Reichsanwalt ersucht, damit nicht alles nur auf dem Papier bleibe, für eine ordnungsmäßige Kontrolle der Berufsvereinigungen Sorge zu tragen. Auch der Minister selbst hat eine Überwachung der Bauarbeiten angeordnet. Diese Vorschriften haben auch Erfolg gehabt: die Unfallfälle mit tödlichem Ausgang haben sich vermindert und werden hoffentlich noch mehr abnehmen. Der Weg der Gesetzgebung in dieser Frage ist nicht empfehlenswert, weil ein Gesetz nicht auf die großen Verschiedenheiten zwischen den ländlichen und den städtischen industriellen Bezirken Rücksicht nehmen kann. Es empfiehlt sich deshalb der Weg der Verordnung unter Benützung des § 120a der Gewerbe-Ordnung. Dabei wird die Regierung den Anregungen der Antragsteller berücksichtigen. Gegen den Antrag Schwarze ist nichts einzuwenden. Auf die Frage des Befähigungsnachweises und darauf, ob später eine reichsrechtliche Regelung anzustreben ist, will ich heute nicht eingehen.

Abg. Kändler (fr. Sp.) protestiert gegen die Behauptung des Abg. Schwarze, daß es sich bei dem freisinnigen Antrag um Wahlzwecke handle. Die Berufsvereinigungen seien absolut ungeeignet zur Kontrolle. Der Weg der Gesetzgebung sei durchaus gangbar, aber nach Lage der Dinge werde sich kaum mehr erreichen lassen als der Antrag Schwarze.

Abg. Herr v. Helldorf (fr. Sp.) schließt sich der Auffassung des Regierungskommissars an, daß es kaum möglich sein werde, ein Gesetz zu erlassen, das den verschiedenartigen Verhältnissen in Stadt und Land auch nur einigermaßen gerecht werde, und tritt für Annahme des Antrags Schwarze ein.

Abg. Dr. Hirsch (fr. Sp.) verteidigt seine Partei gegen den Vorwurf des sogenannten „Wahlgesetzes-Standpunktes“. Schon im vorletzten Reichstag haben bei der Gewerbe-Ordnung Schulze, Deligly und Franz Dunder ähnliche Anschauungen vertreten, wie die freisinnige Volkspartei heute.

Abg. v. Geyern (natl.) erklärt, seine Freunde hätten gegen die vorliegenden Anträge nichts einzuwenden und seien namentlich dem Amendement Schwarze einverstanden. Ueber die bayerische Gesetzgebung lägen noch nicht genügende Erfahrungen vor.

Der Antrag Hirsch wird zur Diskussion, der Antrag Schwarze angenommen.

Der Rest des Etats wird ohne erhebliche Debatte angenommen. Donnerstag 11 Uhr: Kleinere Etats, Arbeiterwohnungs-Gesetz und Interpellation betreffend die Ausführung des Pflanzengesetzes in Sachsen.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Aldershof. Wir bringen den Abonnenten hiermit in Erinnerung, daß die bis früh 1/8 Uhr von der Laube nicht abgeholfen Zeitungen später von dem Zeitungsredakteur Hr. Halenbergr. 8 partiere abgeholt werden können. Etwas Wünsche und Bescheiden sind an den Obmann Latwin, Friedensstr. 4, vorn 3 Tr., zu richten. Die Kommission.

Spandau. Die organisierten Genossen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß am nächsten Sonntag eine Flugblattverbreitung stattfindet. Treffpunkt morgens um 1/8 Uhr in den bekannten Bezirkslokalen. Parteigenossen, erwägt, welche Aufgaben unsrer harrten, und thut alle eure Pflicht!

Lokales.

Die Aufteilung Groß-Berlins. Da es nun einmal nach dem Willen der konservativen Regierung Schritt für Schritt ins Mittelalter hineingeht, so ist es kein Wunder, daß auch der Zustand des Bestehens zweier Konkurrenzstädte an den Ufern der Spree wieder auflebt. Ehemals waren es Berlin und Köpenick, jetzt sind es Berlin und — Wilmersdorf. Ueber den Zusammenhang dieses wunderlichen Planes weiß eine Vorort-Korrespondenz zu melden:

Die Bildung einer neuen großen Beststadt an der Peripherie Berlins, deren Einwohnerzahl nach erfolgtem vollständigen Ausbau 800 000 bis 1 Million betragen würde, wird nach Andeutungen, die einem der beteiligten Gemeindevorsteher gemacht sind, zur Zeit im Schoße des Ministeriums erwogen. Es handelt sich um die Zusammenziehung der zwischen Charlottenburg und Schöneberg eingelagerten Vororte Wilmersdorf, Schmörgendorf, Grunewald und Friedenau zu einem städtischen Gemeinwesen, so daß dann Charlottenburg, „Stadt-Wilmersdorf“ — so soll der Name der neuen Großstadt lauten — und Schöneberg als westliche Vorortstädte an die Reichshauptstadt angrenzen würden. Die Bildung weiterer Großstädte ist im Süden, Osten und Norden geplant. Man wird nicht fehlgehen, wenn man die Ausdehnungen des Landesdirektors Freierich v. Rantow in der Provinzial-Landtage, daß er der Verleihung des Stadtrates an die großen Berliner Vororte sehr wohlwollend gegenüberstehe und nach Kräften für die Stadterweiterung eintreten werde, mit den oben skizzierten Plänen in Zusammenhang bringt. Den Anstoß zur erneuten Erörterung der Stadterweiterungsfrage der Vororte hat sowohl die vor vier Wochen von Wilmersdorf aus an den Landtag gerichtete Petition, wie auch die Frage der zulässigen Entwässerung der genannten vier Orte gegeben, die zur Zeit an die Charlottenburger Kanalisation angeschlossen sind, im Jahre 1905 aber aus diesem Verbands entlassen werden. Die jetzt in Wilmersdorf zur Ausführung kommende Neu-Kanalisation wird bereits so eingerichtet, daß Schmörgendorf, Grunewald und Friedenau ihre Entwässerung durch die Wilmersdorfer Anlagen bewirken können. Der von den Schöneberger Behörden betriebene Plan betreffs der Angliederung Friedenau an die Stadt Schöneberg ist unter diesen Umständen als endgültig abgethan zu betrachten.

Gestern hatten Vertreter der Wilmersdorfer Bürgerschaft in der Sache der Stadterweiterung Wilmersdorfs eine fast einstündige Audienz beim Minister des Innern. Die Audienz gewann besondere Bedeutung dadurch, daß der Minister den neuen Plan der Bildung einer großen Beststadt, die bereits seit längerer Zeit das Ministerium beschäftigt, berührte. Er betonte die Notwendigkeit eines Anschlusses der an Wilmersdorf angrenzenden kleinen Gemeinwesen an die neue Stadt und unter Hinweis auch auf die in diesen Orten brennende Frage der Entwässerung und hob hervor, daß es nicht anginge, „keine Zäpfel“ zwischen großen Städten liegen zu lassen. Die Wilmersdorfer Vertretung wies insbesondere auf die bisherige Gesamtentwicklung Wilmersdorfs hin, dessen Einwohnerzahl seit 1890 von 5000 auf 42 000 gestiegen ist, während der Etat von 84 000 M. auf 9 Millionen emporgeschwollen und die Abgaben an den Kreis Feltow, für die es eine nennenswerte Gegenleistung nicht gibt, von 9000 M. auf 400 000 M. gewachsen ist. Der Minister gab den Bedenken die Versicherung, daß die Angelegenheit im Fluß sei; nähere Erklärungen würden im Landtage gegeben werden.

Es mag ja wunderbar erscheinen, daß es bei einer Zusammenlegung der westlichen Vororte bleiben soll und der Plan der Schaffung eines kommunalen Groß-Berlins nicht verwirklicht wird — vorausgesetzt, daß die hier abgedruckte Mitteilung keine Ente ist und der in mancher Hinsicht unheilvolle Zustand der Gegenwart überhaupt beseitigt wird. Aber vor dem Groß-Berlin mag die Regierung Respekt haben, wie sie wesentlich aus Angst vor dem Umsturz ja auch im Jahre 1895 den damaligen Eingemeindungsplan fallen ließ. Nach dem jetzt verlautbarten Plan aber scheiden sich die Wöde von den Schafen. Zur linken Hand läßt man Berlin mit all seinem demokratischen Kaiser liegen, damit es in sich verkaufe, zur Rechten aber ragt die wahre Hauptstadt des Reiches — Stadt-Wilmersdorf — hervor und strotzt von patriotischen Denkmälern und subversiver Stimmung.

Die Deputation für die städtische Zentrenpflege hat in ihrer letzten Sitzung auf Antrag des Genossen Bruns beschloffen, für die in den städtischen Irrenanstalten zu Herzberge und Dalldorf und in der Anstalt für Epileptische in Wuhlgraben beschäftigten Pfleger und Pflegerinnen, Hausdiener sowie für alle übrigen dort beschäftigten Arbeiterkategorie Arbeiterausweise einzuführen. Die Bestimmungen dieser Ausweise bedenken sich im wesentlichen mit denen der anderen städtischen Betriebe.

Warnung vor einem Krupfischer. Der „Med. Reform“ wird von einem Arzt mitgeteilt, daß einer seiner Patienten, bevor dieser sich bei ihm in Behandlung begeben, am 23. Januar d. J. den Heilkünstler Haedecke in der Dramenstr. 151 aufgesucht hat. Der Heilkünstler habe den Kranken bei dem einmaligen Besuch mit einer Salbe behandelt und dafür 40 M. Abschlagszahlung im voraus verlangt. Als der Patient erwiderte, er sei nicht gewohnt, dem Arzt im voraus zu bezahlen, seien ihm, einem Mauerer, 15 M. für die „erste Konsultation“ abverlangt worden; bezahlt habe er 5 M. Er sei mißtrauisch geworden und nicht wiedergekommen. Hierauf hat der Heilkünstler dem Kranken mehrere Postkarten geschrieben, darunter eine folgenden Inhalts:

Sie konsultierten mich am 23. d. M. und verpflichteten sich laut Vereinbarung, mir 40 Mark Honorar, welches bereits fällig ist, zu zahlen. Im mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie daselbe zahlen müssen, auch wenn Sie nicht wiederkommen sollten! Ersuche daher nochmals in Ihrem Interesse um Ihren Besuch.

Es ist an sich schon schlimm, daß Kranke trotz aller Warnungen sich immer wieder in die Hände von Krupfischer begeben, so werden die Leidenden sich besonders vor dem Herrn Haedecke zu hüten haben, der nach dem gemeldeten Beispiel seine Opfer ja geradezu unerschrocken ausjungt.

Für Auswanderer nach Transvaal teilt der „Reichs-Anzeiger“ folgendes mit: Personen, die nach Transvaal oder der Drangeflugkolonie zu reisen beabsichtigen, werden nachdrücklich davor gewarnt, die Ausreise anzutreten, wenn sie sich nicht zuvor vergewissert haben, daß ihnen der britische Erlaubnischein, der zum Eintritt nach Transvaal oder der Drangeflugkolonie und zum Aufenthalt daselbst erforderlich ist, erteilt wird. Deutsche müssen zur Erlangung des Erlaubnischeines (Permit) die Vermittlung der kaiserlichen Konsularbehörden in Südafrika in Anspruch nehmen. Sie haben sich hiezu an dasjenige kaiserliche Konsulat zu wenden, das für den südafrikanischen Hafenplatz zuständig ist, von dem aus die Reise nach Transvaal oder der Drangeflugkolonie erfolgen soll. In den Anträgen auf Erteilung eines Permit muß genau angegeben

werden: ob der Erlaubnischein für dauernden oder vorübergehenden Aufenthalt in letzterem Falle für wie lange Zeit, gewünscht wird; der Ort, für den der Erlaubnischein ausgestellt werden soll; der Name des Gesuchstellers und seine Familienangehörigen (bei Kindern unter 16 Jahren genügt Angabe der Zahl); die gegenwärtige und die frühere Adresse des Gesuchstellers; der Stand oder die Beschäftigung des Gesuchstellers; ob der Gesuchsteller ein eigenes Geschäft oder eine feste Anstellung besitzt; ob er über die notwendigen Mittel zum Lebensunterhalte für sich und seine Familie verfügt und ob er zwei gute Referenzen in Südafrika beibringen kann und welche.

Da von der britischen Regierung nur einer monatweise begrenzten Anzahl von Personen die Reise-Erlaubnis nach Transvaal und der Drangeflugkolonie erteilt wird, läßt sich nicht bestimmen, wann jedes einzelne Gesuch zur Erledigung kommen kann. Es wird daher dringend empfohlen, die betreffenden Anträge so frühzeitig wie möglich bei dem zuständigen kaiserlichen Konsulat in Südafrika einzuweisen.

Nach der Entweichung aus dem Irrenhause verübte der 46 Jahre alte Schmied Weimat, der mit seiner Frau in kinderloser Ehe lebte und in der Lützowstr. 7 im vierten Stock des Seitenflügels wohnte, Selbstmord. Er befand sich seit 1/4 Jahren in der Irrenanstalt zu Dalldorf, während seine Frau durch Nahrungsmittel mit einer Nichte zusammen den Lebensunterhalt erwirbt. Gestern vormittag kam er unerwartet nach Hause und erzählte, daß er einen Tag Urlaub erhalten habe. Daraufhin behielt die Frau ihn bei sich. Gegen 9 1/2 Uhr abends bekam der Unglückliche einen Tobsuchtsanfall. Er riegelte sich plötzlich in einem Nebenzimmer ein, verstellte die Thür mit einem Tisch und mit Stühlen und tobte fürchterlich. Während dann seine Frau nach der nahen Revierwache lief, um Hilfe zu holen, öffnete der Kranke ein Fenster und ließ sich vom Brett rüttelnd auf den Hof hinabfallen. Als Schutzleute kamen, fanden sie den Mann mit zerhackten Gliedmaßen auf dem Asphaltflaster. Er war bereits tot. Der Polizei war unterdessen auch gemeldet worden, daß die Anstalt den Kranken nicht beurlaubt hatte, sondern daß er entflohen war.

Hygienische Vorträge der Centralkommission der Krankenkassen. Das Thema der heutigen Vorträge lautet: Arbeiterschutz-Gesetze und Rechte der Arbeiter. Besonders bemerkenswerte Vorträge in sozialer Beziehung über die verschiedenen Versicherungen, wie Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherungen, sowie gewerblichen Arbeiterschutz. Das Thema wird an fünf Stellen besprochen werden, und zwar heute, Donnerstag, den 5. d. M., in den Schulaulen: Brangelstr. 128, Schönhauser Allee 106, Reibstr. 31/32, Duhnowstr. 115, und Nordstr. Kaiser Friedrichstr. 208/210. Vorträge sind die Herren Regierungsräte: Dr. Seyditz, Dr. Klein, Dr. Zahn und Bielefeldt, sowie Herr Dr. Heffter. Beginn der Vorträge abends 8 Uhr. Zutritt frei.

Eine öffentliche Kritikversammlung findet am Donnerstag, den 5. März, abends 11 1/2 Uhr, im Frey Steidl-Theater, Vliensstr. 192, statt. Referent ist Redakteur Beckmann, welcher über das Thema „Kritiken, die Stiefkinder des Gesetzes“ sprechen wird. Redner wird u. a. auch über die Theaterzensur, Landestheater, das Ainderdrey-Gesetz referieren. Der Eintritt ist jedermann — auch Damen — gestattet.

In der Angelegenheit des Bankiers Burghalter in Potsdam sind nunmehr von dem gerichtlichen Konkursverwalter Giesede die Arbeiten zum Ueberblick über den Vermögensstand des Schuldners soweit gefördert worden, daß von jetzt ab mit der Herausgabe der bei Burghalter niedergelegten Depositionen begonnen wird. Den Eigentümern werden Wertpapiere von ca. 10 Millionen Mark zurückgegeben, welche sich noch in dem Nachlaß vorgefunden haben. Die von Burghalter veruntreute Summe beträgt nach der Feststellung des Konkursverwalters circa eine Million Mark. Was den verhafteten Prokuristen Glabows andelange, so wurde festgestellt, daß er schon längere Zeit auf eigene Rechnung Vorsehensgeschäfte machte, die gar nicht zur Kenntnis Burghalters gelangten. In letzter Zeit soll auch das Verhältnis zwischen dem Chef und dem Prokuristen des Bankhauses ein etwas gespanntes gewesen sein.

Nach dem Genus von Ausern erkrankte der Direktor der Lebens-Versicherungsgesellschaft „Victoria“, Herr Krojaner. Er hatte abends im Unterleib, es stellten sich auch Krampfanfälle ein, und eiligst wurde ein Arzt geholt. Dieser stellte eine Vergiftung durch Kupfer fest und beseitigte durch Gegenmittel die Gefahr. In Paris sollen kürzlich ein Offizier und die Frau eines Bankiers an Kupfer-Vergiftung gestorben sein. Auch aus London wird von einer allgemeinen Furcht vor Kupfer berichtet. Nebrigens kamen, wie noch erinnerlich ist, vor Jahren auch in Berlin plötzlich mehrere Erkrankungen durch Kupfergenuss vor. Damals sollten die Kupfer verdorben gewesen sein.

Von unsrer lieben Kriminalpolizei berichtet das „Verf. Tagebl.“ folgendes Stückchen, das zwei Berliner Kriminalbeamten im Städtchen Pusum passierte. Ein Viehhändler Georg Carlens aus Friedrichshagen besuchte auf einer Geschäftsreise eine dortige Gastwirtschaft und erregte die Aufmerksamkeit zweier unbefangener Herren. Plötzlich erhob sich der eine, trat auf Carlens zu, legte ihm die Hand auf die Schulter und erklärte ihm als einen kitzlich aus Berlin entwichenen Raubmörder (!) für verhaftet. Die Herren waren Kriminalbeamte, die mit der Verfolgung des Entflohenen beauftragt waren. Vergebens war das Widerstreben des Festgenommenen. Er mußte den Beamten auf das Polizeibureau folgen. Da Carlens eine im westlichen Schleswig-Holstein sehr bekannte Persönlichkeit ist, wurde das Mißverständnis bald aufgeklärt und der vermeintliche Raubmörder freigelassen.

Einen tödlichen Ausgang nahm ein Unfall, der sich kürzlich in dem Hause Vridenstr. 2 abspielte, ohne daß jemand etwas davon sah. Die 9 Jahre alte Tochter Gertrud des Bäckermeyers Ehling sollte von der in dritten Stock belegenen Wohnung nach dem Boden gehen, um etwas herunter zu holen. Ein Hausbewohner fand sie bald darauf mit einem Schädel- und Schenkelbruch betrocknet auf dem Treppenaufgang des ersten Stockwerks liegen. Wahrscheinlich hatte sie am Geländer hinhinunterfallen wollen und war dabei hinabgestürzt. Die Verunglückte starb jetzt in der Klinik. Sie hatte über den Unfall keine Auskunft mehr geben können. Die Leiche wurde befehlsgemäß.

Der Dachdecker, der am Montag vom Bau Adensdtr. 19 abstürzte und tot liegen blieb, heißt Hermann Wos und wohnt Frankfurt Allee 64. Er war ein eifriges Mitglied des Verbandes der Dachdecker und als solcher besonders für ordnungsmäßige Schutzvorrichtungen thätig. Die Leiche ist von der Staatsanwaltschaft noch nicht freigegeben.

Verlegung von Straßenbahnhöfen. Eine Reihe von Straßenbahnhöfen werden Donnerstagnacht vom 5. bis 6. wegen Ausföhrung von Bauarbeiten, Auswechslung von Geleis- und Herzstellen aus dem Spittelmarkt an der Ecke der Kurstraße abgeleut. Es sind dies die Linien 88: von 11,54 ab Kreuzberg, vom Spittelmarkt durch die Seydel, Alte Jakob, Neue Jakobstraße, Köpmlerstraße, Weidenstraße, Jannowitzbrücke und Stralauerstraße. — 46: von 11,35 ab Frey, Rudowstraße durch die Romanbantenstraße bis zum Dönhofsplatz, durch die Kranzstraße, Jerusalemstraße, Hausvoigtplatz, Schloßplatz und Breitestraße. — 47: von 11,55 ab Nordstr. Ringbahnhof demselben Weg wie Linie 46. — 48: von 11,28 ab Frey, Rudowstraße demselben Weg wie Linie 46. — 62: von 12,00 ab Dönhofsplatz durch die Jerusalemstraße, über den Hausvoigtplatz, Schloßplatz und Breitestraße. — 64: von 11,22 ab Bahnhof Zoologischer Garten vom Spittelmarkt durch die Seydel, Alte und Neue Jakobstraße, Köpmlerstraße, Weidenstraße, Jannowitz-

Kilke und Stralauerstraße. — 65: von 11,60 ab Moritzplatz durch die Kommandantenstraße bis zum Dönhofsplatz, durch die Krausenstraße, Jerusalemstraße, Hausvoigteiplatz, Schloßplatz und Breitenstraße. — 68 und 71: von 11,38 ab Brunnenstraße vom Dönhofsplatz durch die Jerusalemstraße über den Hausvoigteiplatz, Schloßplatz und Breitenstraße. — 69: von 11,46 ab Brunnenstraße denselben Weg wie Linie 68 und 71. — 70: von 11,5 ab Friedrichsstraße bis zum Spittelmarkt. — 72: von 11,29 ab Bahnhof Ebersstraße vom Spittelmarkt aus durch die Seydelstraße, Alte und Neue Jakobstraße, Käpnickerstraße, Brückenstraße, Jannowibridge, Alexanderstraße, Alexanderplatz. — 78: von 11,34 ab Ludwigskopplplatz vom Spittelmarkt durch die Seydelstraße, Alte und Neue Jakobstraße, Käpnickerstraße, Brückenstraße, Jannowibridge, Holzmarktstraße, Breslauerstraße, Andreasstraße bis Grüner Weg.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten beiden Tagen zu verzeichnen. In der Nacht zum Mittwoch wurde sie nach der Meyerstr. 23 gerufen, weil hier in einer Wohnung Feuer ausgebrochen war, das Kleidungsstücke, Decken und Möbel ergriffen hatte. Die Flammen konnten indes noch in Keime erstirbt werden. Auch in der Frankfurter Allee 122 und in der Petristr. 29 mußten Wohnungsbrände beseitigt werden. In der Kantowstr. 9 war in einem Keller allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial in Brand geraten, dessen Ablösung aber in kurzer Zeit erfolgte. Einen Schornsteinbrand hatte die Wehr am Dienstagabend in der Adlerstr. 79 zu beobachten. Durch die Explosion einer Petroleumlampe war außerdem noch in der Pankestr. 31 in einer Wohnstube ein Feuer entzündet, das in der Hauptsache Decken und Möbel beschädigte.

Die **Krania** gab am Mittwochmittag die Vorführung der Photographien in natürlichen Farben wieder, über die wir vorgestern berichtet haben. Der erste Vortrag sollte wesentlich eine wissenschaftliche Erläuterung des neuen Aufnahmeverfahrens sein, und da die Photographien hierbei nichts waren als sogenannte Ergebnisse der physikalischen Forschungen, so wurden sie in ihrer Hülle ziemlich bunt durcheinander gebracht; diente jedes Bild doch nur als Beweismittel für die gewaltigen Fortschritte, die auf dem Gebiete der Farben-Photographie jetzt gemacht worden sind. Am Mittwoch aber wurde die neue Methode populärisiert; die Photographien sollten keinen andern Zweck haben, als das Auge zu erfreuen und durch sich selbst zu belehren. Da nun aber ohne Systematik sich nicht gut auf der Welt auskommen läßt, so wurden die Bilder hübsch nach den Jahreszeiten gruppiert und an diese nahegelegene Ordnung der Dinge ein Vortrag angehängt. „Durch Wald und Flur, Wanderungen eines Naturfreundes“ hieß die von Herrn Prof. Dr. C. Müller verfasste Schilderung. Nicht alle Bilder vom Montag kamen ans Licht, aber dafür erschienen manche, die beim ersten Vortrag noch nicht gezeigt worden waren. Frühling, Sommer, Herbst und Winter traten im lebendigen Naturreiz, in herrlichster Farbenpracht vor das Auge, und jedes Bild weckte von neuem Bewunderung. Die erst rotbraune Frühlingfarbe, der Wogenwald um Pfingsten, das wogende Kornfeld, das Herbstkleid des Waldes, Reibeltag, Sonnenuntergang im November und am Schluß der verzeichnete Niefenwald — das alles war so greifbar, so farbenprächtig an die Wand geworfen, wie eben nur die Natur selbst es herbervorzubringen vermag.

Es mag für Herrn Professor Müller nichts Leichtes gewesen sein, eigens zu den Bildern einen Vortrag zu dichten. Hatte die Einfachheit der nach Lust und Laune aufgenommenen Photographien schon etwas Gezwungenes an sich, so noch mehr der Text, der nach dieser Einfachheit nun einmal geliefert werden mußte. Nicht selten mußte das Publikum sich ein wenig Gewalt antun, um das, was das Auge sah, mit dem, was das Ohr vernahm, in Einklang zu bringen. Möglicherweise, daß Männer wie Bötsche oder Grottewitz diese Wanderung durch Wald und Flur ungewohnter zu gestalten gewohnt hätten. Doch wollen wir nicht vergessen, daß in den populären Vorträgen der Krania der Anschauung unterrichtet gar oft die Hauptsache ist, und da wohl noch nie dem Auge schöneres geboten wurde als in der Wanderung vom Mittwochmittag, so wäre zu wünschen, daß sie sich noch recht oft wiederholte. Sie wird stets ein dankbares Publikum finden.

Der **Duncan-Abend** im Verein „Berliner Presse“ beginnt heute, Donnerstag, um 8 Uhr im großen Saale des Architektenhauses, Wilhelmstr. 92. Abendläse und Saal werden um 7 1/2 Uhr geöffnet. Vorverkauf von Eintrittskarten in den Buchhandlungen von Amelang, Potsdamerstr. 126, und Charlottenburg, Kantstr. 164; Lazarus, Friedrichstr. 66; Spener und Peters, Unter den Linden 43; Boyte, Potsdamerstr. 13, und im Berliner Presseklub, Unter den Linden 33.

Astronomische Abende. Auf vielfachen Wunsch werden auf der „Krania“-Sternwarte, Invalidenstraße 57/52, in den Monaten März und April jeder Donnerstag bei klarem Himmel astronomische Abende unter Leitung des Astronomen Herrn Wegener stattfinden, die nach einem kurzen Vortrag im Theaterraum ein gemeinsames Beobachten am großen Fernrohr bezwecken. Eintrittspreis 2 Mark. Beginn bei klarem Himmel Donnerstag, 5. März, 8 Uhr.

Im Circus Schumann tagt gegenwärtig eine Art internationaler Reiterkongress. Es zeigen sich dem Publikum der russische Parforce-Reiter Curto, die englische Reiterfamilie Podgini und ferner das französische Reiterpaar Herr und Frau Marquis, die alle auf ihrem Gebiete Vorkämpfer sind. Dann treten auf Herr Direktor Schumann in seiner Eigenschaft als Schutzeiter sowie Herr Geh als Springreiter und Fräulein Dora, die ebenfalls vortrefflich ihre Kunst verstehen. Wer das Gesicht des Reiters und die Klugheit des Pferdes im Circus bewundern will, kommt zur Zeit in der starkbesetzten auf seine Rechnung. Herr Schumann, der die Absicht hatte, Berlin in diesen Tagen zu verlassen, hat seinen Plan aufgegeben und will für den Rest der Saison noch eine Reihe Novitäten bringen. Wenn auch nur eine darunter von der Art ist wie der berühmte Looping the Loop, so kann der Direktor von Glück sagen: Ein Trio wie dieser findet sich aber so leicht nicht wieder.

Aus den Nachbarorten.

Die **Schöneberger Stadtverordneten-Versammlung** hatte sich in der letzten Sitzung u. a. bei Gelegenheit der Festschließung einer neuen Gehbehördenordnung für den städtischen Friedhof mit einigen sozialdemokratischen Anträgen zu befassen. Daß die von den Vertretern der Arbeiterchaft auf Gebührenerfreiheit und unentgeltliche Bestattung aus Gemeindefonds gerichteten Anträge bei den städtischen Körperschaften auf den größten Widerstand stoßen würden, war vorauszusehen. Ursache der neuen Ordnung, die zum Teil eine wesentliche Erhöhung der bisherigen Gebührensätze vorsieht, ist zunächst die Erwägung, daß nach den gemachten Berechnungen die räumliche Beschränkung des Gemeinde-Friedhofes in der Markstraße eine Aenderung erfordert. Außerdem aber hatte der hiesige Gemeinde-Rath im Jahre 1901 mit dem Magistrat wegen Erwerbs des etwa 13 Morgen großen Friedhofs in Verhandlungen gestanden. Vom Magistrat wurden seiner Zeit hierfür 400 000 Mark gefordert, jedoch scheiterten die Verhandlungen, da dem Rathenrat die erforderliche Genehmigung seitens der Synode nicht erteilt wurde. — Sämtliche unfruchtbar gestellten Anträge auf Gebührenerfreiheit resp. mit dem Hinweis, die gemachten Ueberschüsse zu einem umfassenderen Entgegenkommen gegenüber den mittellosen Hinterbliebenen Verstorbenen zu verwenden, wurden stets gegen die Stimmen der äußersten Linken abgelehnt. Jedoch wurde eine vom Stadtv. Küter (Soe.) eingebrachte Resolution, die im nothwendigen Falle aus Gemeindefonds gemachten Aufwendungen als eine Armenunterstützung nicht anzusehen, genehmigt. Gegen 6 Stimmen (mit uns stimmte nur noch der Stadtv. Dr. Richter) wurde der ganze Entwurf angenommen.

Die Petition der in städtischen Diensten stehenden Bureau-Affizienten um Aufhebung der bestehenden Prüfungsordnung wird an den Ausschuss zurückverwiesen.

Um den Etat, dessen Feststellung schon bedeutend verzögert wurde, endlich zu erledigen, muß am Freitag eine außerordentliche Sitzung stattfinden.

Der nichtbeschäftigte Bestätigte. Das amtliche „Zeltower Kreisblatt“ bringt folgende „Berichtigung“: „Die Notiz über die Bestätigung des Stadtrats Schradenburg als Gemeindevorsteher in Friedenau ist verkehrtlich in der gestrigen Nummer des Kreisblattes zur Aufnahme gelangt. Die Bestätigung ist noch nicht ausgesprochen.“ — Verkehrtlich? — Sonderbar, höchst sonderbar!

In **Charlottenburg** beabsichtigen die Kerze unter Mitwirkung der Kantonsassen einen Schutz-Verband gegen die Kurpfuscherei zu gründen; zu diesem Zweck findet am 6. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosenstr. 3, eine Versammlung statt, in welcher der Sachverständige im Prozeß Kardentötter Herr Professor Dr. med. K o f f m a n n über die Kurpfuscherei, ihre Schädlichkeit und ihre Bekämpfung sprechen wird.

Ren-Weihense. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung sollten die Arbeiten für das zu erbauende Dienstgebäude vergeben werden. Da nach einem früheren Beschluß die Gemeinde das Steinmaterial selbst beschafft, so hatten die einzelnen Kategorien von Handwerkern ihre Angebote eingereicht und waren die Weihensee-Handwerkermeister zahlreich daran beteiligt. Nicht große Submissionsblüten kamen ans Licht. Die Gebote für Erd- und Maurerarbeiten schwankten zwischen 21 000 und 28 000 M., die Zimmerer- und Stickerarbeiten zwischen 7350 und 9070 M. usv. Einige „bauweiserne“ Vertreter wollten nunmehr den ersten Beschluß ungebrochen wissen, um den ganzen Bau einem einzelnen Unternehmer zu übergeben, was jedoch abgelehnt wurde; die Vergabe der Arbeiten sowie die Bau-Aufsicht wurde einer sechsgliedrigen Kommission übertragen, welcher auch unsere Genossen Schumann und Kastele angehören. — Einen von unserer Seite gestellten Antrag auf baldige Festlegung der Urwahlbezirke für die Landtagswahl soll Gemüthe gelehrt werden; der Gemeindevorsteher wird in nächster Sitzung hierüber berichten. — Eine Ausbühmung der beiden feindlichen Struktoren der Kanalisationswerke scheint statgefunden zu haben, denn man befechtete den in voriger Sitzung gefassten Beschluß betreffs einiger Neubauten auf der Pumpstation, um erst den Anlauf des Raubgrundstücks abzuwarten.

Die wechliche Unglücksstraße. Zur Verhinderung der Unfälle auf der Berlin-Steglitzer Brühlstraße, die mehrfach durch die elektrische Straßenbahn herbeigeführt sind und sogar den Tod von Personen zur Folge gehabt haben, läßt jetzt die Gemeinde Friedenau in der Rheinstraße an zwei verschiedenen Stellen, an der Kaiserstraße und an der Schmargendorferstraße, probeweise je 25 Meter lange Rasenstreifen anlegen, die mit hohen und niedrigen Gittern eingefast sind und die Bürgersteige gegen die feilschen Straßenbahn-Personen abschließen. Bewährt sich die Probe-Anlage, so soll durch die drei beteiligten Gemeinden Schöneberg, Friedenau und Steglitz die ganze Brühlstraße von der Schöneberger Ringbahnbrücke bis zum Steglitzer Schloßpark mit Schutzanlagen versehen werden.

Friedrichsfelde. Zum Bericht der letzten Gemeindevertreter-Sitzung ist noch folgendes nachzutragen: Infolge der großen Unruhe beim Passieren des Weges zwischen Karlsruhorst und dem hiesigen Ort ist beschlossen, einige Laternen aufzustellen. Der im vorigen Jahr seitens der Gemeinde für ca. 10 000 M. angekauft Salzmannsche Garten an der Kirche wird jetzt registriert und mit Anpflanzungen versehen. Mit ihm ist ein geradezu lebensgefährliches Verkehrshindernis verschwunden, da ringsum die Straßenbahn ihre Geleise hat. — Wegen Eingemeindung forstwirtschaftlichen Terrains, zwischen Kreischaussee Rummelsburg-Röpenitz und Kolonie Karlsruhorst liegend, sucht die Gemeinde mit dem Fiskus zu unterhandeln, hoffentlich mit gutem Erfolg. — Die Uebernahme der Straßen in Karlsruhorst, welche noch sämtlich den Terraineigentümern gehören, sollen, nachdem sie in entsprechendem Zustand gesetzt sind, auf die Gemeinde übernommen werden.

Gerichts-Zeitung.

Umfangreiche Diebstähle. die bei der Herren- und Anabenkonfektions-Firma Cohn u. Sohn G. m. b. H. in der Niederwallstraße 16 ausgeführt worden sind, bildeten die Unterlage einer gestern vor dem neunten Strafammer des Landgerichts I verhandelten Anklage wegen Vandalendiebstahls. Angeklagt waren der Portier Ludwig Neumann und der Hausdiener Walter Steinmann. Die Geschäftsführer der Firma Cohn u. Sohn machten schon seit geraumer Zeit die Bemerkung, daß das Geschäft „stille Teilnehmer“ haben müßte, die in recht umfangreicher Weise ganze Coupons von Stoffen sowie fertige Herren- und Anabenanzüge verschwinden ließen. Alle Anstrengungen, den Dieben auf die Spur zu kommen, blieben erfolglos, auch einige ganz geschickt ausgedachte Diebesfallen verfielen vollständig. So wurde mehrere Richte hindurch ein Fenster des Geschäftslotals offen gelassen, um den heutzutageigen Spitzbuben zum Einsteigen zu verleiten. Innerhalb des Geschäftsräumes lag dann quer unter dem Fenster ein Angestellter, auf den der Einsteiger unbedingt hätte treten müssen. Auch ein Apparat wurde aufgestellt, der angeblich das Kunststück fertig bringen sollte, daß der eindringende Dieb sofort photographiert wurde. Alles vergeblich! Es wurde weiter gestohlen. Dann übernahmen mehrere Angestellte die Rolle von Privatdetektivs und ein junger Mann legte sich namentlich auf das Ausforschen der beiden Angeklagten, auf welche sich sein Verdacht richtete. Er spielte die Rolle eines Mannes, der selbst gern Diebstähle im Geschäft ausführen wollte und that so, als ob er sich der Beihilfe der beiden Angeklagten versichern möchte. Er will aus den Besprechungen insbesondere mit Steinmann herausbekommen haben, daß die beiden Angeklagten gemeinschaftlich die Diebstähle ausführten und dabei in folgender Weise prozedierten: Steinmann hatte des Morgens die Geschäftsräume zu reinigen. Das zusammengelebte Müll, Papier und sonstige Abfälle wurden in einen Müllkasten gethan und der letztere alsdann mittels eines Hahnsfußs nach dem im Keller gelegenen Raum für die Centralheizung, die von dem ersten Angeklagten als Portier des Hauses bedient wurde, hinausbefördert. Dort wurde das Müll alsdann verbrannt. Wie der als Privatdetektiv fungierende junge Mann berichtete, soll nun zwischen den beiden Angeklagten ein Abkommen dahin getroffen worden sein, daß Steinmann bei passender Gelegenheit statt der Abfälle Luststoffe in den Müllkasten gethan und mittels Hahnsfußs an den Portier Neumann expediert habe. Nach Verabredung soll ein sechsmonatiges Klingelzeichen dem Portier angezeigt haben, daß er einen Kasten mit Ware zu erwarten habe. Bei dem Angeklagten Neumann ist in seiner Wohnung und in den ihm unterstellten Kellerräumen zweimal Hausdurchsuchung abgehalten worden. Das erste Mal ist nichts gefunden und es wird behauptet, daß der Angeklagte danach höhnischend gesagt habe: die Polizei müßte doch eine ganze Portion schlauer sein, wenn sie bei ihm etwas finden wollte. Das zweite Mal sind bei ihm mehrere Garderobekästchen mit Beschlag belegt worden, von denen die Anklage behauptet, daß sie aus gestohlenen Stoffen angefertigt worden seien. Gleiches wurde bei einer Anzahl von Garderobekästchen vermutet, die bei einem Bruder des Angeklagten vorgefunden wurden. Der Angeklagte Neumann bestritt entschieden diese Vermutung und versuchte den ehrlichen Erwerb der Sachen nachzuweisen. Im übrigen beschränkten beide Angeklagte, dem Privatdetektiv Mitteilungen der behaupteten Art gemacht zu haben; sie wollten beide von den Diebstählen nichts wissen. Werkwürdigerweise ist erst in den letzten Tagen von dem neuen Portier des Hauses Niederwallstr. 16 in einem unbenutzten Kellerraum ein Müllkasten vorgefunden worden, dessen Inhalt aus mehreren Coupons Ladestücken im Werte von mehreren hundert Mark bestand. Wie der Kasten dorthin gekommen, wollte Neumann wiederum absolut nicht wissen. Die Verhände, die Identität der bei Neumann vorgefundenen Garderobekästchen mit den gestohlenen Stoffen nachzuweisen, blieben ohne Erfolg. — Auf Grund einer sehr umfangreichen Beweisaufnahme hielt Staatsanwalt V ö l t g e r beide Angeklagte für überführt und beantragte gegen Neumann ein Jahr Zuchthaus, gegen Steinmann vier Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Dr. Schmidt hält weder in subjektiver noch in objektiver Beziehung einen

Schuldbeweis für geführt. Schon in objektiver Beziehung fehle es an jeder Grundlage, da die Identität der bei Neumann vorgefundenen Stoffe eben gar nicht nachzuweisen sei. Außerdem können bei den Mitteilungen der hier als Privatdetektiv fungierenden jungen Mannes, der sich gern eine höhere Belohnung verdienen wollte, manche Irrtümer untergelaufen sein. Der Verteidiger beantragte daher die Freisprechung. — Der Gerichtshof kam denn auch mangels genügender schlüssiger Beweise zu einem non liquet und sprach beide Angeklagte von der Hauptanfrage frei. Steinmann wurde wegen einer nebenher laufenden Fundunterlassung mit einer geringen Gefängnisstrafe belegt, die durch die Unterjuchungshaft für verbüßt erachtet wurde.

Gegen den als Jugendschriftsteller bekannten Wilhelm Lemde (Turner-Lemde) wurde heute vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Köfeler verhandelt. Der Angeklagte war beschuldigt, sich fortgesetzt in strafbarer Weise gegen das 12jährige Töchtergen seiner Wittin vergangen zu haben. Nach einstündiger Verhandlung wurde die Verhandlung verlagert, weil die Verteidiger, Rechtsanwalte Dr. Werthauer und Dr. Karl Löwenthal neue Beweisanträge zur Entlassung des Angeklagten gestellt hatten. Es wurde ferner dem Antrage der Verteidiger gefolgt, den Angeklagten aus der Unterjuchungshaft zu entlassen, da der gegen ihn schwebende Verdacht nicht mehr als „dringend“ angesehen werden könne.

Das unbegreifliche Verhalten eines Schuhmannes kam gestern vor der siebenten Strafkammer des Landgerichts I zur Sprache. Gegen den auf der Anklagebank befindlichen Schuhmann Albert Schmitt, welcher der Erregung öffentlichen Argernisses und der Beleidigung beschuldigt war, wurde folgender Thatbestand festgestellt: Am 30. November v. J. gegen 7 Uhr abends hatte der Angeklagte in der Remelerstraße Dienst. Einer Anzahl junger, zum Teil noch schulpflichtiger Mädchen kam der Angeklagte in einer Weise entgegen, daß sie freischend auseinanderstoben. Der Angeklagte bestritt, gewußt zu haben, daß sich seine Kleidung in einem solchen Zustande befand, daß er dadurch gegen das Anstands- und Schamgefühl verstoße. Er sei auch stark angetrunken gewesen. Die letzte Behauptung wurde durch die Beweisaufnahme bestätigt. Der Staatsanwalt begehrete es als besonders erschwerend, daß gerade ein Hüter der öffentlichen Ordnung sich in der geschilderten Weise benommen, er beantragte gegen ihn eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Der Verteidiger Dr. Werthauer bat um Jubilanz mildernden Umstände, indem er darauf hinwies, daß der Angeklagte ohnehin schon empfindlich bestraft sei, da er sofort nach dem Vorfalle den Dienst freiwillig quittiert habe, um seiner Entlassung zuzukommen. Der Gerichtshof folgte dem Antrage und verurteilte den Angeklagten unter Jubilanz von mildernden Umständen zu einer Geldstrafe von 50 M.

Briefkasten der Redaktion.

Druckfehler. Die Druckfehlerliste hat behauptet, daß die 1., 2. und 3. Jahrgänge bis 1881 bestanden hätten, während sie in Wirklichkeit bis 1882 bestanden haben.

W. Rowawes. Auf Grund der §§ 29 und 46 des Anstaltsverordnungs-Gesetzes ist es den Anstalten mehrfach von den Aufsichtsbehörden verboten worden, Aufwendungen für Kongresse und solche Verbände zu machen, die nicht dem § 46 entsprechen. Auf welche andre Weise die Kosten die Mittel für die Beschuldigung solcher Tagungen aufbringen, ist uns nicht bekannt.

Juristischer Teil.

Die juristische Ehrenkronde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. **Öffnung: 7 Uhr.**

J. A. Wollen Sie Hebamme werden, so rufen Sie zunächst ein dahingehendes Gesuch an das Polizeipräsidium. Von dort erhalten Sie Nachricht, wann und mit welchen Papieren Sie sich beim Stadtphysikus einzuweisen haben. Dort erfolgt eine Vorprüfung (im Schreiben, Lesen, Rechnen, Sehen, Hören). Mit dem Zeugnis über bestandene Prüfung wenden Sie sich dann an das Polizeipräsidium mit dem Antrag auf Zulassung zum Vektariat. Der Vektarius (Charkel) macht etwa 300 Mark Kosten. Wer über 30 Jahre alt ist, wird nicht zugelassen. Da ein großer Andrang besteht und die Zulassungen der Reihe nach erfolgen, so kann eine Wartezeit bis zur Zulassung 26 Lebensjahre selten auf Erfolg rechnen. — **S. Winger.** 1. Nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts ja. 2. Ja. 3. Drei Mark. 4. 5, 6, 7: Nein. — **Ungenannt.** Zwei Monate.

Susann. In den von Ihnen angeführten Fällen kann ohne Rechtsmittel Gewerkschaftlichkeit für vorliegend erachtet werden, weil die Handlungen mit der Absicht des Erwerbs vorgenommen sind. Die Ministerialverordnung vom 28. November 1901 können Sie im Ministerialblatt für die innere Verwaltung“ in fast allen öffentlichen Bibliotheken einsehen. — **Schweden.** In dieser Art können Sie sich weiter versichern. Nur müssen in je zwei Jahren mindestens 40 Marken geleistet werden und auch die Karte innerhalb längstens zwei Jahren nach ihrer Ausstellung, auch wenn sie nicht vollgeleitet ist, umgetauscht werden. — **Frisch G.** 1. Sie müssen dem neuen Wirt zahlen. Haben Sie Zweifel darüber, ob er Eigentümer ist, so können Sie diese durch Anfrage an dem Antiquar und Einsicht in das Grundbuch heitigen. 2. Invaliditäts-Versicherungspflicht, nicht aber Krankenversicherungspflicht liegt in solchen Fälle vor.

A. D. Wollen Sie etwa Oütergemeinschaftsvertrag schließen, so müssen Sie notarielle oder gerichtliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ein solcher Vertrag hat die Wirkung, daß Sie für alle Schulden Ihrer Frau und umgekehrt Ihre Frau für alle Ihre Schulden haften. Der Abschluß eines solchen Vertrages ist also in der Regel zu widerraten. Realität ist es, einen Ehevertrag mit Ausschluss der Verwaltung und Nutzung und mit andern Abreden zu schließen. Ein Beispiel für solchen Vertrag finden Sie S. 225 Nr. 23 des dem „Arbeiterrecht“ beigegebenen Jahrbuch durch das Bürgerliche Gesetzbuch. Dies Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus.

Reinholdendorff H. E. Z. 69. Ja. — **Agitation.** Wenden Sie sich an den Vorsitzenden Ihres Wahlkreises oder an das Mitglied der Agitationskommission, das Ihrem Kreise angehört. — **H. 2. 18.** Beide Fälle sind möglich. — **J. D. 1500.** 1. Nein. 2. Ja. — **S. 3.** 1. Der aus der Landestische Ausgetretene hat Rückzutreten bis zum Ablauf des aus seinem Austritt folgenden Kalenderjahres zu zahlen. 2. Nein.

H. A. Nur das in die Ehe Gebrachte und das während der Ehe durch eigene Arbeit Erworbene rechnet zum Nachlaß Ihrer Mutter; das bedenklich Ererbte ist Wagnis des Vaters. — **H. 3. 2.** Spandan. Es ist unzulässig, derauch allgemein gehaltene Anfragen zu beantworten. Es müßten Ihre Anfragen unter Darlegung Ihres bestimmten Falles wiederholen, also insbesondere angeben, welcher Entscheidungsinanspruch gemeint ist (für ungerechte Entlassung? für Körperverletzung? für able Nachrede? u. dergl.) und welche Urteile (Strafgerichtsurteil? Zivilgerichtsurteil? Unfallbehörde? Gewerbeamt?) gemeint ist.

J. Fischer. Eine Beleidigung liegt in der Wohnung nicht. Beleidigung liegt nicht vor, wenn es sich etwa um ein Darlehen handelt. — **Beufelstr. 50. G. 3.** Das Praktische ist, Sie wenden sich an die Anstaltsstelle des Auswärtigen Amts, Schellingstraße 4.

Briefkasten der Expedition.

Kramer. Nachen u. a. Beim Bezug innerhalb der Bezugszeit müssen Sie bei dem Postamt, bei welchem Sie den „Vorwärts“ bestellt haben, den Antrag auf Weiterlieferung an Ihre neue Adresse stellen. Dafür sind innerhalb Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Luxemburg 50 Pf., nach dem Auslande 1 M. Gebühren zu zahlen.

G. Lanzig. Wien XX. Durch Ihre Sendung vom 2. 3. 03 ist das Abonnement bis 31. 5. 03 bezahlt.

C. A., Pichenuan. Wenden Sie sich an den Kreis-Vertrauensmann von Nieder-Bainum Genossen Georg Freilwaldt, Pantow, Florast. 36.

Witterungsübersicht vom 4. März 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. P. K. = P. N.	Stationen	Barometer hohd mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. P. K. = P. N.
Schwetmde.	751	SSW	3bebedt	5	Saparanda	754	SSW	4bebedt	-1		
Damburg	752	SS	6Regen	4	Petersburg	761	SS	3bebedt	-3		
Berlin	754	SS	3hohd bb	4	Corf	755	SS	4hohd bb	9		
Frankf./M.	759	SS	3bebedt	4	Aberdeen	—	—	—	—		
München	762	SS	6wollig	1	Paris	765	SSW	2wolkent	1		
Wien	756	SS	3bebedt	7							

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. März 1903.
Zweitweise heiter, nachts etwas fächer, am Tage mild, jedoch sehr veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften Südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Durchdruck und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.